Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. April 1979
Nr. 15 Jg. 7

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Zinswucher als Staatsinteresse, sozialliberal verbrämt

Regierung auf dem Bankentag / 50 Mrd. DM neue Staatsschulden / Gewagte Auslandsoperationen der Banken

z.gek. Nun hat die bürgerliche Klasse doch ihr Mitglied Ivan Herstatt noch vor Gericht geschleift, obwohl er's am Herzen hat. Aber der Mann hat bei seiner gekonnt hingelegten Bankpleite vor fünf Jahren eben auch seine Mit*bourgeois* um ihr Geld betrogen, und da hört bei diesen bekanntlich die Gemütlichkeit auf. So sitzt der Bankier Herstatt, vor Jahren noch ein großer Finanzlöwe des BRD-Imperialismus, jetzt als rechtes Würstchen auf der Anklagebank.

Aber sein Gespenst geht um. Vor 14 Tagen war in der Bonner Beethovenhalle ,,Bankentag 1979". Der geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie, die Regierung, trat beinah geschlossen an, und auch ,,der Kanzler" machte artig seinen Diener. Die Minister Graf Lambsdorff und Matthöfer hatten die Aufgabe, den stirnrunzelnden Geldfürsten im höheren Interesse ihrer Gesamtklasse einige Gesichts-

den Geldfürsten im höheren Interesse ihrer Gesamtklasse einige Gesichts-
punkte zur gefälligen eventuellen Berücksichtigung zu unterbreiten. Lambsdorff wies darauf hin, daß es sich als gefährlich erweisen möchte, wenn die Großbanken einen immer größeren Teil ihres Kreditgeschäfts – schätzungsweise inzwischen *ein Drittel* – über ,,internationale" Bankplätze wie Luxemburg abwickelten, ohne Hinterlegung von Mindestreserven bei der Bundesbank, und überhaupt durch nichts anderes gedeckt als den ,,guten Namen". Daß eben dieser Typus von riskanten Kreditoperationen seinerzeit auch zum Zusammenbruch der Herstatt-Bank geführt hatte, wo nur der, der eine Kredit den andern ,,deckte" und die Kette der fiktiven Zahlungen nur an einer Stelle ernsthaft unterbrochen sein mußte, um das ganze Kartenhaus dieser Bank zum Einsturz zu bringen, erwähnte Lambsdorff natürlich *nicht*. Matthöfer fügte noch erklärend hinzu, es gehe lediglich darum, ,,daß die von den Kreditinstituten übernommenen Risiken in einem vernünftigen Verhältnis zu den haftenden eigenen Mitteln stehen". ,,Die rasche Ausdehnung und zunehmende Verflechtung der internationalen Finanzmärkte... führt zu zunehmenden Bonitäts- und Liquiditätsrisiken im internationalen Bankgeschäft"; es drohe die Gefahr von ,,Kettenreaktionen".

Die droht durchaus. Weder in der BRD noch in den anderen kapitalistischen Ländern ist die kapitalistische Überproduktionskrise überwunden. Wohl haben es die westdeutschen Monopole geschafft, einen wachsenden Teil ihrer Waren als Exporte auf die Märkte ihrer Konkurrenten oder in die Dritte Welt abzusetzen, stoßen sie gegenwärtig mit einer massiven Kapitalexport-Kampagne nach; und wohl schaffen ihnen dafür die in den letzten Tarifkämpfen durchgesetzten Lohnsenkungen eine noch bessere Ausgangsposition. Dennoch sind sie sich *gegenseitig* weiter im Weg, und entwickeln sich die einzelnen Betriebe, Gruppen und Branchen völlig unterschiedlich. Besonders die kleinen und mittleren Kapitalisten peitschen wie besessen auf ihre Belegschaften ein, um in der Konkurrenz nicht abgehängt bzw. vom Bankrott nicht eingeholt zu werden. Jeder von ihnen schleppt als Bleigewicht die immer wachsenden Schulden an die Banken mit. Eine

Bleigewicht die immer wachsenden Schulden an die Banken mit. Eine
neue, massive Welle der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, von Firmenzusammenbrüchen und -übernahmen ist also fällig, um mehr Platz auf dem Markt zu schaffen, weiter zu rationalisieren, usw. Und es sind wiederum die Banken, die diesen Prozeß wesentlich kontrollieren, vor allem durch den Entzug des Kredits, der für die betreffenden Kapitalisten das Todesurteil bedeutet. Als Universalbanken sind die Banken der BRD allerdings auch in der Lage, direkt solche Schuldverhältnisse in Kapitalbeteiligungen ihrerseits zu verwandeln. So ist, beispielsweise, die Dresdner Bank an über 15 großen Industrieunternehmen mit mehr als 25% des Kapitals beteiligt, so der Metallgesellschaft, den Baukonzernen Bilfinger & Berger und Wayss & Freitag, der Hapag Lloyd Reederei, dem Kaufhof, etc. etc.

Nach der Darstellung des ,,Spiegel" und der sozialliberalen Presse überhaupt sollen die Minister Matthöfer und Lambsdorff auf dem Bankentag mutig diese ,,Allmacht der Banken" attackiert haben. Insbesondere sollen sie sich für eine Begrenzung der Anteile der Banken an den Industrieunternehmen ausgesprochen haben. Im Mai wird die von der Regierung eingesetzte ,,Bankenstrukturkommission" das Resultat ihrer jahrelangen Tätigkeit veröffentlichen, und wie es heißt, soll die Einführung einer Obergrenze bei ,,25% und eine Aktie" vorgeschlagen werden. Daraufhin hat Lambsdorff auf dem Bankentag jetzt erklärt: ,,Meinem Empfinden nach wäre eine Grenze von 10 bis 15% angemessen." Die Bankiers soll das schwer verstört haben.

Was für eine Komödie! Die Empfehlung der Regierung an die Banken läuft doch allenfalls darauf hinaus, nicht 50%-Anteile zu halten, wo es die Konzerne auch mit 25, 15 oder 10% des Kapitals kontrollieren kann. Es ist die Aufforderung, mehr Gelder flüssig zu machen und bei der *Staatsschuld* zuzugreifen. Allein 50 Mrd. DM werden in diesem Jahr an Staatsschuldscheinen ,,plaziert" werden, mit Zins und Zinseszins rückzahlbar aus Steuergeldern. Bereichern Sie sich, meine Herren! – dies ist A und O bürgerlicher Regie-

dies ist A und O bürgerlicher Regie-
rungskunst. Man muß es den beiden sozialliberalen Regierungen lassen, daß sie es, wie keine vor ihnen, verstanden haben, den großen Banken und Finanziers die Taschen zu füllen. Keine Regierung vor ihnen hat so ausdrücklich das Interesse der Großfinanz als das der ganzen Gesellschaft und des Staates vertreten. Und *insofern* kann man die Nervosität über die gewagten Auslandsoperationen der Großbanken verstehen. Ein Bankrott könnte hier leicht zum Staatsbankrott werden.

Aber keine Angst! Mit brutaler Deutlichkeit haben die Banken klargestellt, daß sie sich die innere Kapitalbasis für ihre Außengeschäfte schon verschaffen werden. Gleich nach dem Bankentag hat die Bundesbank den Diskontsatz, der als allgemeiner Leitzins dient, um einen vollen Punkt von 3 auf 4% heraufgesetzt.

3 auf 4% heraufgesetzt.

VR China verurteilt Taiwan-Gesetze der USA

z.pek. Ende März hat der amerikanische Kongreß die ,,Gesetze über die neuen Beziehungen zu Taiwan" verabschiedet. Danach sollen alle bilateralen Verträge mit Taiwan, mit Ausnahme des Militärvertrags, bestehen bleiben und anstelle der diplomatischen Vertretungen ein ,,privates amerikanisches Institut für Taiwan" eingerichtet werden. Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China am 1. Januar dieses Jahres waren die US-Imperialisten gezwungen, anzuerkennen, ,,daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist". Durch die neuen Gesetze wollen sie die Bemühungen des chinesischen Volkes um Wiedervereinigung Taiwans mit dem Mutterland hintertreiben und die Insel weiterhin als ihre Kolonie halten. Die VR China hat gegen die Verabschiedung der Gesetze protestiert und die US-Imperialisten angegriffen, damit ihre Zwei-China-Politik aufrechterhalten zu wollen.

Indien und Jugoslawien stärken nukleare Zusammenarbeit

Indien und Jugoslawien stärken nukleare Zusammenarbeit

z.rül. Indien und Jugoslawien vereinbarten vor wenigen Wochen ein fünfjähriges Abkommen zur Verbesserung ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie. Das Abkommen sieht den Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Informationen, die Lieferung von Ausrüstungen und gemeinsame Teilnahme an der Errichtung von Kernkraftwerksprojekten zu friedlichen Zwecken vor. Noch im letzten Jahr war US-Präsident Carter bei dem Versuch gescheitert, mit der Drohung eines Uran-Lieferstopps Indien zum Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag zu zwingen. Jugoslawien nimmt dieses Jahr sein erstes Kernkraftwerk in Betrieb. ,,Unsere Länder tragen damit zur Einschränkung des Monopols der atomaren Mächte und zur schnelleren Verbreitung der Technologie unter den Entwicklungsländern bei", erklärte der jugoslawische Botschafter in Indien.

Republika ta'Malta feiert Freiheitstag

z.hef.London. Das letzte britische Kriegsschiff mußte am 1. April Malta verlassen. Seit 1800 benutzte Britannien die Kolonie als Brückenkopf seiner Hegemonialpolitik. In den letzten Jahrzehnten auch die US-Imperialisten, das NATO-Hauptquartier Mittelmeer befand sich auf Malta. Noch im zweiten Weltkrieg nannte Churchill einen eventuellen Verlust Maltas ,,eine Katastrophe ersten Ranges für das britische Empire". Mit dem Abwurf von 16000 Tonnen Bomben (50 Tonnen pro km²) zeigten die deutschen Imperialisten ihr Interesse an dem ,,unsinkbaren Flugzeugträger", wie die Imperialisten das Land verächtlich nennen. Das maltesische Volk setzte 1964 die Unabhängigkeit durch, aber die Truppen blieben da und die Königin blieb Staatsoberhaupt. 1974 wurde Malta Republik. Das maltesische Volk feierte den Truppenabzug als Freiheitstag.

Sowjetische Kriegsschiffe in Cam Ranh Bay

z.hku. Teile der Pazifikflotte der Sozialimperialisten sind in Vietnam vor Anker gegangen, erst in Da Nang, jetzt in Cam Ranh Bay. Dieser ausgezeichnete Tiefseehafen war von den US-Imperialisten zum logistischen Zentrum für ihre Aggression gegen das Land ausgebaut worden. Der Expansionskurs der vietnamesischen Führung hat das Land in eine solche Abhängigkeit von der Sowjetunion getrieben, daß sie den bisher abgelehnten direkten Zugriff auf Cam Ranh Bay jetzt zulassen muß. Vor dem Hafen von Haiphong stauen sich sowjetische Schiffe mit Nachschub; Le Duan hat ihre Abfertigung zur vordringlichen nationalen Aufgabe erklärt. In der vergangenen Woche sind ,,150 Docker- und Hafenbauspezialisten aus fernöstlichen Städten der UdSSR" in Haiphong eingetroffen (Fernsehen der DDR, 26.3.).

Zimbabwe: Volksbefreiungskrieg wird Smith's Wahlbetrug vereiteln



Ende Februar führten Befreiungsstreitkräfte einen erfolgreichen Angriff auf die Inkomo-Kaserne, 30 km nordwestlich von Salisbury, durch. Während sich die Banden von Sithole und Muzorewa bekriegen, bereitet Smith sein Wahlmanöver am 20. April vor. Den Plan, durch Entsendung von Beobachtern ,,Zimbabwe-Rhodesien" anzuerkennen, mußten die Imperialisten fallenlassen: einen entsprechenden Beschluß des Senats mußte die US-Regierung aufheben.

Demokratisches Kampuchea ist ,,Indochinaföderation" im Weg

Offensive der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren / Laos in Militärpakt getrieben

z.hku. Die sowjetisch-vietnamesischen Agressoren unternehmen gegenwärtig einen erneuten Anlauf, noch vor der Regenzeit im Juni die Kräfte des Demokratischen Kampuchea ,,endgültig zu zerschlagen". Drei vietnamesische Divisionen sind in sowjetischen Transportern eingeflogen worden; der Nachschub an Öl, Treibstoff und anderem Kriegsmaterial wird durch eine ständige Luftbrücke aus der UdSSR aufrechterhalten. Die Aggression zielt gegenwärtig vor allem auf die westlichen Gebiete Kampucheas, in denen die Volksstreitkräfte den Besatzern Schlag auf Schlag versetzt haben.

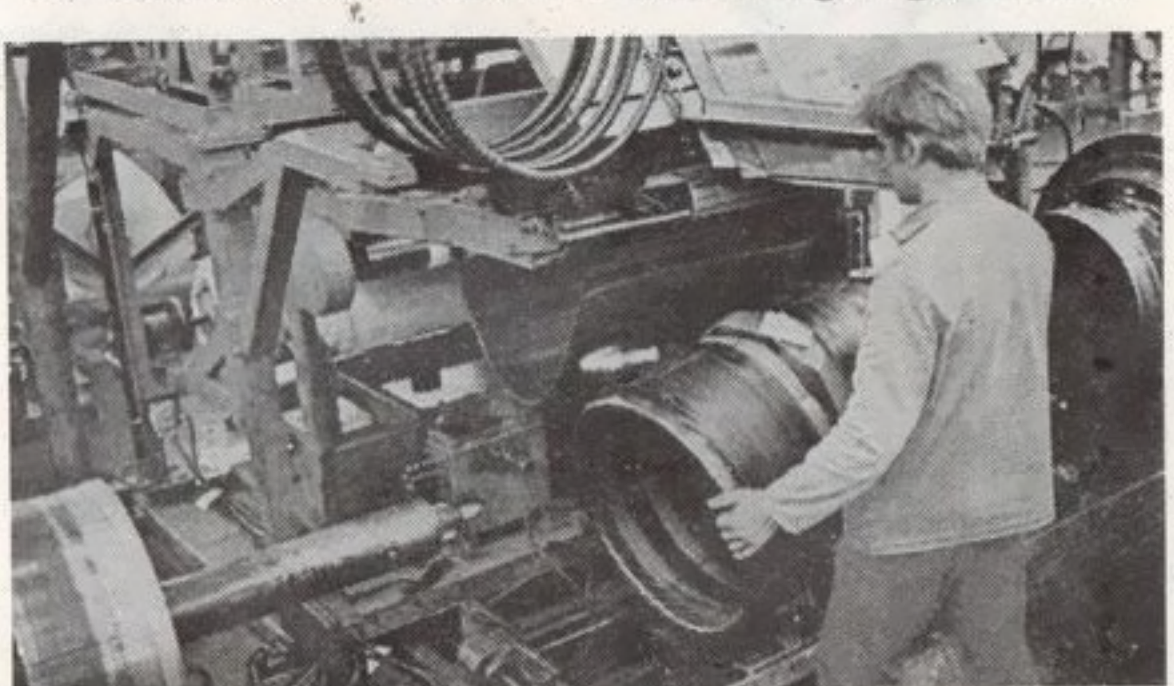
An der Seite der Aggressoren sind auch fünf Bataillone *laotischer* Truppen im Einsatz. In der letzten Märzwoche war mit einem ,,Kooperationsabkommen" zwischen der VDR Laos und dem Marionetten-Regime in Phnom Penh die Grundlage dafür geschaffen worden. Der laotische Ministerpräsident betonte dabei ,,die Notwendigkeit, die allseitige Zusammenarbeit zwischen Laos, Kampuchea und Vietnam weiter auszubauen". Zwischen Vietnam und Laos besteht bereits seit zwei Jahren ein Vertrag, in dessen Anwendung heute 50000 vietnamesische Soldaten zur Kontrolle des Landes in Laos stehen. Im Februar dieses Jahres hatten Pham Van Dong und die Marionette Heng Samrin den ,,Freundschaftsvertrag" unterzeichnet, der inzwischen offiziell die Begründung für die Stationierung vietnamesischer Truppen in Kampuchea abgibt. *Insoweit* steht die ,,Indochinesische Föderation".

,,Allseitige Unterstützung", ,,besondere Verbundenheit der drei Bruderländer"; die Unterwerfung der indochinesischen Völker unter den sowjetisch-vietnamesischen Militärstiefel hat bei den Revisionisten viele blumige Namen. Der Korrespondent des ,,Neuen Deutschland" sieht gerade in der gemeinsamen elenden Lage der Volksmassen den Grund für ein ,,engeres Zusammenrücken". Tatsächlich ist die Ernährungslage katastrophal, bei größter Auspressung der Arbeiter und Bauern. In Vietnam hat die revionistische Führung aufgerufen, das ,,Ernährungsproblem bis zum Ende der 80er Jahre zu lösen" (Fernsehen der DDR, 2.4.). Mit der andauernden Generalmobilmachung und immer schrillerer nationalistischer Demagogie sollen die Widersprüche im Land unterdrückt werden.

Die französischen Journalisten, die als erste westliche Korrespondenten einen Teil Kampucheas bereisten, sahen vor allem: Vietnamesen; auf Schritt und Tritt, dabei aber keineswegs das Land kontrollierend. ,,Eine einheitliche verwaltungsmäßige und militärische Kontrolle über das Land gibt es nicht. Die Wirtschaft ist zerschlagen. Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen sind unterbrochen ... " (Neue Zürcher Zeitung, 27.3.) Wie ist das möglich drei Monate nach der ,,Befreiung"?

In dieser Lage wittern die anderen imperialistischen Räuber ihr Geschäft: ,,In Asien verändern sich die Gewichte der Welt. Solche Gewichtsverlagerungen bergen immer unberechenbare Gefahren, aber auch neue Chancen. Wenn dort in Asien ein neues Machtzentrum entsteht, muß es im Weltmaßstab aufgefangen werden. Wer könnte dazu besser beitragen als ein Europa, das sein Gewicht in die Waagschale des Friedens legt?" (Scheel auf dem Ostasiatischen Liebesmahl in Hamburg)

Kautschuk: Manteltarifverhandlungen gescheitert



Der Puls geht beim Einhängen der Reifenunterbauten auf 140. – Am 20.4. sind Verhandlungen zum Manteltarifvertrag. ,,Bezahlte Pausen für Schichtarbeiter, 6 Wochen Urlaub, Lohnausgleich bei Kurzarbeit" sind u.a. die Forderungen.

1. Mai 1979. Die Einheit stärken und demonstrieren!

Der Lebensstandard der Arbeiter – für die Kapitalisten ist er nur eine Schranke ihres Profits. Die Schranke muß eingerissen werden. Reicht die Zahl der Arbeitslosen allein nicht aus, um den Lebensstandard der Arbeiter ins Bodenlose zu senken und den Profit maßlos zu steigern, dann muß Mobilität erzwungen werden. Hier sind Arbeitslose, aber dort sollen sie auf den Lohn drücken. Also müssen sie hin, mit Gewalt. Der Facharbeitermarkt ist nicht überschwemmt? Dann muß er überschwemmt werden! Die Umschulung wird aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung finanziert. Jede Reserve wird aufgespürt, um die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu verschärfen. Invaliden werden ‚rehabilitiert', Teilzeitarbeit wird geschaffen, um wirklich alle Frauen der Ausbeutung zugriffig zu machen. Wo der ökonomische Druck allein nicht reicht, um alles zumutbar zu machen, wird politischer Zwang ausgeübt. Und die Regierung spurt und Ehrenbergs Ministerium produziert Erlaß auf Erlaß. Früh muß die Jugend auf den Arbeitsmarkt getrieben werden. Schulpflicht hemmt nur. Es wird reformiert und durch Berufsbildungsgrundjahr die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr weiter unterhöhlt. Erste Arbeitshäuser werden geschaffen.

Können die Kapitalisten die industrielle Reservearmee verschieben wie sie wollen, dann können sie auch den Lohnstandard ins Bodenlose drücken. Ist es ein Wunder, daß Arbeiter ihren Lohn hartnäckig verteidigen, aber auch schon die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten fordern? Gegen den schrankenlosen Bereicherungstrieb der Kapitalisten kann der Lohnstandard nur verteidigt werden, wenn diesem Bereicherungstrieb allseitig Schranken gezogen werden. Der Lohnkampf ist elementar. Allein reicht er nicht, nicht mal um den Lohn zu sichern. Das lernt man nach und nach.

Die Größe seines Profits ist für den Kapitalisten auch nur eine Schranke, die es hinauszuschieben gilt, um die Ausbeutung durch Einsatz von zusätzlichem Kapital zu steigern. Eine Milliarde will der Konzern investieren und hat nur eine halbe flüssig. Die Rentenkasse, die Ersparnisse der Massen müssen herhalten. Um den Kredit ausdehnungsfähig zu machen über die Riesenprofite der Kapitalisten hinaus, sichert sich die Kapitalistenklasse den uneingeschränkten Zugriff auf die Gelder der Volksmassen, der Arbeiter vor allem, aber auch der Bauern. Es ging der Kapitalistenklasse ja nicht um den Lebensabend der Bauern, als die Bauern rentenversichert wurden. Sind erst alle Klassen des Volkes vom Versicherungswesen erfaßt, dann sind auch alle den Kapitalisten ausgeliefert, solange die Kapitalisten die Versicherungen in der Hand haben.

Wo die Kapitalisten keine eigene Anlage ihres Kapitals finden, da machen sie Staatsschulden. Nicht nur, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit den Steuern ihre eigene Unterdrückung bezahlen und die allgemeinen Bedingungen der Ausbeuterwirtschaft finanzieren, sie zahlen auch die Zinsen, die die Kapitalistenklasse, und allen voran die Banken, aus der Staatschuld ziehen.

Um den Produktionsapparat umzuwälzen, sammeln die Kapitalisten die Gelder der Gesellschaft, und durch die Umwälzung des Produktionsapparats produzieren sie die industrielle Reservearmee, die den Druck auf den Lohn verstärkt. Es ist ein Entwicklungsgesetz des Kapitalismus, daß er die Arbeitszeit der Arbeiter für den Kapitalisten ständig steigert, während er die Zeit, die der Kapitalist dem Arbeiter bezahlt, ständig senkt. Je mehr es den Kapitalisten gelingt, für immer weniger Lohn immer mehr Profit auszupressen, um so mehr wächst ihre Gier, alle Schranken der Natur und der Gesellschaft, die ihre Profitwut hemmen, vollständig niederzureißen. Für den Kapitalisten wird die Nacht zum Tag. Schichtarbeit und Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit werden natürlich, weil es technisch kein Hindernis gibt, die Maschinen, statt 8 Stunden am Tag während 12 Jahren, 24 Stunden rund um die Uhr laufen zu lassen. In vier Jahren hat der Kapitalist aus den Arbeitern herausgeholt, was er sonst nur in 12 Jahren herausholen könnte und hat noch den Vorteil, stets auf dem modernsten Stand der Ausbeutung zu stehen. Ist es noch klar, daß der Kapitalist jede Schranke des Arbeitstages als naturwidrig denunziert und eine ganze Schar von Wissenschaftlern aushält, um den gesundheitsfördernden Charakter der Nachtarbeit zu beweisen?

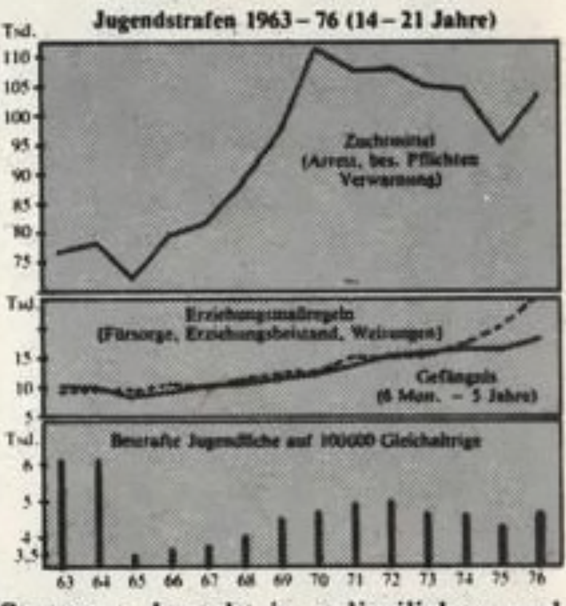
Viele der Schranken, die ihren Bereicherungstrieb hemmen, haben die Kapitalisten in den letzten Jahren eingerissen. Im Kampf dagegen hat sich die Arbeiterbewegung entfaltet und gefestigt. Die Streiks der Stahlarbeiter 1969 gaben ein Signal. 1971 streikten die Metallarbeiter in Baden-Württemberg während Wochen für höheren Lohn, es folgten Lohnstreiks in der Chemieindustrie. 1973 entwickelte sich die Streikbewegung in der Metallindustrie, die auf den öffentlichen Dienst übergriff und in den großen Tarifstreik der ÖTV und der Postgewerkschaft mündete. In Bremen wurden die Metallarbeiter auf verlorenem Posten in den Streik geführt und schlugen sich gut. Dann 1975, mitten in der Krise führten einzelne Belegschaften langandauernde Kämpfe gegen Stillegungen und Entlassungen. Betriebliche Lohnstreiks flackerten auf. Die Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter demonstrierten gegen die kapitalistische Rationalisierung. Am 1. Mai 1977 standen die Druckarbeiter im Lohnstreik. 1978 Streik der Metallarbeiter, erneuter Streik der Druckarbeiter und dann der Streik der Stahlarbeiter für besseren Lohn und Arbeitszeitverkürzung. Keiner dieser Kämpfe brachten einen glänzenden Sieg. Wie auch, solange der Wille zur Einheit stärker ist, als die Bedingungen der Einheit im Kampf gut sind? Die Bewegung für Forderungen in Mark und Pfennig erstarkte Jahr für Jahr, aber daß die Bewegung unter ihren Forderungen in den Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen ziehen konnte – die Sozialdemokratie hat es bisher noch immer verhindert. Jetzt sind die festen Lohngruppenschlüssel in der Metallindustrie beseitigt. Ein Argument weniger gegen die Einheit der Arbeiter.

Es ist Zeit, sich zu sammeln und der Kapitalistenklasse ein paar Niederlagen zu bereiten. Es ist Zeit, sich um die notwendigen politischen Forderungen zusammenzuschließen. Es ist Zeit, zum bewußten Bestandteil der internationalen Arbeiterklasse zu werden und sich mit den unterdrückten Völkern im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinigen. Das kann und soll die Arbeiterbewegung am 1. Mai demonstrieren, und sie wird in allen Teilen des Volkes ein großes Echo finden.

Zentrales Komitee

---

z.hev. **In den letzten 12 Jahren ist das, was die Bourgeoisie als Kriminalität bezeichnet bei Erwachsenen um 14,1%, bei Heranwachsenden (18 – 21 Jahre) um 69,4% und bei Jugendlichen (14 – 18 Jahre) um 107,4% gestiegen.** Es habe eine „strukturelle Verschiebung hin zu einer deutlichen Verrohung und Brutalität" (Kriminalstatistik 3/78) gegeben und das mache die Jugendkriminalität zu einem der „Hauptprobleme der Verbrechensbekämpfung". Die „strategische Gesamtinangriffnahme des Problems", so Ministerialdirigent Dr. Stümper aus



Stuttgart, besteht in polizeilichen und richterlichen Maßnahmen gegen die entwurzelte und rebellierende Jugend der Arbeiterklasse. Wie dieser Angriff erfolgt, zeigen die ansteigenden Kurven über Jugendstrafen. Immer mehr Jugendliche landen vor dem Jugendrichter und werden mit einer ganzen Latte von Strafen bearbeitet: mit *Weisungen* (§ 10 Jugendgerichtsgesetz), etwa der Bestimmung des Aufenthaltsorts – bei einer Familie oder im Heim zu „wohnen" – dem Arbeitszwang oder dem Zwang eine Lehrstelle anzunehmen, der Isolierung von Freunden und Bekannten – „den Verkehr mit bestimmten Personen oder den Besuch von Gast- oder Vergnügungsstätten zu unterlassen" – mit psychiatrischer Behandlung oder Entziehungskur; nach § 12 mit staatlicher Zwangserziehung durch *Erziehungsbeistand und Fürsorgeerziehung* und nach § 13 mit *Zuchtmitteln*. Als da wären *Verwarnung*, dann *Auflagen*, z.B. „einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung zu zahlen", und schließlich *Jugendarrest* als Freizeit-, Kurz- oder Dauerarrest (mindestens eine, höchstens vier Wochen). Die Krönung staatlicher Fürsorge besteht in der *Jugendstrafe*, also Gefängnis von wenigstens sechs Monaten, höchstens fünf Jahren, aber auch von „unbestimmter" Zeitdauer, „wenn sich nicht voraussehen läßt, welche Zeit erforderlich ist, um den Jugendlichen durch den Strafvollzug zu einem rechtschaffenen Lebenswandel zu erziehen". Bei den Jugendstrafen handelt es sich um einen abgestuften Katalog von Maßnahmen, deren Kern darin besteht, den rebellierenden Jugendlichen „von der Straße wegzuholen" und dazu zu bringen, unter welchen Bedingungen auch immer, „Arbeitsleistungen zu erbringen", was dann als rechtschaffenes Leben bezeichnet wird. Daß es darum geht, darüber schweigt die Statistik sich aus, wie die Bourgeoisie aus ihrem Repertoire gestrichen hat und die tatsächlich *vorhandenen* Arbeitshäuser mit sozialdemokratischen Namen belegt.

Carters Energieplan: Frieren und Zahlen!

Ausplünderung der Volksmassen mit Öl und Benzin / Das Kernenergieabenteuer läuft schief

z.ger. Seit zwei Jahren ist Carters Nationaler Energieplan im US-Kongreß festgefahren. Ziel dieses Plans ist es, durch Drosselung des ungeheuren Ölverbrauchs der USA einen Rückstau an Rohöl auf dem Weltmarkt zu erzeugen. Erreicht werden soll das durch Anheben der Inlandspreise für Benzin und Heizöl auf das Weltmarktniveau. Soweit sind sich die Bourgeois einig. Zerstritten sind sie darüber, wer sich das Geld aneignet: die Erdölmonopole durch Extraprofite oder das Finanzkapital insgesamt über staatliche Steuern. Dieser Streit ist auch nach Carters Rede noch nicht entschieden, aber gegen wen sich das Programm richtet, ist klar: „Lassen sie es mich deutlich sagen: Sie werden in den kommenden Jahren weniger Öl und Benzin verbrauchen und mehr dafür bezahlen."

Carter glaubte, mit dem Washingtoner „Frieden" die Einheit der arabischen Staaten zerbrechen zu können und so im Nahen Osten auch nach dem Verlust des Iran den Zugriff auf das Öl wieder sichern zu können. Ganz in Siegerpose hatte er die Rede zur Energiepolitik als krönenden Abschluß kurz nach der Unterzeichnungszeremonie inszenieren wollen. Das ist daneben gegangen. Die gefestigte Einheit der arabischen Staaten und die Preiserhöhung der OPEC-Staaten ließen ihn die Rede kurzfristig verschieben. Auch mit der Kernenergie, der zweiten Waffe zur Drückung des Rohölpreises, sitzt Carter in der Klemme. Der Reaktorunfall in Harrisburg hat das technische Abenteuerertum der Kapitalisten endgültig klargemacht.

Technisch ungelöst ist das Problem der Materialveränderung durch den Beschuß mit hochenergetischen Neutronen, die bei der Kernspaltung entstehen, und sie in Gang halten. Schon *bei normalem Betrieb* werden die Metalle äußerst spröde und verformen sich auch. Die Temperatur in den Brennelementen erreicht 600 bis 700 Grad C und liegt nicht sehr weit unter dem Punkt, wo das umhüllende Stahlrohr weich wird. Durch Beschuß mit Neutronen wird das Kühlwasser im Reaktor ständig zersetzt. Es entsteht ein explosives Knallgasgemisch aus Wasserstoff- und Sauerstoffgas. Nur durch den hohen Druck im Reaktorgefäß blieben diese Gase im Wasser gelöst, und es entstehen keine explosiblen Gasblasen. Das Gas muß aber während des Betriebs ständig aus dem Kühlwasser entfernt werden.

In Harrisburg ist ganz einfach die Kühlung durch defekte Pumpen ausgefallen, was schon am 2. und 3.12.1978 passiert war. Die Notkühlung ist auch ausgefallen, angeblich wegen „menschlicher Fehler", in Wirklichkeit, weil 3 von 4 Notkühlsystemen in Reparatur waren. Durch Wasserverlust ist der Druck im Reaktorgefäß gefallen. Dadurch ist das im Kühlwasser gelöste Wasserstoffgas ausgeperlt. So entstand die Gasblase, „die sich die Experten überhaupt nicht erklären konnten". Durch die verringerte Kühlung haben sich die Brennelemente überhitzt und offensichtlich so verformt, daß die Abschaltstäbe nicht mehr zwischen die Brennelemente fahren konnten.

Das Bild zeigt ein in Druckwasserreaktoren eingesetztes Brennelement mit Abschaltstäben: ein Bündel fingerdicker Rohre. Unter den geschilderten extremen Bedingungen ist ein Defekt wirklich nicht erstaunlich. Defekte traten in dem Kernkraftwerk von Harrisburg allein im Dezember sechsmal auf. Um den Reaktor wieder unter Kontrolle zu bringen, haben die Kraftwerkskapitalisten radioaktiv verseuchten Wasserdampf in die Luft abblasen lassen und ein großes Gebiet verseucht.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 15: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Schmidt zwecks Geschäften und Intrigen in Peru

Indianischer Andenstaat / Kupferarbeiter erneut im Streik gegen imperialistischen Raubbau

z.mif. Antimon! Arsenik! Blei! Eisen! Erdgas! Erdöl! Gold! Kadmium! Steinkohle! Kupfer! Mangan! Molybdän! Quecksilber! Salz! Schwerspat! Silber! Uran! Wolfram! Zink! Zinn! Das sind einige der Beweggründe für die Reise von Schmidt nach Peru. 1969 war Eppler da, 1973 Matthöfer und 1975 Bahr; jetzt erstmals ,,der Kanzler''. Der Stand des westdeutschen Kapitalexports nach Peru war Mitte 1977 bei 11,8 Mio. DM, also erheblich zurück gegenüber Japan (1975: 453 Mio. Dollar) und vor allem der US-Supermacht (1974: 900 Mio. Dollar, davon 651 Mio. in Bergbau und Erdöl).

Peru ist der größte und volkreichste Staat der Anden, von Spanien nie völlig unterworfen. Vierzig Jahre lang lieferten die Inkas den Spaniern Kriege und Aufstände, ehe die Kolonialmacht den Inkastaat zerschlug. Die Aufstände und organisierten Erhebungen der Indianer rissen nicht ab, dokumentiert sind sie 1737, 1742, 1749, 1750. 1780 bis 1783 kämpften die Indianer unter Führung von José Gabriel Condorcanqui, genannt Tupác Amarú II (nach dem Inkaführer) und versetzten der spanischen Kolonialherrschaft schwere Schläge, ebenso 1814/15 unter dem indianischen General Pamacagua. Die Kolonialherrschaft konzentrierte sich auf die Hauptstadt Lima und auf die Bergwerkszentren, in die sie die Indianer trieb, um die Gold- und Silberschätze zu rauben.

Es gelang Teilen der spanischen Siedler, sich an die Spitze des Unabhängigkeitskampfs zu stellen, San Martin und Simon Bolivar waren die Führer, unter denen Peru und ganz Südamerika das spanische Joch abschüttelte. Noch heute hält diese Schicht von Abkömmlingen der Kolonialmacht die politische Macht in Händen, aber die breite indianische Mehrheit hat Peru immer zu einem Zentrum ,,Indoamerikas'' gemacht. Den Begriff prägte Haya de la Torre, der Gründer der nationalistischen peruanischen Partei APRA 1924. Noch heute haben die ,,Analphabeten'', d.h. die Masse der Indianer, kein Wahlrecht; aber seit

Führer, unter denen Peru und ganz Südamerika das spanische Joch abschüttelte. Noch heute hält diese Schicht von Abkömmlingen der Kolonialmacht die politische Macht in Händen, aber die breite indianische Mehrheit hat Peru immer zu einem Zentrum ,,Indoamerikas'' gemacht. Den Begriff prägte Haya de la Torre, der Gründer der nationalistischen peruanischen Partei APRA 1924. Noch heute haben die ,,Analphabeten'', d.h. die Masse der Indianer, kein Wahlrecht; aber seit

1975 ist die alte Inkasprache Quechua, die von einem Drittel der 16 Millionen Peruaner gesprochen wird, als zweite Landessprache anerkannt.

Nach dem zweiten Weltkrieg unternahm Peru wichtige Schritte des Zusammenschlusses mit den anderen Andenstaaten. Bereits 1947 beschlossen Peru, Ecuador und Chile die 200-Meilen-Zone für den Fischfang, und bis 1972 brachte Peru 39 US-Schiffe auf, die diese Zone verletzten. Mehr als 1,3 Mio. Dollar mußten die imperialistischen Fischräuber Strafe zahlen.

1970 schlossen die Andenländer Kolumbien, Peru, Chile, Bolivien und Ecuador den Anden-Pakt mit Zentrum Lima: alle neu gegründeten ausländischen Gesellschaften müssen zu 51% unter nationalem Kapital stehen, und alle Profite über 14% auf das investierte Kapital müssen reinvestiert werden. In Transport, Funk, Fernsehen, Presse und Bankwesen wird kein ausländisches Kapital erlaubt. Innerhalb von 15 Jahren müssen alle bereits bestehenden Gesellschaften 51% des Kapitals an nationale Investoren verkaufen; Grundlage für die Berechnung ist die Steuererklärung. – Nur auf Druck des IWF ist die peruanische Regierung im letzten Jahr von diesen Festlegungen abgerückt und läßt dem imperialistischen Kapital wieder freiere Hand; ausländische Banken sind wieder erlaubt.

Im Juli 1978 unterzeichneten Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela den Vertrag über Zusammenarbeit im Amazonasgebiet, also im gesamten Norden Südamerikas. Sie setzen sich zum Ziel, durch gemeinsame Anstrengungen die Entwicklung ihrer Amazonasgebiete zu fördern und die natürlichen Reichtümer rationell zu nutzen.

Bei allem Reichtum des Landes ist die Ernährung der Massen Perus, der Indianer und ,,Mestizen'', äußerst elend. Das Volk, das den Mais und die Kartoffel kultiviert und das Lama gezüchtet hat, das den Fischfang entwickelte, wird seit Beginn der Kolonialherrschaft ausgehungert. Eine kalte Meeresströmung treibt von Australien herüber an die steile Westküste Südamerikas große Schwärme von Fischen. Die Masse des Fangs wird heute zu Fischmehl verarbeitet, einer Viehfutterbeigabe, die das Wachstum beschleunigt. Im letzten Jahr exportierte Peru 500000 t Fischmehl und erhielt dafür 200 Mio. US-Dollar; für Export von Speisefisch weitere 50 Mio. Dollar. Diese Gelder sind praktisch beschlagnahmt vom Internationalen Währungsfonds, der auch eine laufende Abwertung des Sol gegenüber dem Dollar durchsetzt, zum 30.4. um weitere 2% auf 215,62 Soles je Dollar. Die ca. 8 Milliarden Dollar Schulden werden unbezahlbar, d.h. zu einem Anrechtschein auf unbegrenzten imperialistischen Raub.

Der Kupferpreis ist derzeit hoch, bei 90 bis 100 US-cent pro Pfund. Fördert Kupfer! verlangt die Regierung. Die Arbeiter sind nicht bereit, die Schuldscheine der Imperialisten mit ihrem Leben zu bezahlen. 35 Jahre – älter wird ein peruanischer Grubenarbeiter kaum. Das mindeste an Forderung ist daher 300 Soles mehr pro Tag und die Fünftagewoche, sagen die Kupferarbeiter von Cuajone und Toquepala. Aus diesen Gruben, die in Händen von US-Kapital sind, fördern sie drei Viertel der peruanischen Kupferproduktion. Die Arbeiter streiken seit drei Wochen, trotz Militäreinsatz und Verhaftung und Erschießung von Gewerkschaftsführern, trotz der erneuten Ausrufung des Notstands durch die Regierung. Erst im März war der letzte Notstand für beendet erklärt worden, den die Regierung Anfang Januar zur Niederschlagung des Generalstreiks ausgerufen hatte (vgl. KVZ 3/79, S.13).

Der gegenwärtige Streik der Kupferarbeiter, dem sich die anderen Bergarbeiter Ende März anschließen wollten, hat gewaltige Bedeutung auf dem Hintergrund des Generalstreiks vom 9.-11. Januar, der abgebrochen wurde. Er stand unter Führung der Revisionisten, die nach einem Angriff der Regierungstruppen auf das KP-Hauptquartier zum Rückzug bliesen. Die Arbeiter*klasse* kann sich einen Rückzug nicht leisten – die Regierung hat am 3. Januar den Preis für Reis um 20% erhöht, die Inflationsrate betrug im letzten Jahr etwa 80%.

Unter Berufung auf den jetzt gewährten Euro-Kredit über 35 Mio. Dollar, den ersten für Peru seit drei Jahren, fordert Schmidt jetzt höhere Beteiligung an der Ausbeutung der Arbeiter Perus. Große Öllagerstätten und Uran sind kürzlich entdeckt worden, die will die westdeutsche Kapitalistenklasse sich überschreiben lassen.



Vom 26.10. bis 15.11.1971 bestreikten die peruanischen Bergarbeiter den US-Konzern Cerro de Pasco. Die Forderungen waren u.a.: entschädigungslose Enteignung; Mindestlohn, der zum Leben reicht; 6-Stunden-Tag; Verrentung nach 15 Arbeitsjahren; Anerkennung der Gewerkschaft. Der Streik wurde militärisch zerschlagen, die Forderungen sind bis heute nicht erfüllt. Im jetzigen Streik fordern sie Fünftagewoche und 3 Mark mehr am Tag.



Vom 26.10. bis 15.11.1971 bestreikten die peruanischen Bergarbeiter den US-Konzern Cerro de Pasco. Die Forderungen waren u.a.: entschädigungslose Enteignung; Mindestlohn, der zum Leben reicht; 6-Stunden-Tag; Verrentung nach 15 Arbeitsjahren; Anerkennung der Gewerkschaft. Der Streik wurde militärisch zerschlagen, die Forderungen sind bis heute nicht erfüllt. Im jetzigen Streik fordern sie Fünftagewoche und 3 Mark mehr am Tag.

Der ,,Salpeterkrieg'' zwischen Chile, Bolivien und Peru 1879-81. Fürs britische Salpetermonopol

z.gug. Ende März hat die peruanische Regierung dem Nachbarn Bolivien die Nutzung seiner Häfen Matarni und Ilo zugesagt. Über diese Häfen wird Bolivien zukünftig ca. 40% seines Exports verschiffen. Vor genau hundert Jahren verfügte Bolivien über direkten Zugang zum Pazifischen Meer, u.a. mit dem Hafen Mejillones. ,,Die sogenannten Häfen'', schreibt ein deutscher Jurist 1914 über die Häfen der Pazifikküste Lateinamerikas, ,,sind mit Ausnahme Mejillones, das einen geradezu idealen Ankerplatz mit stets spiegelglatter See bildet, nichts weiter als offene Reeden, in die Nord- oder Südstürme hineinbrausen, so daß jährlich während einer Anzahl von Tagen das Verschiffungsgeschäft ruht ...'' (Zeitschrift Meereskunde, Nr. 11, 1914)

Mit dem Sieg der chilenischen Truppen, ausgebildet von deutschen Offizieren und flankiert durch die britische Kriegsflotte, über Peru und Bolivien im sogenannten ,,*Salpeterkrieg*'' von 1879-81 brachten die britischen Imperialisten, auf deren Betreiben dieser Krieg geführt wurde, nicht nur diesen wertvollen Hafen, sondern die gesamte bolivianische Provinz Antofagosta und die peruanische Provinz Tarapaca unter ihren Herrschaftsbereich. Diese Provinzen, die seit dem Vertrag von Ancon 1883 zu chilenischem Staatsgebiet zählen, zeichnen sich neben Kupfer-, Silbererz-, Borax- und Schwefelvorkommen vor allem durch seine in der Welt einmaligen Vorkommen an *Natron- und Kalisalpeter* aus. Ersteres hatte vor der synthetischen Bindung des Luftstickstoffs mit der Entwicklung des Haber-Bosch-Verfahrens eine wesentliche Bedeutung für die Düngung, letzteres wurde zur Herstellung von Schießpulver verwendet.

Bereits 1807 hatte das britische Kabinettsmitglied Castlerreagh im Hinblick auf die Eroberung der noch unter spanischer Herrschaft stehenden lateinamerikanischen Kolonien geäußert: ,,.... (wir) sollten uns darauf vorbereiten, unser Ziel mit Hilfe einer einheimischen Streitmacht, die mit unserer Unterstützung aufgestellt werden müßte, zu verfolgen, und unser spezielles

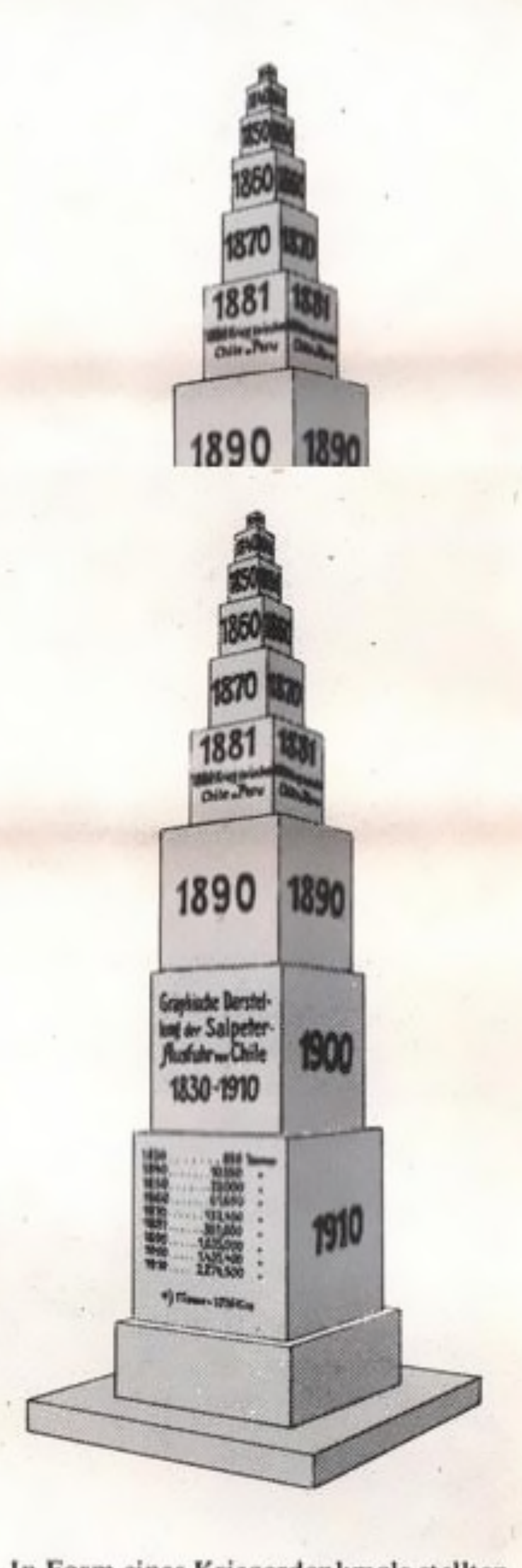
wesentliche Bedeutung für die Düngung, letzteres wurde zur Herstellung von Schießpulver verwendet.

Bereits 1807 hatte das britische Kabinettsmitglied Castlerreagh im Hinblick auf die Eroberung der noch unter spanischer Herrschaft stehenden lateinamerikanischen Kolonien geäußert: ,,.... (wir) sollten uns darauf vorbereiten, unser Ziel mit Hilfe einer einheimischen Streitmacht, die mit unserer Unterstützung aufgestellt werden müßte, zu verfolgen, und unser spezielles

Interesse sollte allein dahin gehen, unserem Feinde eine seiner Hauptressourcen zu nehmen und die Märkte dieses großen Kontinents unseren Waren zu öffnen.''

Nach den Befreiungskämpfen der lateinamerikanischen Völker vom spanischen Kolonialismus gingen die britischen Imperialisten zielstrebig daran, sich mit Chile einen Stützpunkt zu schaffen zur neuerlichen Unterwerfung der lateinamerikanischen Völker und Länder. Den Siedlerströmen nach Chile folgte das britische Kapital. Chile war zum Zeitpunkt seiner Kriegserklärung an Peru und Bolivien vollständig abhängig vom britischen Imperialismus. 80% aller chilenischen Exporte floßen 1880 nach England, darunter der größte Teil der Kupferproduktion, die zwei Drittel des Gesamtexports ausmachte. Eisenbahn- und Handelsschiffahrt befanden sich in britischem Besitz. Die britische Regierung zwang Chile zur Aufgabe aller Zölle, die Krisen in England Mitte des 19. Jahrhunderts und die Abhängigkeit der chilenischen Exportwirtschaft von England führten zu einem starken Preisdruck auf chilenische Produkte. 1872-76 sank der Kupferpreis an der Londoner Börse um 66% seines vorherigen Standes.

Konkreter Anlaß des Krieges war eine Abgabenerhebung der bolivianischen Regierung auf die Salpeterausbeutung in Antofagosta, nachdem die peruanische Regierung schon 1875 die Nationalisierung der Salpeterminen in Tarapaca erklärt hatte. Die Besitzer der Salpeterminen in Peru, Chilenen und britisches Finanzkapital mit einer Million Investitionen, wurden von der peruanischen Regierung mit Zertifikaten entschädigt, die in Form von auf London gezogenen Wechseln vergeben wurden. Während des Krieges kauften die britischen Imperialisten diese Entschädigungsscheine für ein Spottgeld auf und hatten, nachdem die chilenische Regierung nach der Besetzung der beiden Provinzen alle Minen an ihre ehemaligen Besitzer zurückgab, das *Monopol über die Salpeterausbeutung*. 1834 waren bereits 35% des Salpeterabbaus in der Hand des britischen Imperialismus, der wie die Liverpool Nitrate Company berichtet, die Auszahlung von 40% Dividende ermöglichte. Auf Versuche der darauffolgenden chilenischen Regierung, Steuern auf den Salpeterabbau zu erheben und einige Jahre später die Minen zu nationalisieren, entfachten die britischen Imperialisten einen Bürgerkrieg in Chile und stürzten diese Regierung.



In Form eines Kriegerdenkmals stellten die deutschen Imperialisten die Salpeterausfuhr Chiles dar – Anspielung auf das britische Schießpulvermonopol (aus: ,,Meereskunde'', Heft 11/1914)

BRD-Imperialisten: traditionsbewußt in Südamerika

Deutsche Siedlungspolitik / Steigende Kapitalinvestitionen

z.kam. Der Aufteilung des südamerikanischen Kontinents im 16./17. Jahrhundert, im wesentlichen durch die Spanier und Portugiesen, war ein großangelegter Raubzug der europäischen Kolonialisten zur Versklavung und Ausrottung der indianischen Völkerstämme vorausgegangen. Deutsche Handelskapitalisten segelten im Windschatten dieser Eroberungsfeldzüge und erbeuteten Boden und Macht in Südamerika. Das Handelshaus der Welser war Vorreiter der deutschen Kolonisierung. 1528 schloß es mit der spanischen Krone einen Negerhandelsvertrag, schaffte 4000 afrikanische Sklaven nach Spanien und erhielt dafür ein Kolonialgebiet an der Karibikküste (dem heutigen Venezuela) überlassen. Ein Jahrhundert später standen deutsche Artilleristen im Dienste Portugals und befehligten – wie Fürst Moritz von Nassau – im Nordosten des heutigen Brasilien ganze Kolonialgebiete.

Der erste größere Schub deutscher Siedler setzte ab 1820 – nach der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens – ein, als deutsche Handelskolonialisten im größerem Umfang Absatzmärkte in Südamerika witterten. Bauern, Kaufleute, Handwerker, Ärzte sowie Offiziere und Lehrer gründeten abgeschlossene ,,Musterkolonien'', vorwiegend im Südosten Brasiliens, mit deutscher Kultur und Bauweise.

Bis 1900 lebten in ganz Südamerika einige Zehntausend Deutsche, in den 30er Jahren bereits über eine Million. Heute werden es schätzungsweise insgesamt über 2,5 Mio. sein, davon allein in Brasilien 2 Mio.

Hitler, als Vertreter des expandierenden deutschen Finanzkapitals, zeigte großes Interesse an Südamerika (,,Wir werden ihnen beides geben, Kapital und Unternehmensgeist. Wir werden ihnen ein Drittes geben: unsere Weltanschauung!''), und nutzte die ,,Fünfte Kolonne'', um die wichtigsten Presseorgane und Nachrichtenagenturen unter Kontrolle zu bringen. 1939 beherrschte eine deutsche Firma 65% des bolivianischen Papierimports und subventionierte die größten Zeitungen. Das Geld kam aus Spenden der ansässigen Deutschen. Siemens – seit 1908 in Argentinien niedergelassen – baute die entsprechenden Telegrafenverbindungen. Mit Beteiligung der Lufthansa gelang den deutschen Imperialisten der Aufbau eines eigenen Südamerikanetzes und damit erheblicher Einfluß auf den Luftfahrtsektor.

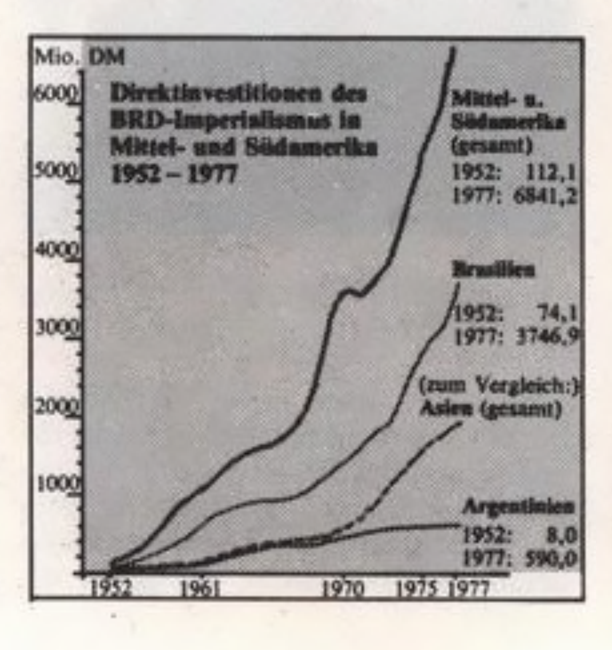
Die Niederlage des Hitlerfaschismus konnte den zunehmenden Kapitalfluß nur kurzfristig verzögern. In den 60er Jahren flossen ,,Kapital und Unternehmensgeist'' reichlich, die Bundesregierung zahlte kräftige Kredite dazu und die verschiedenen ,,Entwicklungsgesellschaften'' (seit 1962 der DED) vermittelten.

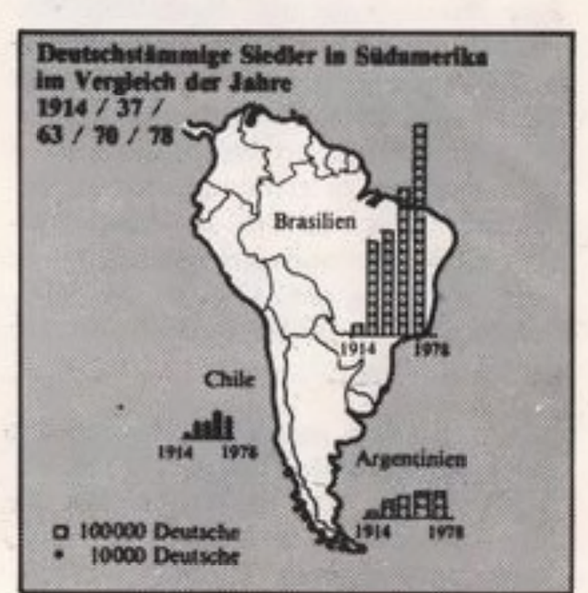
Schwerpunkte der Kapitalinvestitionen sind Brasilien, Argentinien und Mexiko, gefolgt von Panama, Kolumbien und Chile. Peru liegt erst an 7. Stelle. Investiert haben u.a.: VW (1953) in Brasilien (heute das viertgrößte brasilianische Unternehmen), Mercedes Benz, Krupp, Mannesmann (1952) mit einem Röhrenwerk auf eigenen Erz- und Stahlbasis, Farbwerke Hoechst, Thyssen sowie die großen deutschen Banken.

Projekte – vom Staat und den Kirchen als ,,Entwicklungshilfe'' gepriesen und finanzkräftig unterstützt – werden durchgezogen. In Peru leitet z.B. die Salzgitter Industriebau GmbH ein großes Bewässerungsprojekt. Siemens begann 1969 in Argentinien mit dem Bau eines Atomkraftwerkes. 1975 ist die ,,nukleare Zusammenarbeit'' zwischen Brasilien und der BRD besiegelt.

Auch der ,,Kulturaustausch'' blüht. Neben den rund 200 deutschen Schulen und zahlreichen kirchlichen Verbänden (Aktion Adveniat) in Lateinamerika werden Einrichtungen wie die Goethe-Institute oder die Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert zur ,,Pflege der deutschen Sprache und Kultur im Ausland''.

Knapp die Hälfte des Kapitals in Entwicklungsländern haben die BRD-Imperialisten 1977 in Lateinamerika investiert, davon wiederum über die Hälfte in Brasilien, während gleichzeitig die Abhängigkeit und Verschuldung dieser Länder gegenüber der BRD (Brasilien 1977 mit 4913 Mio. US-Dollar) wächst.





z.kec. **Nach der Audienz Fredersdorfs bei Strauß unternehmen CDU und CSU weitere Anstrengungen, die materiellen Grundlagen für eine sozialreaktionäre Vierte Partei auszubauen.** Der bayerische Finanzminister Streibl forderte im Bundesrat die Verschiebung der Mehrwertsteuererhöhung um ein halbes Jahr auf den 1. Januar 1980. Dieser Zeitpunkt erscheint ihm günstiger im Hinblick auf den Lohnkampf im Herbst, zumal Anfang 1980 die EG-Harmonisierungsrichtlinie in Kraft treten soll und das ganze so unter der Fahne ,,Steuergerechtigkeit in Europa'' durchgezogen werden könnte. Die Mehrwertsteuererhöhung hat nämlich den Nachteil, daß sie die spalterische Wirkung der Einkommensteuerreform abschwächt, indem sie die Reformerträge für die besser verdienenden Arbeiter und höheren Angestellten und Beamten zum Teil oder ganz auffrißt. Für den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr fordern Streibl und Späth daher die ,,erneute Anpassung des Einkommensteuertarifs'' durch Abschwächung der Progression. In einer Rede auf der Münchner Steuerfachtagung am 28. März begründete Streibl seine Absicht, die Antreiber zu bestechen: ,,Eine weitere Nivellierung der Lohnabschlüsse... erschwert nicht nur die Mobilität der Arbeitskräfte und den Strukturwandel der Wirtschaft, sondern lähmt auch auf die Dauer den Leistungswillen.'' Auch sein Vorschlag, die Steuern bei ,,Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer an ,ihrem' Betrieb'' zu senken, zielt auf die besser bezahlten Teile der Arbeiterklasse. Er sei ,,eine wichtige neue Quelle zur Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals und zugleich ein wichtiger Beitrag zur Entschärfung des Verteilungskampfes''. – Das ist der Hintergrund, vor dem Strauß letzte Woche sagte: ,,Fredersdorf könnte es schaffen.'' – Für die Kapitalisten will Streibl ,,insbesondere das Unternehmenssteuerrecht wachstumsfreundlicher gestalten'', ,,um das Schwungrad der Marktwirtschaft in Bewegung zu halten''. Nach der Senkung der Vermögensteuer, der Streichung der Lohnsummensteuer, der Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbekapitalsteuer schlägt er für nächstes Jahr eine weitere Senkung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer vor.

z.jöd. **Der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht schäumt.** Muß er sich von den Bauern beschimpfen lassen und sich anhören, was sie von dem smilen und aalglatten Unterdrücker-



schärfung des Verteilungskampfes''. – Das ist der Hintergrund, vor dem Strauß letzte Woche sagte: ,,Fredersdorf könnte es schaffen.'' – Für die Kapitalisten will Streibl ,,insbesondere das Unternehmenssteuerrecht wachstumsfreundlicher gestalten'', ,,um das Schwungrad der Marktwirtschaft in Bewegung zu halten''. Nach der Senkung der Vermögensteuer, der Streichung der Lohnsummensteuer, der Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbekapitalsteuer schlägt er für nächstes Jahr eine weitere Senkung der Gewerbekapitalsteuer und der Vermögensteuer vor.

z.jöd. **Der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht schäumt.** Muß er sich von den Bauern beschimpfen lassen und sich anhören, was sie von dem smilen und aalglatten Unterdrücker-



präsidenten zu Niedersachsen halten, macht der SPD-Konkurrent Ravens, vor einem Jahr noch Mitglied der Bundesregierung, ganz andere Überlegungen. ,,Das geplante Entsorgungskonzept in der jetzt vorliegenden Form (kann) aus Sicherheitsgründen nicht realisiert werden'', erklärte das Norddeutsche Fernsehen im Auftrage Ravens. SPD-Spitze Klaus Matthiesen aus Schleswig-Holstein, zur Zeit im Wahlkampf befindlich, erklärte gar, ,,eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung werde weder den geplanten Reaktor in Brokdorf noch andere bauen oder zulassen.'' (Berichte vom Tage) An diese Worte wird man sich *sicher* bei gegebenem Anlaß wieder erinnern, nur muß sich der Niedersächsische Ministerpräsident zunehmend als Schmutzfänger bewähren. Diese Überlegungen werden ihm durch den Kopf gehen, denn die Sozialdemokraten und ihre Bundesregierung, eigentliche Verantwortliche für das Energieprogramm – derzeitig – begeben sich aus der Schußlinie. Eines ist jetzt schon sicher, mit dem Energieprogramm war und ist kein Lorbeer zu ernten. Selbst Innenminister Baum kommt aus dem Stottern nicht raus und spricht auch schon von: WAA – nee. Ob das die Stimmenanzahl in Schleswig-Holstein für die FDP steigert?

z.cch. **Mit dem neuen Tarifabschluß in Buchhandel und Verlage für Baden-Württemberg und Bayern haben die Handelskapitalisten weitere Lohnsenkung durchgesetzt.** 32 DM in Tarifgruppe 1 auf ein Nettogehalt von 951-997 DM. 50 DM auf ein Nettogehalt von 1 188 DM, dies entspricht dem Lohn eines Buchhändlers im 1. Tätigkeitsjahr. Mit unterschiedlichen DM-Beträgen haben die Soziademokraten (Verhandlungsleiter Vetter bezeichnete das Angebot als ,,von der Struktur her entgegenkommend'') Spaltung zwischen den Tarifgruppen und innerhalb der Tarifgruppen erreicht. Insbesondere zwischen LG 3 und LG 2, in der die meisten Beschäftigten in den Verlagen und im Buchhandel eingruppiert sind. Absicherung der LG 2, statt ihrer Streichung, wofür es eine Bewegung unter den Beschäftigten gibt, ist dabei herausgekommen. Vorbereitet muß jetzt die Aufstellung einer einheitlichen Festgeldforderung werden.

z.ind. **Der Verwaltungsvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung / Emsdetten läßt gegenwärtig eine Unterschriftensammlung in den Betrieben durchführen gegen ,,eine für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze ruinöse Sonderbegünstigung der VR China... bei den Textilimporten''.** Anlaß ist, daß die VR China als Entwicklungsland Zollpräferenz von der EG-Kommission gefordert hat. China plant, ge-



wisse Mengen an Textilien zu exportieren, um dafür Maschinerie einkaufen zu können. Für die Arbeiter ist es nichts Schlechtes, wenn sie gute und billige Ware einkaufen können. Eine ganz andere Sache ist, daß die Textilkapitalisten einen großen Teil der Produktion in ,,Billiglohnländer'', wie ihre Stützpunkte Hongkong, Taiwan oder Südkorea, verlegen, in der BRD massenweise Arbeiter entlassen und so Druck auf die Löhne ausüben. Für diese Einfuhren haben sie längst *alle* Zollschranken beseitigt. – Die Unterschriftensammlung ist das Werk der Textilkapitalisten selbst, um von den kommenden Tarifkämpfen abzulenken. In den meisten Tarifbezirken sind zum 30.4. die Verträge gekündigt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung fordert 6,2% mehr Lohn, 30 Tage Urlaub und Abschluß eines Manteltarifvertrages. Für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen wird bereits in mehreren Betrieben gestreikt.

wisse Mengen an Textilien zu exportieren, um dafür Maschinerie einkaufen zu können. Für die Arbeiter ist es nichts Schlechtes, wenn sie gute und billige Ware einkaufen können. Eine ganz andere Sache ist, daß die Textilkapitalisten einen großen Teil der Produktion in ,,Billiglohnländer'', wie ihre Stützpunkte Hongkong, Taiwan oder Südkorea, verlegen, in der BRD massenweise Arbeiter entlassen und so Druck auf die Löhne ausüben. Für diese Einfuhren haben sie längst *alle* Zollschranken beseitigt. – Die Unterschriftensammlung ist das Werk der Textilkapitalisten selbst, um von den kommenden Tarifkämpfen abzulenken. In den meisten Tarifbezirken sind zum 30.4. die Verträge gekündigt. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung fordert 6,2% mehr Lohn, 30 Tage Urlaub und Abschluß eines Manteltarifvertrages. Für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen wird bereits in mehreren Betrieben gestreikt.

z.sst. **Wegen Unterstützung des Bummelstreiks der Fluglotsen 1973 ist W. Kassebohm, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Flugleiter, aus dem Beamtendienst entlassen worden.** In den 60er Jahren wurden die Fluglotsen zwangsverbeamtet. Die Lufthansa-Kapitalisten (LH) wollen das Streikverbot auf Arbeiter und Angestellte ausdehnen. Erleichtert wird das durch die Spalterpolitik der DAG, die einem zwischen LH und ÖTV abgeschlossenen Tarif nicht zustimmt, der dem Herumschieben des Personals zwischen LH und Tochter Condor bei Lohnsenkungen gewisse Schranken setzt. Die LH hat Klage gegen die DAG über ½ Mio. DM wegen Warnstreiks am 15. und 20.3.79 gestellt. Donnerstag nacht hat die DAG eine angefangene Urabstimmung abgesetzt.



,,Traumberuf Stewardess'' – ständig Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit.

z.res. **,,... wird Ihnen hiermit das Recht zur politischen Betätigung in der Bundesrepublik Deutschland in der Weise beschränkt, daß Ihnen verboten ist, aktiv oder inaktiv eine politische Betätigung auszuüben, die gegen die derzeitige türkische Staatsform, die Regierung dieses Staates oder seine Repräsentanten und Einrichtungen gerichtet ist ...''.** Mit diesem Inhalt ergingen in letzter Zeit auf Weisung des Innenministers von NRW Anordnungen gegen türkische Arbeiter, die den Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie in der Türkei führen und geführt haben. Das Ausländergesetz sieht für Verstösse gegen derartige Anordnungen eine Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr vor. Die Möglichkeit derartiger Knebelung ergibt sich aus § 6 Abs. 2 AusLG, wenn sog. erhebliche Belange der BRD betroffen sind, wozu auch der Außenhandel und die Außenpolitik gerechnet werden. 1976 mußte die Bourgeoisie den türkischen Patrioten politisches Asyl gewähren. Über die Anwendung des § 6 Abs. 2 AusLG sollen jetzt doch noch die Voraussetzungen einer Ausweisung geschaffen werden. Ein neuer Angriff auf die politischen Rechte der türkischen Arbeiter gegen ihren wachsenden Zusammenschluß.

Auseinandersetzungen um die Überstundenarbeit

Schon zahlen die Kapitalisten erste Lohnzugeständnisse

r.ped. Bereits vor der Lohnrunde sind die Kapitalisten mit ihren Überstundenverlangen nicht durchgekommen. Nach dem 4,3/13 Abschluß in der Metallverarbeitung gibt es Gründe, die diese Überstunden noch zwingender machen für beträchtliche Teile der Belegschaften. Dennoch ist die Ablehung der Überstundenarbeit eher noch breiter und fester geworden. Warum?

Saugen die Produktionsanlagen statt während 8, während 10 oder 12 Stunden täglich unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiter ein, so erhöht das den Profit. Schon immer war daher das Geschäft mit den Überstunden beliebt. Gegenwärtig indes und dies insbesondere für die westdeutsche Industrie, deren Kern im Maschinen- und Anlagenbau besteht, kann auf dem Weltmarkt nur bestehen, wer *schnell* liefern kann. Der ,,zarte konjunkturelle Frühling'' auf der Grundlage stagnierender Produktion, muß den Produktionsrhytmus schubweise gestalten – drei Wochen rund um die Uhr bis zum Liefertermin, anschließend drei Wochen normal oder im Extrem, Kurzarbeit. Das Motto ,,allzeit bereit'' müssen die Kapitalisten den Arbeitern gegenüber durchsetzen.

Andererseits haben sie schon viel zu viel durchgesetzt. Zwischen Länge und Intensität der Arbeit besteht ein bestimmtes Verhältnis. Die Erreichung des gegenwärtigen Höchstakkordes beim 8-stündigen Arbeitstag, kann nicht in jeder Stunde eines 10 oder 12-stündigen Arbeitstages erreicht werden, noch viel weniger über eine Reihe von Tagen. Die Verausgabung an Muskeln, Nerven und Hirn für einen 10 Stundentag vor zehn Jahren, ist weitaus geringer als diejenigen, für einen heutigen 8-Stundentag.

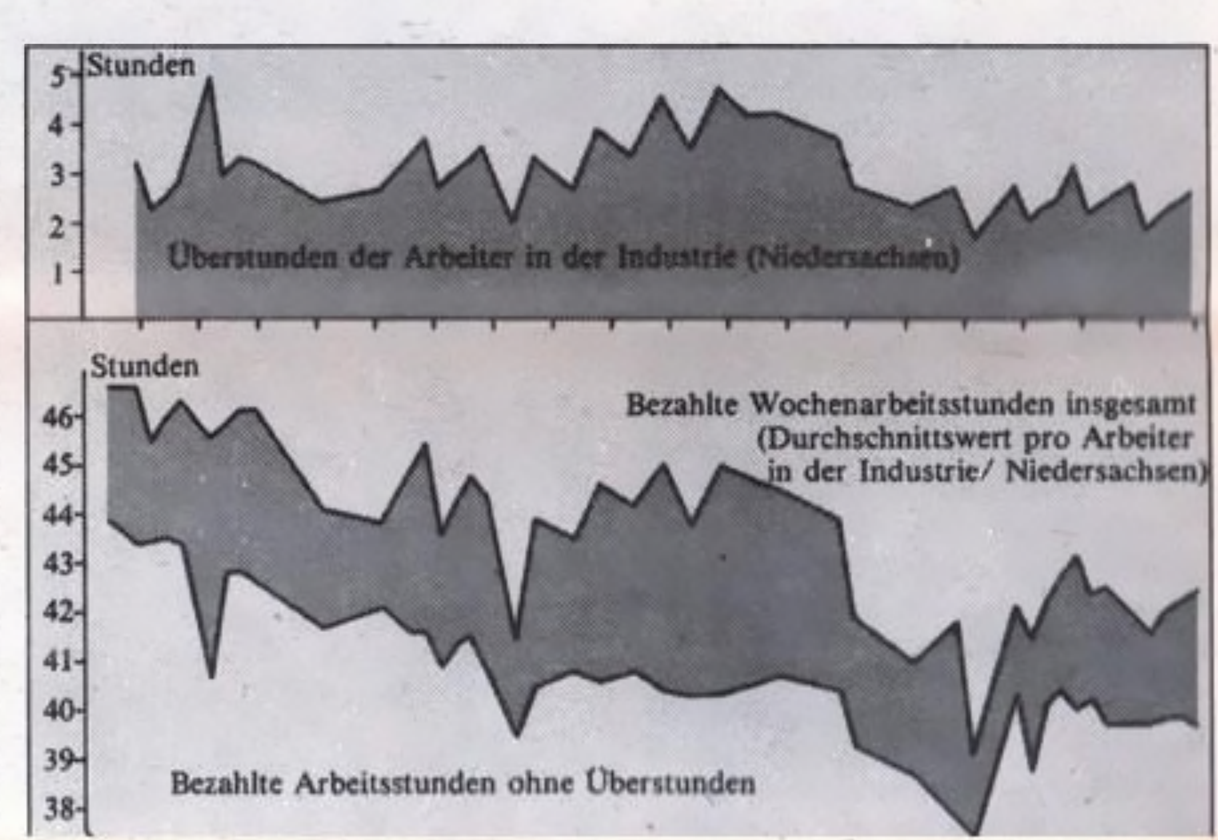
Zur Höchstintensität soll jetzt die Höchststundenzahl treten. Gegen die Durchsetzung dieses neuen historischen Niveaus der Ausbeutung wird erbittert gekämpft. Die Kapitalisten schäumen: ,,Der Betriebsrat hatte dieser Mehrarbeit zugestimmt. Dennoch sind die zu den Überstunden bestellten Mitarbeiter nicht erschienen, wie wir erfuhren, weil ein entsprechender Branchenbeschluß gefaßt wurde. Der Vorstand hat kein Verständnis dafür. Sollte sich erweisen, daß die Schlosserei hier ihren eigenen Weg geht, werden wir dies in unserer mittel- und langfristigen Disposition zu berücksichtigen wissen. Wir möchten dies sehr deutlich klargestellt haben'', so die Betriebsführung des Bremer Vulkan in einem Brief an 800 Schlosser. Zumeist sehen die Betriebsräte sich außer Stande den beantragten Überstunden zuzustimmen. Zumindest fordern sie Zugeständnisse. So wurden bei Klöckner Bremen daraufhin die Löhne der untersten Produktionsarbeiter im Kaltwalzwerk um eine Lohngruppe (im Schnitt 0,15 DM mehr) angehoben. Das ist nicht nichts. Anders als durch Erhöhung der Löhne brauchen die Kapitalisten auch nirgendwo durchzukommen. So sehen diese das auch und zielen auf spaltende Zugeständnisse. Denn, werden die beständigen Lohnsenkungen des letzten halben Jahrzentes nicht zurückgekämpft, dann wird sich die gegenwärtige Front nicht halten lassen. Das Auto wird irgend wann seinen Geist aufgeben. Wenn dann kein Geld für ein neues da ist, muß Überstundenarbeit genommen werden. Es würde sodann der Zeitpunkt eingetreten sein, wo es gelungen ist, ein neues historisches Niveau der Ausbeutung durchzusetzen.

Die Staatstragenden unter den Sozialdemokraten in der IGM haben denn hierfür auch schon früh ihre Leimrute ausgelegt: ,,Freizeitausgleich für Überstunden''. Exakt das Richtige, wodurch dem mittleren und oberen Teil der Arbeiter die Reproduktion gerade noch ermöglicht wird, die unteren Teile aber rettungslos der Gegenseite, zu allem bereit, ausgeliefert wurden. Wo sie diese Forderung in Betriebsvereinbarungen bereits durchgesetzt haben, wird sie kritisiert. Auf der Hapag Lloyd Werft in Bremerhaven fordern die Arbeiter die Aufkündigung dieser Vereinbarung und verweigern die Überstunden, die ihnen darüber abgepresst werden sollen.

Entschieden ist die Auseinandersetzung noch nicht. Orientiert man dabei auf eine Korrektur des Lohnniveaus, dann wird sich ergeben, daß die Einheit für die Durchsetzung der notwendigen politischen Forderungen nach dem Verbot der Überstundenarbeit gleichfalls an Kraft gewinnt.

Ohne Verbot der Überstundenarbeit sind der Ausdehnung des Arbeitstages keine Grenzen gesetzt

r.erk. Das Kapital versucht in seinem Bestreben, den Anteil der Mehrarbeit gegenüber der zur Reproduktion des Arbeiters notwendigen Arbeit auszudehnen, beständig den Arbeitstag zu verlängern. Die Untersuchung der Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter in Niedersachsen zeigt, daß der Normalarbeitstag von acht Stunden an fünf Tagen, der zumindest seit 1974 für über 90% der Lohnabhängigen tarifvertraglich festliegt, nicht eingehalten wird. Zu keinem Zeitpunkt des 18jährigen Zeitraumes ist die Zahl der Überstunden unter zwei. Mit einer Ausnahme, auf die wir noch genauer eingehen. Eine Durchschnittsberechnung, beruhend auf den Zahlen für die Monate Oktober und November, ergibt 3,1 Stunden auf die Woche. In den Jahren nach der Krise 66/67 stieg der Anteil der Überstunden auf 4 bis 4,5



Ohne Verbot der Überstundenarbeit sind der Ausdehnung des Arbeitstages keine Grenzen gesetzt

r.erk. Das Kapital versucht in seinem Bestreben, den Anteil der Mehrarbeit gegenüber der zur Reproduktion des Arbeiters notwendigen Arbeit auszudehnen, beständig den Arbeitstag zu verlängern. Die Untersuchung der Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter in Niedersachsen zeigt, daß der Normalarbeitstag von acht Stunden an fünf Tagen, der zumindest seit 1974 für über 90% der Lohnabhängigen tarifvertraglich festliegt, nicht eingehalten wird. Zu keinem Zeitpunkt des 18jährigen Zeitraumes ist die Zahl der Überstunden unter zwei. Mit einer Ausnahme, auf die wir noch genauer eingehen. Eine Durchschnittsberechnung, beruhend auf den Zahlen für die Monate Oktober und November, ergibt 3,1 Stunden auf die Woche. In den Jahren nach der Krise 66/67 stieg der Anteil der Überstunden auf 4 bis 4,5

1960 1962 1964 1966 1968 1970 1972 1974 1976 1978

Wochenstunden. Vergleicht man den Anfang der Überstundenkurve mit seinem Ende, kann man sehen, daß die Zahl der Überstunden keineswegs gesunken ist.

Im Verhältnis zur insgesamt bezahlten Wochenarbeit ist der Anteil der Überstunden noch gestiegen. In Zeiten ökonomischer Krisen nimmt der Anteil der geleisteten Überstunden nicht ab. Im Kampf um größtmögliche Anteile an der gesunkenen Gesamtmasse des Profits verschärft sich der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Kapitalisten. Während in einzelnen Zweigen der Industrie und verschiedenen Abteilungen einer Fabrik der Anteil der Überstunden sinkt, steigt er in anderen umso heftiger an. Diese Tatsache wird durch die Durchschnittsberechnung, nach der die Kurven gezeichnet sind, einigermaßen verschleiert. Darüber hinaus ist zu beachten, daß sich untern den Kapitalisten die Sitte breit gemacht hat, einen Teil der Arbeiter kurzarbeiten zu lassen sowie die Teilzeitarbeit auszudehnen. Hieraus ergibt sich, daß seit Januar 1973 die Arbeitszeit der niedersächsischen Industriearbeiter ausschließlich der Überstunden unter 40 Stunden pro Woche sinkt. Der Tiefstand von 37,4 Stunden pro Woche geht einher mit einer gewaltigen Ausdehnung der Kurzarbeit von 292403 1974 auf 773334 (BRD insgesamt) im Jahre 1975. In einzelnen Branchen ist die 50-Stundenwoche nicht die Ausnahme, sondern der Normalfall, wie z.B. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Der Kapitalist als Käufer der Ware Arbeitskraft, behauptet mit Zähnen und Klauen sein Recht, die vom ihm bezahlte Ware im Produktionsprozeß zu konsumieren so lang es eben geht. Der Arbeiter vom Standpunkt des Verkäufers, sein Recht auf Beschränkung des Arbeitstages. Marx faßt die Sache im Kapital zusammen: ,,Es findet hier also eine Antinomie (Widerspruch) statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch die Gesetze des Warentausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.''

z.klr. **Die strafrechtliche Verfolgung von ehemaligen Soldaten, die Dienstgeheimnisse verbreitet haben, soll eingeführt werden.** Das sieht der Entwurf des 19. Strafrechtsänderungsgesetzes vor, der am 28.3. vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Der Entwurf enthält zugleich die Aufhebung des § 353c des Strafgesetzbuches, der denjenigen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bedroht, der ,,namentlich Schriften, Zeichnungen oder Modelle, die von einem Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder einem seiner Ausschüsse ... als geheimhaltungsbedürftig gekennzeichnet sind, ... einem anderen mitteilt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet.'' Dieser Paragraph hat sich als eine Fehlgeburt herausgestellt. Bloß fünf Verfahren gegen irgendwelche Mitglieder aus ihrer Pressemeute hat die Bourgeoisie in der Zeit von 1954 bis 1974 zustandegebracht und die endeten außer einem ohne Verurteilung. Die Gefahr für die Kriegstauglichkeit ihres Unterdrükkungsapparates geht eher von der Käuflichkeit der Bonner Scene aus. Jedenfalls findet es Vogel ganz passend, mit der Streichung unnützen Paragraphenwustes die Verschärfung der Paragraphen zu verbinden, die zur Bannung der größten Gefahr für den Expansionismus, des Klassenkampfes der unterdrückten Klassen, dienen sollen. Mit der Änderung des § 1 Wehrstrafgesetz wird praktisch jeder, der Soldat gewesen ist, dem Wehrstrafgesetz unterworfen und polizeilich verfolgt, wenn er nach seiner Wehrzeit Dienstgeheimnisse verbreitet. Zusätzlich kann er mit dem Strafgesetzbuch § 353b verfolgt werden, indem kurzerhand Soldaten zu ,,Amtsträgern'' erklärt werden.

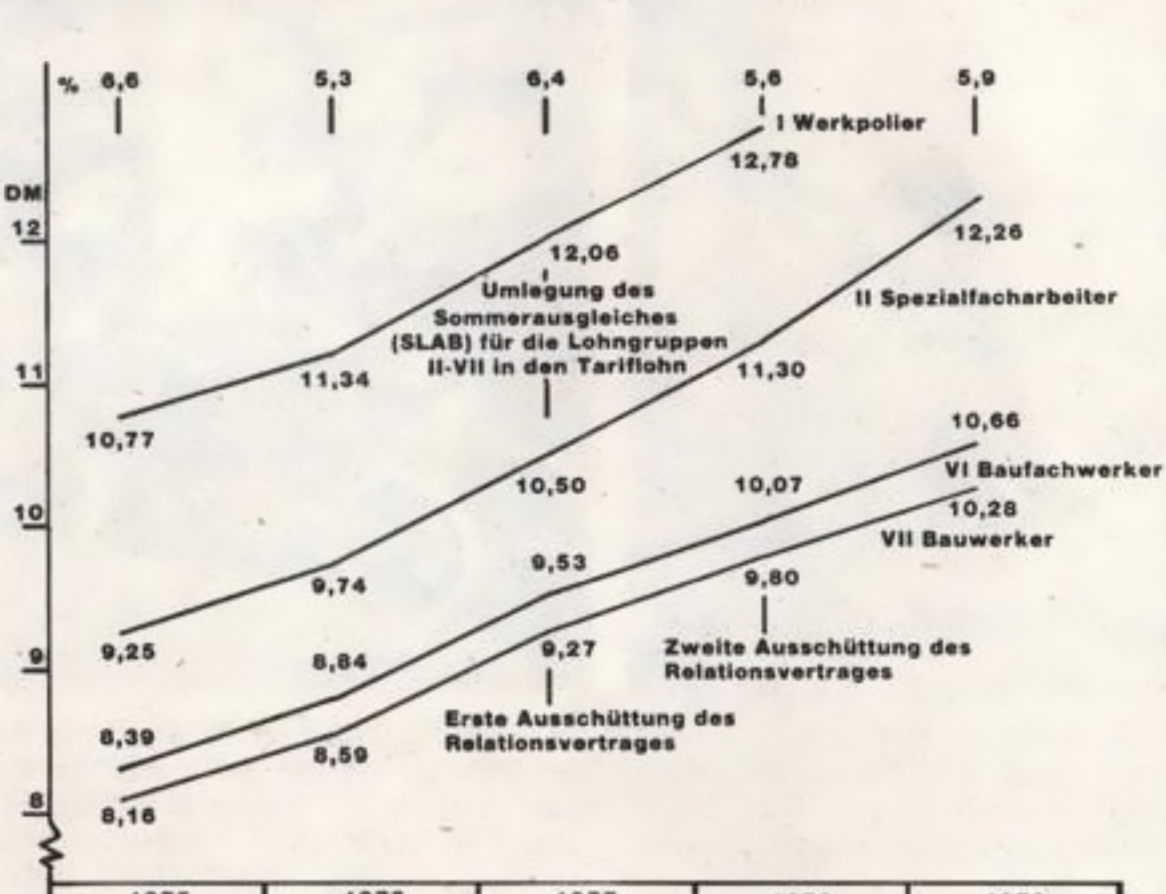
z.usm. **Auf der Gesamtkonferenz wurde den Lehrern der Raabeschule in Braunschweig mitgeteilt, daß es jetzt einen für die Schule zuständigen Kon-**

Die Baukapitalisten wollen die Ausbeutung verschärfen! Die Lohnspaltung ist ihnen dabei nützlich

r.kaq. Erhöhung des Grundlohnes um 4,5% sowie die Zusammenlegung des Bauausgleichsbetrages (BAB) von bisher 2,5% und des Sommerausgleichsbetrages (SAB) von bisher 1,5% zum Bauzuschlag (BZ) und dessen Erhöhung von 4 auf 5,4% des Grundlohnes, das ist das Ergebnis der Lohnverhandlungen der IG Bau Steine Erden für das Bauhauptgewerbe.

Im Vorweg sind die Löhne der Werkpoliere, Vorarbeiter und Spezialfacharbeiter, die Lohngruppen I bis III, durch die zweite Ausschüttung des Relationstarifvertrages erhöht worden. 1,5% der Gesamtlohnsumme standen dafür zur Verfügung. Die Löhne der Spezialfacharbeiter, Maurer und Zimmerer, werden dadurch um weitere 2,6% erhöht, so daß für die Lohngruppe III eine Gesamtlohnerhöhung von 8,5% rauskommt. Es ergeben sich dabei monatliche Bruttolohnerhöhungene von 166,08 DM Lohngruppe III, 110,72 DM Lohngruppe IV bis 100,34 DM Lohngruppe VII und Nettobeträge von 101,63 DM Lohngruppe III, Lohnsteuerklasse III, 1 Kind, bis zu 62,95 DM Lohngruppe VII.

Die Baukapitalisten haben dies Lohnangebot von 5,9%, das höher liegt als die Erhöhung im letzten Jahr von 5,4%, gut plaziert. Die Tarifkommission der IG Bau Steine Erden hat einstimmig die Mitglieder aufgefordert, das Angebot anzunehmen. Es wird schwer sein, dies Angebot, das auch höher liegt als die bisherigen Ergebnisse der Lohnkämpfe, abzulehnen; und: Die Spaltung durch die 8,5% für die Facharbeiter macht einen Kampf für die Erhöhung der unteren Lohngruppen der Baufacharbeiter und Bauwerker unmöglich. 80% der Bauarbeiter fallen nach Angaben der Gewerkschaft unter die Ausschüttung des Relationstarifvertrages. Die Lohnabspaltung der 20% ist das Problem, das den Kampf lähmt. Wie sich diese Spaltung seit dem Relationstarifvertrag entwickelt hat, zeigt die Grafik. Eine dritte und letzte Ausschüttung aus diesem Vertrag steht noch im kommenden Jahr bevor.



Die Baukapitalisten, deren Auftragsvolumen gegenüber dem letzten Jahr weit gestiegen ist, versuchen, die Zeitverluste des Winters wieder hereinzuholen. Das gleiche Volumen soll in kürzerer Zeit geschafft werden. In Rendsburg hat dies der Baukapitalist Ditting seinen Arbeitern bereits schriftlich mitgeteilt und zugleich, daß es eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat gebe, den Urlaub in diesem Sommer auf zwei Wochen zu beschränken. Der noch ausstehende Resturlaub vom Vorjahr wurden Arbeitern zwangsweise im März während der Schlechtwetterzeit verordnet.

Die Lohnspaltung wird den Kapitalisten nützen, die gewünschte Mehrarbeit durch Akkord und Überstunden aus den Arbeitern herauszupressen. Mindestbeträge und Festgeld, wie sie bereits in diesem Lohnkampf gefordert wurden, können die Spaltung für den kommenden Lohnkampf verhindern.

Frankreich: Kommissionen für Kostendämpfung eingesetzt

Streik der Krankenpflegeschülerinnen für Bezahlung ihrer Arbeitskraft

z.jon.Paris. Um größere ,,Transparenz" und Dämpfung der Kosten im Gesundheitswesen geht es bei zwei Kommissionen, die die französische Gesundheitsministerin Simone Veil am 27.3. vorgestellt hat. In der ,,Rechnungskommission für die Sozialversicherungen", der Ehrenbergschen Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen nachempfunden, sollen Vertreter der Regierung, der Kassen, der Kapitalisten und der Gewerkschaften Empfehlungen für den Haushalt der Kassen aussprechen, vor allem für die ,,schwer kontrollierbaren Ausgaben" der Krankenversicherungen, ,,die vom Verhalten und dem Krankheitszustand abhängen". Um das ,,Verhalten" der Krankenhausbediensteten gegenüber dem ,,Krankheitszustand" der Massen geht es auch bei der ,,Technischen Hilfskommission" für Krankenhäuser unter Vorsitz eines Beamten des Rech-
geht es auch bei der ,,Technischen Hilfskommission" für Krankenhäuser unter Vorsitz eines Beamten des Rech-nungshofes. Den Krankenhäusern, die ihre Haushaltsansätze überschreiten, kommt die Hilfskommission ,,zu Hilfe, um mit ihnen die Gründe für das Wachstum der Ausgaben zu untersuchen". ,,Diese Verstärkung der Kontrolle der Krankenhäuser und der Ausgaben der Krankenpflege allgemein ist vorrangig", erklärte S. Veil, ,,denn sie ist eine Bedingung für den Fortschritt". Den Fortschritt in der Ausbeutung der Krankenhausbediensteten und in der Plünderung und Unterdrückung der Lohnabhängigen, die ihre Gesundheit in der kapitalistischen Ausbeutung verschleißen.

Eine Regierungsuntersuchung von 1970 stellte fest, daß Angehörige der Arbeiterklasse gezwungen sind, öfter und länger Krankenhäuser aufzusuchen als alle anderen Klassen. Von 100 Arbeitern mußten 5,42 jährlich einmal ins Krankenhaus, von 100 leitenden Angestellten nur 4,50. Die Liegezeit betrug für Arbeiter 19 Tage im Durchschnitt, für die leitenden Angestellten 10 Tage. Senkung der Liegezeiten, in denen der Arbeiter für die Ausbeutung ausfällt, Intensivierung der Arbeit für das Krankenhauspersonal war das erste Ziel der französischen Imperialisten bei der Krankenhausreform der letzten 20 Jahre. Zwischen 1961 und 1976 sank die durchschnittliche Liegezeit von 21 auf 13 Tage. Doch gleichzeitig stiegen die Kosten. Um die Bearbeitungszeit des kranken Arbeiters zu senken, wird immer aufwendigere Maschinerie notwendig. Die Eigenart des mit dieser Maschinerie zu bearbeitenden Materials führte dazu, daß die Kosten für das Personal nicht sanken, sondern stiegen. Die Betriebskosten der öffentlichen Krankenhäuser Frankreichs stiegen, in Preisen von 1962, von 1962 bis 1975 um das 3,5-fache. Die Personalkosten nahmen etwa im gleichen Tem-
po zu und machten 1975 fast 55% der 1975 um das 3,5-fache. Die Personalkosten nahmen etwa im gleichen Tem-po zu und machten 1975 fast 55% der laufenden Ausgaben aus.

Die Neuinvestitionen in französischen Krankenhäusern werden vor allem über Kredite finanziert. 1962 wies die Kapitalbilanz der öffentlichen Krankenhäuser 74,8% Eigenkapital aus, 24,6% bestanden aus Schulden. 1975 waren 48,6% Eigenkapital und 51,3% oder 23,4 Mrd. F Schulden. Dieses Kapital stammt aus den Reservekassen des französischen Finanzkapitals, vor allem aus der Zentralen Depositenkasse. Angeblich sind die Zinsen mit rund 4% und der Schuldendienst für dieses Kapital relativ niedrig. 1975 machte der Schuldendienst der Krankenhäuser aber immerhin fast 20% ihrer Gesamtinvestitionen und 2,3% aller ihrer Ausgaben in Höhe von 38,2 Mrd. F aus. Dieser letzte Anteil hatte sich gegenüber 1974 um rund 50% erhöht. Die steigenden Kosten und Kapitalschulden sollen mit Hilfe der Krankenkassen gezahlt werden. Die Kassen können nicht unbegrenzt ohne Folgen für die Lohnkosten der Kapitalisten zahlen, zumal der größte Teil der Beiträge direkt von den Kapitalisten eingezogen wird. Das französische Finanzkapital schreit nach Kostendämpfung.

Frankreichs weiblicher Ehrenberg Veil folgt diesem Ruf eifrig. Der Anstieg der Kosten wurde stark gebremst: 1975 plus 30%, 1978 noch rund plus 14%. Krankenhäuser wurden geschlossen, der Arzneimittelverbrauch gesenkt, Alte in Pflegekliniken verlegt, wo sie billig sterben können. Vor allem wurden die Löhne der Krankenhausbeschäftigten durch ,,gleitende Lohnanpassung" und Ausdehnung der Teilzeitarbeit gesenkt (s. KVZ 14/79). 1977 wurde im Raum Paris nur die Hälfte der freiwerdenden Stellen neu besetzt. – Das Bild zeigt eine Demonstration von Krankenhausbeschäftigten in Montpellier, die im März gegen Stellenstreichungen streikten. Die Röntgenassistenten in ganz Frankreich führen Streikaktionen für eine Lohnerhöhung von 250 F für alle durch. Die Krankenpflegeschülerinnen haben einen landesweiten Koordinationsausschuß gebildet, der am 28.3. einen Streik mit Demonstrationen unter den Forderungen nach Bezahlung der Arbeitspraktika nach dem Pflegehelfertarif, kostenloser medizinischer Versorgung und uneingeschränkten gewerkschaftlichen und politischen Rechten organisierte.



Demonstration der Krankenhausbeschäftigten von Montpellier

taktbeamten, Herrn Müller, gäbe. Die Lehrer wurden aufgefordert, den Polizisten im Rahmen der Verkehrserziehung, die nach einem Erlaß vom Oktober 78 ausgebaut werden soll, einzuladen. Dies solle helfen, das Verhältnis der Schüler zur Polizei, die von vielen als Bullen tituliert würde, zu verbessern. Unter dem Deckmantel der Verkehrserziehung wird versucht, das Image der Polizei als ,,Freund und Helfer" aufzupolieren und die Bespitzelung der Schüler zu organisieren. An der IGS Braunschweig verlangte ein Kontaktbeamter im Sommer 78 eine vollständige Liste der Schulabgänger, angeblich zwecks Nachwuchsrekrutierung. Diese Absicht traf bei den Lehrern auf heftigen Widerstand, so daß sich auch der Direktor weigerte, der Polizei die Unterlagen auszuhändigen.

z.brp. **4,5% mehr Lohn ab 1.5.79, zusätzlich 1,5% Erhöhung des Schlechtwettergeldes, bei einer 12-monatigen Laufzeit, hatte die IG Bau-Steine-Erden am 29.3. für das Baugewerbe vereinbart.** Die aufgestellte Forderung war: Erhöhung der Tariflöhne um 7,4% sowie Erhöhung der Sonderzahlungen. In der ersten Verhandlung hatten die Baukapitalisten kein Angebot vorgelegt, die zweite vertagten sie. Um 7,2% haben sie im vergangenen Jahr die Produktivität gesteigert, bei 2,3% weniger Bauarbeitern. Den jetzigen Lohnabschluß, der nicht den Interessen der Bauarbeiter entspricht, die gefordert hatten, daß, daß keiner unter 100 DM rauskommen dürfe, nutzen sie, um auch bei den Baupreisen noch mal zuzulangen: Eichbauer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, kündigte anläßlich der Veröffentlichung des Bau-Jahresberichtes Preiserhöhungen von 6,5% an. – Die Lage für die Bauarbeiter: ,,Ca. 240 DM Schlechtwettergeld werden für die Sommermonate im Oktober ausgezahlt", so ein Arbeiter aus Remagen. ,,Drei Wochen Urlaub, der Rest geht immer für Regentage drauf, weil in den Sommermonaten kein Schlechtwettergeld gezahlt wird. Facharbeiterlohn: 11,60 DM in Rheinland-Pfalz, mit Prämien und Zulagen kommt man vielleicht 1 - 1,50 DM höher.

z.höm. **,,Rentenfinanzen stabilisiert" überschreibt das Ehrenberg-Ministerium den Rentenanpassungsbericht 79; das 21. Rentenanpassungsgesetz zeitigt erste Wirkungen.** Allein die Rücklagen 1978 sind um 1,7 Mrd. DM höher als projektiert ausgefallen und zusätzlich dem Zugriff der Regierung zur Verfügung. ,,Höher als erwartet" auch würden die Schwankungsreserven ausfallen, die ein Liquiditätsmaß bezogen auf die monatlichen Rentenauszahlungen sind. Die Schwankungsreserven, deren Niedrigkeit das Ehrenberg-Ministerium noch im August 78 als Grund für die Drosselung der Rentenanhebung – 79: +4,5%; 80: +4,0%; 81: + 4,0% – und für die Anhebung des Beitragssatzes 1981 von 18 auf 18,5% ausgegeben hatte, fallen mit 19,06 Mrd. DM für 1979 um 83% höher, und 1980 um 41,6% höher als ,,geschätzt" aus. Gleichzeitig hat Ehrenberg bei Vorstellung des Anpassungsberichtes 79 darauf hingewiesen: statt veranschlagter 6% haben sich die Gesamtbeiträge um 6,5 und die Pflichtbeiträge sogar um 7,7% gegenüber dem Vorjahr verbessert. Die Rentenversicherungen also auf dem erneuten Vormarsch zur Kapitalgeberfunktion, Ehrenberg nennt es: ,,... die Richtigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen werden bestätigt". ,,Rentenversicherung noch nicht überm Berg" (FAZ), treibt das Finanzkapital angesichts günstiger Entwicklung gleich weiter an. Neben Schmälerung der Rentenanhebung, zusätzlichen Krankenversicherungsbeiträgen auf Rente ab 82 und Beitragserhöhung 81 müssen weitere Angriffe in Planung gehen, geplante Lohnsenkungsprogramme drücken natürlich die anzuhäufenden Rentensummen. Nächste Etappe: Besteuerung der Öffentlichen Dienst-Renten.

Tarifkampf der italienischen LKW-Fahrer

z.erm.Rom. Mit einem nationalen Streik von Sonntag abend bis Dienstag früh haben die 400000 italienischen LKW-Fahrer letzte Woche die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen erzwungen. Der Verband der Transportkapitalisten FAI hatte die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Anfang Februar mit dem Kommentar: ,,Die Forderungen der Gewerkschaft gefährden ernsthaft die Freiheit der Unternehmen", abgebrochen. Seit sechs Monaten befinden sich die LKW-Fahrer im tariflosen Zustand, die Kapitalisten haben bisher noch kein Angebot vorgelegt. Während des letzten nationalen Streiks im Februar hat ein Kapitalist einen Streikposten totgefahren. Die LKW-Fahrer verdienen derzeit in der Ecklohngruppe 3 tariflich umgerechnet 1025 DM. Sie fordern u.a. mindestens 20000 Lire mehr für alle, durchschnittlich 25000 Lire (56 DM) und die Beschränkung der Überstunden auf höchstens 10 im Monat. 90% der 150000 Transportunternehmen sind Kleinbetriebe mit 2–3 LKW's oder auch nur mit einem LKW, den der Besitzer selber fährt. Die 15–20 Transportmonopole versuchen, die Kleinbetriebe, deren Existenz durch die Erhöhung der Autobahngebühren und Benzinpreise ernsthaft bedroht ist, auf ihre Seite zu ziehen. Die Gewerkschaft hat jetzt die Belegschaften der Speditionen zu weiteren nationalen Streiks am 15. und 17. April aufgerufen.

LKW-Fahrer in den USA haben ihren Streik begonnen

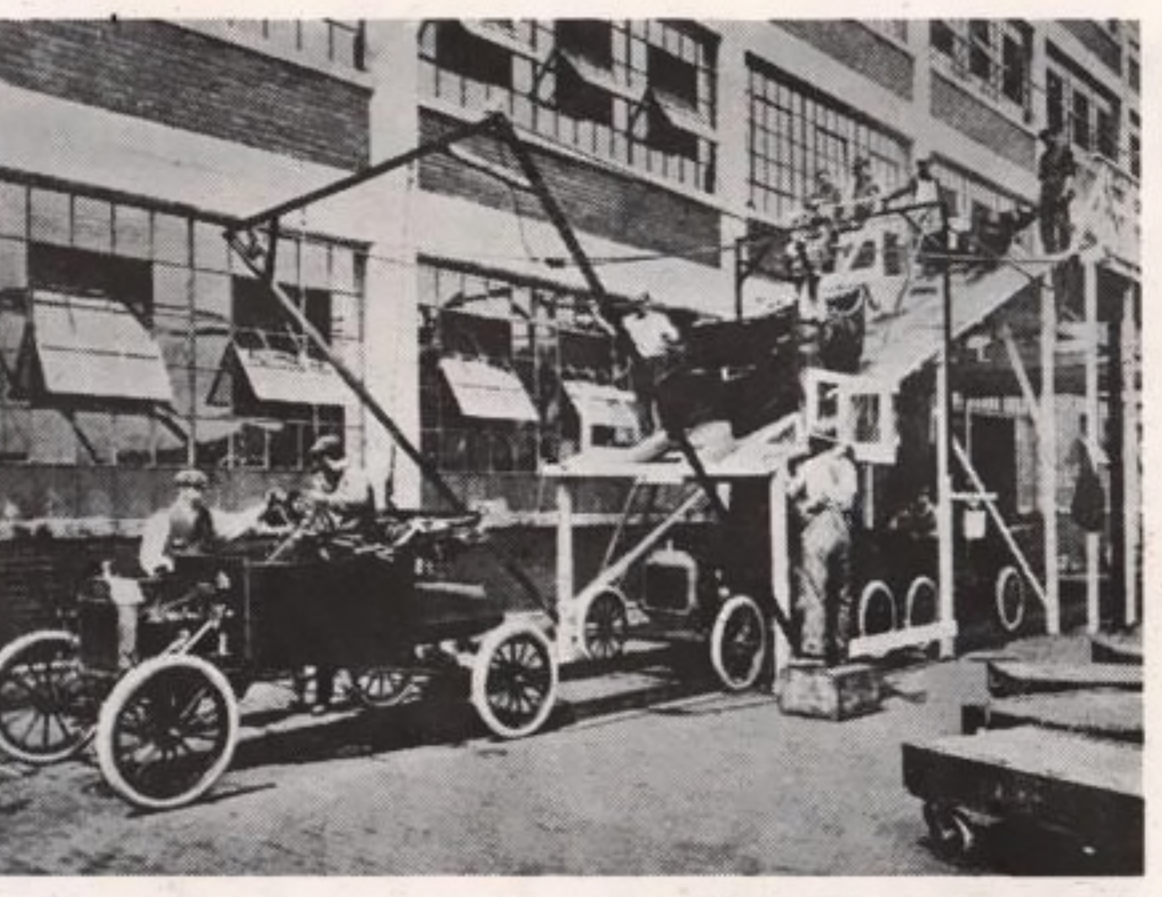
z.gek. Am 26. März haben in getrennten Abstimmungen über 300 Bezirke der Teamster-(Transportarbeiter-)Gewerkschaft mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt, ab dem 1. April für ihre Tarifforderungen in den Streik zu treten. Am 1. April haben einige Zehntausend LKW-Fahrer (die Gesamtzahl ist nicht bekannt) mit dem Streik begonnen, nachdem die Frachtgesellschaften hartnäckig an Carters 7%-Leitlinie festgehalten haben. Die Gewerkschaft fordert für die 300000 Fahrer eine sofortige Lohnerhöhung von 75 Cts. pro Stunde (bei einem gegenwärtigen durchschnittlichen Lohn von 9,40 die Stunde), sowie 50 Cts. in den beiden weiteren Jahren des 3-jährigen Vertrags. Nicht berücksichtigt sind allerdings andere wichtige Forderungen der Fahrer: Arbeitsplatzgarantien im Fall von Firmenübernahmen; Zahlung von zusätzlichem Arbeitslosengeld durch den Kapitalisten im Fall der Kündigung, einschließlich der Zahlung geld durch den Kapitalisten im Fall der Kündigung, einschließlich der Zahlung der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung des Arbeiters; Rentenerhöhung von 200 Dollar; Recht auf Verweigerung von gefährlichen Arbeiten; längere Ruhezeiten für die Fahrer auf den langen Strecken, die gegenwärtig oft nur einen Ruhetag in der Woche haben, bei 70 Wochenstunden; und Bezahlung der Überstunden durch die Kapitalisten. – Infolge des Streiks waren bereits eine Reihe großer Autofirmen gezwungen, ihre Produktion zu drosseln.

Britische Gewerkschaften organisieren Rentnerkonferenz

z.acr.London. Mehr als 2000 Delegierte erwartet der britische Gewerkschaftsbund Trade Union Congress (TUC) zu einer ,,Nationalen Rentnerkonferenz", die er für den 14.6.1979 einberufen hat. Vertreter der Gewerkschaften und von verschiedenen Rentnerorganisationen sind eingeladen worden. Die Elendsrenten für 8,59 Millionen Rentner stoßen auf immer mehr Empörung in der Arbeiterklasse und belasten die ganze Arbeiterklasse. Über 4 Millionen Renter müssen mit dem Grundrentensatz von 19,50 Pfund wöchentlich (ca. 80 DM) für Alleinstehende, 31,20 Pfund für Ehepaare auskommen. Weitere 4 Millionen erhalten eine zusätzliche Betriebsrente. Schon 1974/75 standen den Kapitalisten 2,1 Milliarden Pfund als billige Kredite aus dem nationalen Versicherungsfonds zur Verfügung. – Der TUC schlägt vor, die Erhöhung der staatlichen Renten zu fordern: für Alleinstehende in Höhe von einem Drittel des durchschnittlichen Bruttolohns, für Ehepaare in Höhe der Hälfte. Das wären zur Zeit 30 Pfund bzw. 45 Pfund wöchentlich. Weiter fordert er ein Weihnachtsgeld von 20 Pfund, die kostenlose Benutzung öffentlicher Einrichtungen sowie kostenlose Gesundheitsversorgung. Die Regierung Callaghan hat in der letzten Woche beschlossen, die Renten um drei auf 22 Pfund bzw. 35 Pfund zu erhöhen – ab *November '79.*



Kutschenbauer – Kupferstich aus dem 18. Jahrhundert. ,,Sie (die Kutschenmanufaktur) wird allmählich Teilung der Kutschenproduktion in ihre verschiedenen Sonderoperationen, wo jede einzelne zur ausschließlichen Funktion jedes einzelnen Arbeiters kristallisiert und deren Gesamtheit vom Verein dieser Teilarbeiter verrichtet wird" (Karl Marx, Das Kapital I, S. 356f).



Das erste Fließband der Fordwerke in Detroit um 1900. ,,Der erste Fortschritt in der Montage bestand darin, daß wir die Arbeit zu den Arbeitern hinschafften statt umgekehrt... Die erste Bedingung ist, daß kein Arbeiter in seiner Arbeit überstürzt werden darf – jede erforderliche Sekunde wird ihm zugestanden, keine einzige darüber hinaus" (Ford, Mein Leben und Werk, 1923).



Am ersten Vormontageband der Fordwerke Detroit (1911) setzen angelernte Arbeiter Schwungrad-Magnetzünder zusammen. Die Fertigungszeiten wurden von 20 Minuten auf 5 gesenkt.

Taylorsystem: Zeitstudien zur Intensivierung der Arbeit – Pensumlohn zur Lohnsenkung

z.brp. Frederick Winslow Taylor, amerikanischer Ingenieur, der von 1856 bis 1915 lebte, sich vom Dreher hocharbeitete zum Meister, und Frank Bunker Gilbreth lieferten den Kapitalisten durch ihre wissenschaftlichen Analysen der rationellen Kraftverausgabung bei der Arbeit ein wirkungsvolles Mittel, die Produktivität der Arbeit zu steigern und so die Produktion zur Erlangung von Extraprofiten zu verbilligen. Das Ergebnis war – am Beispiel der Hofarbeiter der Bethlehem-Stahlwerke, die Verlade- und Aufräumarbeiten leisten mußten:

dung von unnötigen Bewegungen für die Produktion vernutzt werden konnte. Die Handgriffe des Maurers beim Hochziehen einer Wand reduzierte Taylor auf diese Weise von bisher mindestens 18 auf 5, die Arbeitsleistung stieg von 120 Ziegeln auf 350 Ziegel pro Stunde.

2. Taylor untersuchte die Ermüdung bei der Arbeit und stellte über schweres körperliches Arbeiten fest, daß Heb- oder Stoßarbeit nur während eines bestimmten Prozentsatzes der Arbeitszeit möglich ist und daß dieser Prozentsatz abhängt vom Gewicht, das befördert

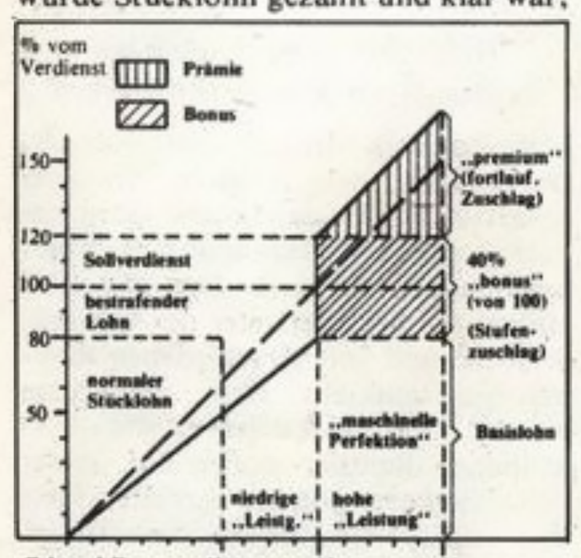
	altes System	neues System
Zahl der Hofarbeiter	400 – 600	140
durchschn. Leistung eines Arbeiters tgl. in t	16	59
Durchschnittslohn	1,15 $	1,88 $
Durchschnittskosten für Transport und Verladen pro t	0,072 $	0,033 $

Jährliches Plus für die Stahlkapitalisten: rund 80000 Dollar. (Zahlen aus: Taylor, Grundsätze einer wissenschaftlichen Betriebsführung, 1913

Auch unter dem Kommando eines Kapitals herrschte in der industriemäßigen, großen Produktion noch weitgehend handwerksmäßige Arbeitsorga-

Auch unter dem Kommando eines Kapitals herrschte in der industriemäßigen, großen Produktion noch weitgehend handwerksmäßige Arbeitsorga-

nisation, und die Arbeit der Arbeiter war im wesentlichen Kooperation auf handwerklicher Basis. ,,Wie es damals üblich war und tatsächlich noch in fast allen Werkstätten Amerikas üblich ist, waren die Arbeiter und nicht die Leiter Herren der Werkstatt. Die Arbeiter hatten sich genau darüber verständigt, in welcher Zeit jede einzelne Arbeit zu geschehen habe; sie hatten eine bestimmte Geschwindigkeit für jede Maschine in der ganzen Werkstatt festgesetzt, die nur ungefähr ein Drittel einer guten Tagesleistung ermöglichte." (Taylor, S. 52) Die Kapitalisten hatten kein wirksames Mittel zur Kontrolle der Arbeitsleistung und über die Lohnzahlung auch kein Spaltungsmittel: Es wurde Stücklohn gezahlt und klar war,



Taylors Prämienstücklohn, 1884

arbeiteten alle Arbeiter schneller, würden sie weniger für ein Stück bekommen. Das erste, was Taylor machte, war, den Pensumlohn einzuführen: Ein Arbeiter bekam dann eine 60% über dem normalen Lohn liegende Prämie, wenn er pro Tag ein bestimmtes, viel höheres Pensum schaffte. Damit dieses Pensum dauerhaft geleistet werden konnte, stellte Taylor mit Gilbreth Untersuchungen über Arbeitsmethoden, Arbeitsleistung und Ermüdung und Arbeitszeit an.

1. Er beobachtete die Arbeiter: So viele Arbeiter, so viele geringfügig verschiedene, aber eben doch verschiedene Arbeitsmethoden, und keiner konnte sagen, was die rationellste Methode war. Er stellte Zeitstudien mit der Stoppuhr an und ließ Bewegungsstudien anfertigen, um zu erforschen, bei welcher Methode die Kraft des Arbeiters dauerhaft und ohne Verschwen-

werden soll. Ein Schaufler schaffte am meisten, wenn er beständig 9,5 kg schob, bei 11 kg oder nur 8,5 kg war die Tagesleistung geringer. – Bei Ar-

werden soll. Ein Schaufler schaffte am meisten, wenn er beständig 9,5 kg schob, bei 11 kg oder nur 8,5 kg war die Tagesleistung geringer. – Bei Ar-

beiterinnen, die Stahlkugeln für Fahrradlager kontrollierten, beobachtete Taylor, daß sie, weil sie keine Pause machten, sondern durchgehend 10,5 Stunden arbeiteten, von der Konzentration und Nervenanspannung schnell ermüdeten. Die Arbeitszeit wurde auf 8 Stunden verkürzt mit vier Pausen à zehn Minuten, von 120 Mädchen wurden 85 entlassen, und das Pensum wie die Genauigkeit bei der Arbeit stieg.

3. Taylor erforschte den Zusammenhang zwischen dem richtigen Arbeitsmittel und der dann zu erbringenden Leistung. Bei den Schauflern des Stahlwerkes Bethlehem besaß jeder Arbeiter seine eigene Schaufel, die er benutzte, gleich, ob schwere Erze oder leichte Erbskohle gehoben werden mußte. Taylor ließ die Arbeiter mit verschiedenen Schaufeln, mit unterschiedlichen Rundungen und Stechkanten sowie verschieden großen Blättern, arbeiten. Die Stahlkapitalisten legten daraufhin ein Magazin mit verschiedenen Schaufeltypen an, mit der jeweils 9,5 kg geschaufelt werden konnte.

Diese drei Erkenntnisse waren für die Verbilligung der Produktion entscheidend, sie ermöglichten, die Arbeitsleistung vom besonderen Geschick und den individuellen Fähigkeiten des einzelnen Arbeiters zu lösen. Damit wurde die Produktion planbar, die Arbeitsteilung, vor allem in strikte Trennung der Hand- von der Kopfarbeit – Schaffung einer Arbeitsverwaltung und Aufgabenzuteilung – sowie die weitere Zerlegung der Arbeitsprozesse wurde möglich. ,,Das Taylorsystem", schrieb Lenin, ,,bereitet – ohne Wissen und gegen den Willen seiner Erfinder – die Zeit vor, wo das Proletariat die ganze gesellschaftliche Produktion in seine Hände nehmen und eigene Arbeiterkommissionen einsetzen wird, um die gesamte gesellschaftliche Arbeit richtig zu verteilen und zu regeln". Das Taylorsystem erhöhte unter dem Kommando des Kapitals nur die Unterdrückung und Abhängigkeit der Arbeiterklasse, der 60% Lohnerhöhung beim ,,Pensum" stand viermal größere Arbeitsverausgabung gegenüber; der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung des Produkts verschärfte sich erheblich.

VW-Konzern: 5 Jahre ,,Humanisierung der Arbeit", das sind 5 Jahre verschärfte Ausbeutung

r.gör. Im Dezember 1973 wurde – mit großer propagandistischer Aufmachung betreffend ,,Humanisierung der Arbeit" – das Arbeitssicherheitsgesetz verabschiedet. Der Kapitalist soll danach Betriebsärzte und Sicherheitsingenieure eingestellen, die ,,ihn beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung unterstützen." Inzwischen sind 5 Jahre vergangen und die Zeitschrift für Arbeitssicherheit vermeldet:

,,Zahl der Betriebsärzte wächst schneller als erwartet... Von den rund 80000 benötigten Fachkräften (sind) schon jetzt rund 40000 und von den 9000 Betriebsärzten bereits 4000 tätig." Der Bedarf soll ,,in drei bis vier Jahren gedeckt sein". Hatten die Kapitalisten zunächst über die Kosten, die das Gesetz ihnen bringen würde, gejammert, so sehen sie die Sache jetzt anders: ,,Die Kosten für die medizinische Betreuung der elf Millionen Arbeitnehmer, für die das Arbeitssicherheitsgesetz gegenwärtig gilt, werden auf 7 Mark pro Kopf und Jahr beziffert." (Z.Arb.wiss., 2/78)

mer, für die das Arbeitssicherheitsgesetz gegenwärtig gilt, werden auf 7 Mark pro Kopf und Jahr beziffert." (Z.Arb.wiss., 2/78)

Während sich also herausstellt, daß die Kosten für die Kapitalisten überhaupt nicht ins Gewicht fallen, sind die Vorteile für sie unverkennbar geworden. Zugrunde liegt dem Gesetz das Bestreben, die ,,volkswirtschaftlichen Kosten der Arbeitsunfälle" – so die Formulierung der Bundesanstalt für Unfallschutz und Unfallforschung (Dortmund) – möglichst klein zu halten. Die kapitalistische Kalkulation geht so: Betriebsunfälle und hoher Krankenstand verursachen Verluste bei der Profitmacherei, andererseits drückt auch jede Ausgabe für das Betriebsgesundheitswesen auf den Profit. Also wird grad solcher Aufwand angepeilt, der die Gesamtkosten möglichst klein, den Profit möglichst groß macht. Aber obwohl diese kapitalistische Kalkulation in einer Unmenge von staatlich betriebenen oder geförderten Forschungsprojekten ausgefeilt wurde, vermag sie sich doch nicht bruchlos durchzusetzen. Der einzelne Kapitalist denkt an *seinen* Profit und ist daher immer daran interessiert, *alle* Kosten, die seine Produktionsweise hervorruft, auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Er zieht daher hauptsächlich einen anderen Nutzen aus o.g. Gesetz. Die verordnete Einführung von Betriebsärzten und Sicherheitsingenieuren nutzt er, um eine umfassende Selektion der Belegschaften in Hinblick auf ihre Anpassung an verschärfte Ausbeutungsbedingungen wissenschaftlich einzuleiten und durchzuführen.

Tabelle 1

Jahr	Durchschnittsalter	Betr. zugeh.	fiktives Einst. alter
1973	37,5	9,5	28,0
1974	38,7	10,9	27,8
1975	39,7	12,4	27,3
1976	39,4	12,5	26,9
1977	39,1	12,4	26,7

1975 39,7 12,4 27,3
1976 39,4 12,5 26,9
1977 39,1 12,4 26,7

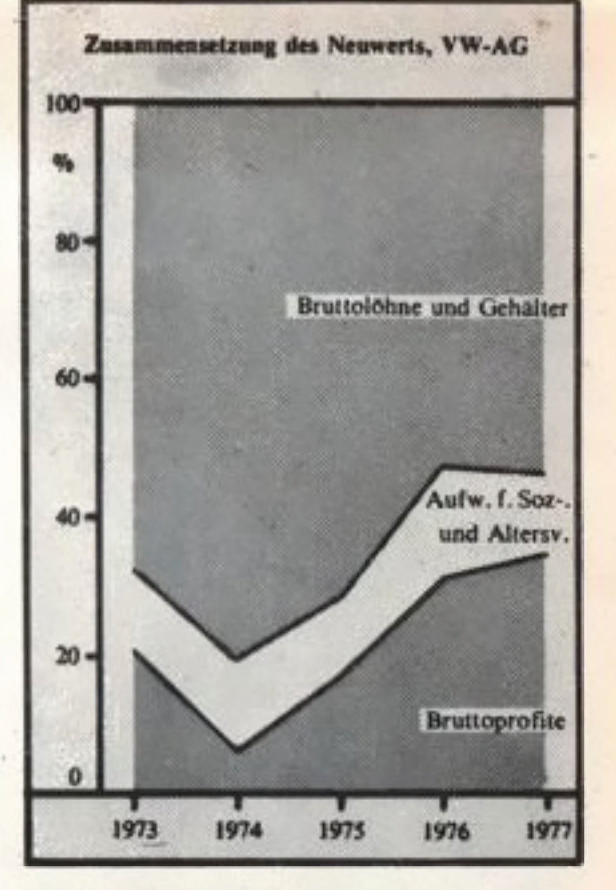
Frau Dr. med. Luise Gericke, Werksärztin bei VW, hat das so ausgedrückt: ,,Wir bemühen uns, die Menschen dem Arbeitsplatz, aber auch den Arbeitsplatz dem Menschen anzupassen." (Autogramm, 5/74) Ein knappes Jahr nach Inkrafttreten des o.g. Gesetzes erhielt sie bereits ,,für ihre Verdienste" das Bundesverdienstkreuz.

Diese Anpassung des Menschen an den Arbeitsplatz wurde bei VW in großem Stil in den letzten 5 Jahren durchgeführt. Die Belegschaft wurde insbesondere in den Jahren 1974 und 1975 drastisch reduziert. 1974 um 14260, 1975 um 18501. Tabelle 1 gibt einigen Aufschluß über die parallel eingeleitete Belegschaftsumwälzung. Zunächst wurden diejenigen entlassen, die noch nicht zum langjährigen Facharbeiterstamm gehörten, infolgedessen steigt noch das Durchschnittsalter und vor allem die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer. Sodann wird zielgerichtet eine Verjüngung der Belegschaft eingeleitet, wobei nach wie vor auf den Facharbeiterstamm geachtet wird. Die Neueinstellungen 1977 wurden dann genutzt, um die Akkordarbeit auszudehnen. 4567 Akkordlöhner kommen hinzu, 589 Zeitlöhner. 82,5 % der Belegschaft wurde in die Schichtarbeit gepreßt. Sodann wurden in großem Umfang Lohnspaltungsmanöver eingeleitet. Am Schaubild 3 erkennt man deutlich, daß den Arbeitern ein erfolgreicher Kampf dagegen überhaupt noch nicht hinreichend gelungen. Der Wegfall niedrigster Lohngruppen hat die ausgeprägten Spaltungen inmitten der Belegschaft bloß noch tiefer gemacht. (Dabei darf man sich von der Rechtsverschiebung der Lohnverteilung nicht täuschen lassen, sie drückt bloß *nominelle* Lohnerhöhungen aus.)

Schaubild 1

Zusammensetzung des Neuwerts, VW-AG

Schaubild 1



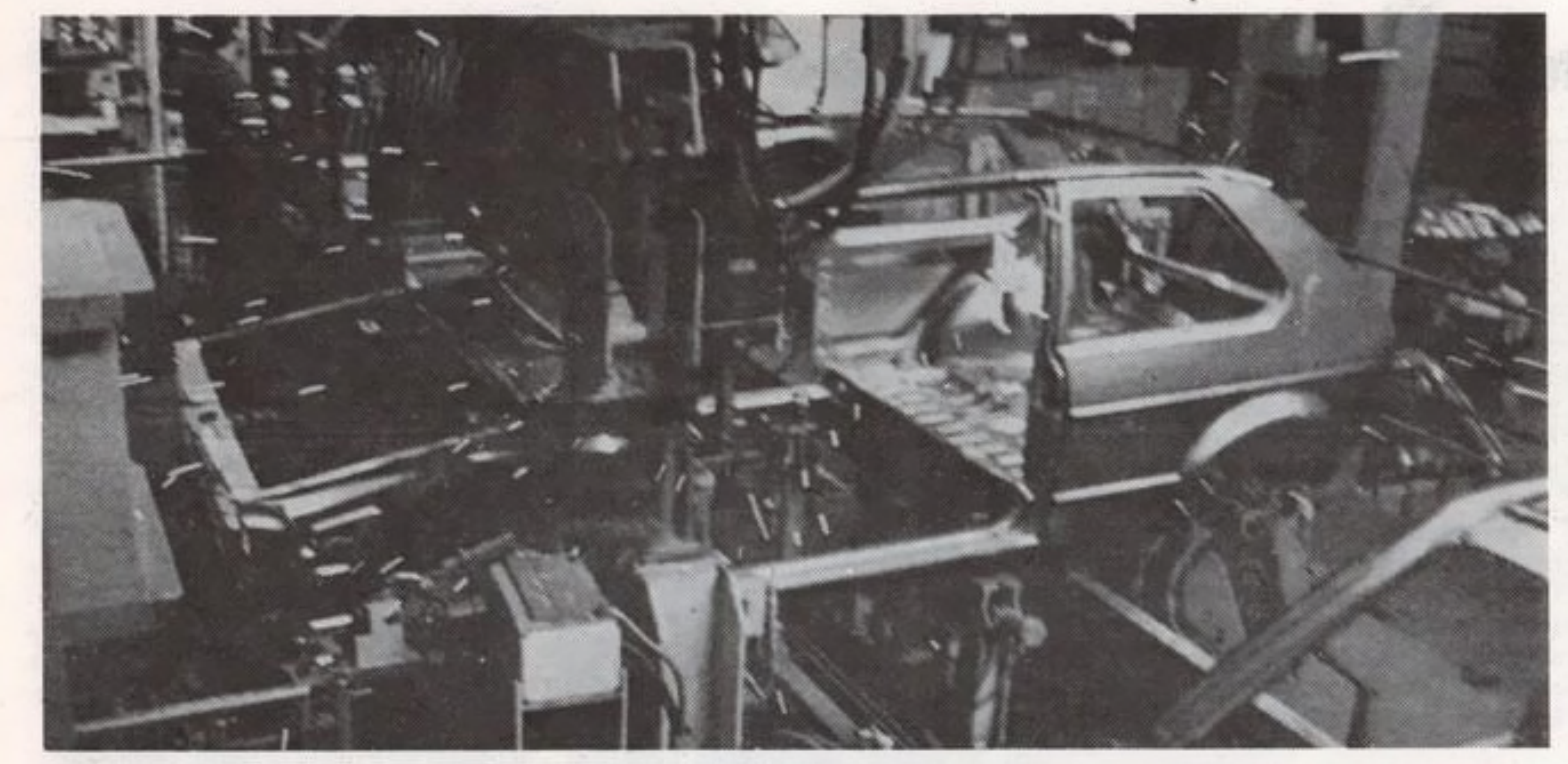
Der Einsatz der Datentechnik im Handel steigert die Arbeitshetze

z.haw. Um ihre Rationalisierungsmaßnahmen durchführen zu können, bedienen sich die Handelskapitalisten im großen Maßstab der Entwicklung und Forschung im Bereich der Datentechnik. Der Einsatz der EDV erstreckt sich von der Lagerhaltung über die Warendisposition bis zur Abwicklung der Disposition für einzelne Läden und Abteilungen. Über die Koppelung der Kassen mit einem Zentralcomputer, kann der Ausgang der Waren, der Bestand an Waren und die Umsatzentwicklung zu jeder Zeit überprüft werden. Die Lagerhaltung und -führung wird dadurch erheblich vereinfacht, die Arbeitertätigkeit verkürzt; der Einsatz sowie die Tätigkeit des Ladenpersonals verändert sich damit zunehmend.

War der Arbeitsablauf einer Kassiererin früher wie folgt: Ware vom Korb auf den Kassentisch stellen, Betrag feststellen, Betrag eintasten, Ware weiterschieben, Geld entgegennehmen, gegebenenfalls Geld wechseln, hat sich dieser Prozeß heute grundlegend geändert. Der Forderung der Kassiererinnen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Kassentätigkeit setzten die Handelskapitalisten über scheinbare Entlastung eine zunehmende Verdichtung der Arbeit an der Kasse entgegen. Von der Einführung des automatischen Geldwechslers über die Einführung des durch Lichtschranken gesteuerten Laufbandes des Kassentisches bis hin zur heute computergesteuerten Kasse. Die Kasse ist, wie schon oben erwähnt, mit einem Zentralcomputer verbunden, in dem die einzelnen Artikel mit Preis gespeichert sind. Die Kassiererin führt ein Lesegerät über einen an der Verpackung der Waren angebrachten oder aufgedruckten Kennstreifen, den Rest übernimmt der Computer. Die Kassiererin nimmt den zu zahlenden Betrag entgegen, tastet ihn in die Kasse, die Herausgabe des Wechselgeldes übernimmt ebenfalls der Computer. Für kurze Verschnaufpausen bleibt da keine Zeit mehr. Immer häufiger findet an der Sperre selbst schon keine Kassiertätigkeit mehr statt, dafür sind spezielle Schalter eingerichtet.

Der Einsatz der EDV ermöglicht die weitgehendste Auflösung der Zwischenläger im Ladengebäude. Der Vorgang: Ware aus dem Zentrallager ins Zwischenlager und von da aus in den Verkaufsraum, entfällt mehr und mehr. Häufig wird die Ware aus dem Zentrallager direkt in den Verkaufsraum geliefert. Angeliefert wird in fertig gepackten und z.T. schon fertig gestapelten Containern oder auf Paletten, für die im Verkaufsraum besondere Plätze vorgesehen sind. Die Bestückung der Regale entfällt damit teilweise.

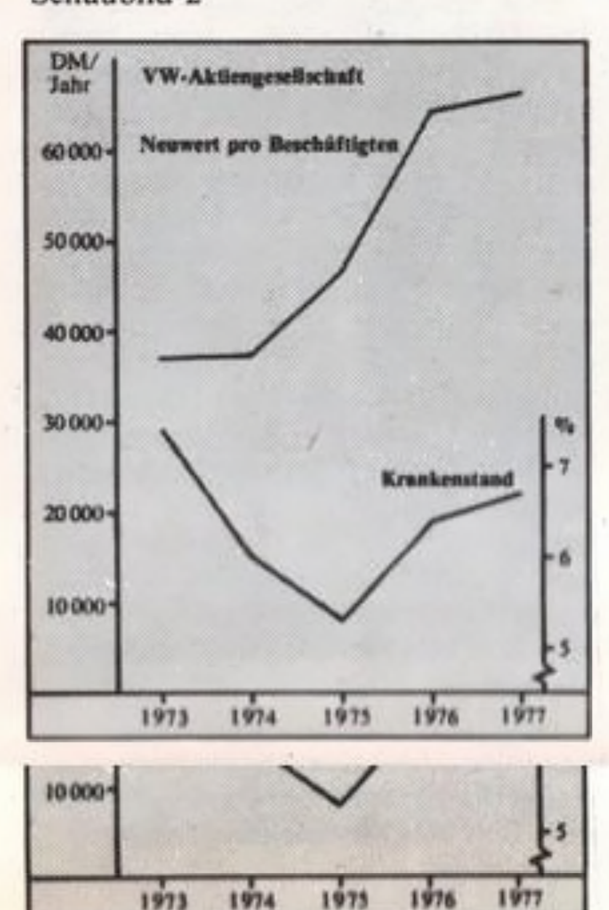
Durch diese Maßnahmen wird ein erheblicher Teil des Personals eingespart, Lagerarbeiter werden von den Handelskapitalisten entlassen. Kassiererinnen und Verkäufer müssen anfallende Lager- und Transportarbeiten, wie das Transportieren der Paletten und Container in den Verkaufsraum oder ins Zwischenlager, Stapeln der Waren, Entfernen der Verpackungen, Nachfüllen der Regale übernehmen. Dazu kommen weitere Arbeiten, die sonst der Lagerist erledigt, wie die Einlagerung der Verpackungsrückstände oder deren Vernichtung, Abtransport von Leergut, säubern der Warenannahme und des Lagers. Gab es früher in den Einzelhandelsgeschäften und Warenhäusern ,,ruhigere" Zeitabschnitte, kann man davon heute nicht mehr sprechen, oben aufgeführte Arbeiten müssen von den Beschäftigten in diesen Zeitabschnitten erledigt werden.



VW-Golfproduktion 1976. In der automatischen Station werden die vorgefertigten Teile zu einer Karosserie zusammengeschweißt. Durch Einsatz von Mikroprozessoren und Industrierobotern haben die VW-Kapitalisten den Grad der Schweißauspressung der VW-Arbeiter immens gesteigert: von 2 Wagen pro Arbeiter 1948 auf rund 6,3 Fahrzeuge pro Arbeiter allein im ersten Halbjahr 1978. ,,Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung'' (W. Lenin, Band. 18, S. 589).

Mit der so auf ihre Bedürfnisse zugerichteten Belegschaft konnten die VW-Kapitalisten eine neue Profitoffensive beginnen. Schaubild 2 zeigt, wie der pro Beschäftigten jährlich *neu* geschaffene Wert (also ohne Vorleistungen und Abschreibungen) hochgeschraubt worden ist. Schaubild 1 zeigt, wie er sich zusammensetzt. Die Summe des jährlichen Neuwerts = 100 % gesetzt, erkennt man, wie die VW-Kapitalisten ihre Profitposition auch *relativ* verbessern konnten.

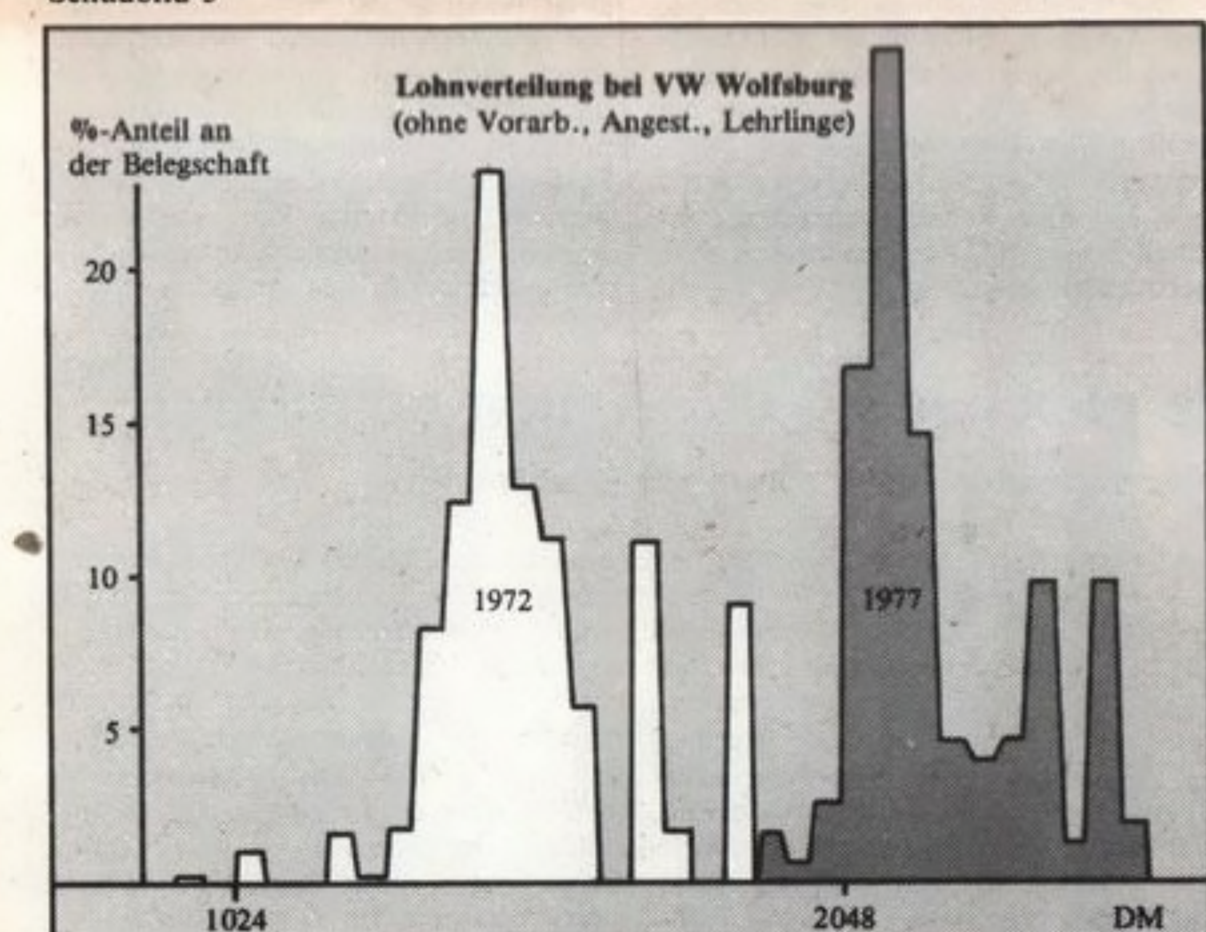
Schaubild 2



Die Betriebsärzte, Sicherheits- und REFA-Ingenieure bei VW haben maßgeblich mitgeholfen, die Arbeitskraft dieser Ausbeutungssteigerung ,,anzupassen'', wie die Betriebsärztin formuliert. Der Krankenstand sinkt zunächst (Schaubild 2). Schon das ist hauptsächlich ein Erfolg der vollbrachten Belegschaftsumwälzung, -aussiebung und -verjüngung; sodann auch durch den Druck der Massenentlassungen, mit dem bereits die Meldung vieler Krankheiten unterdrückt wird. So kommt es bereits ab 1976 wieder zu einem drastischen Anstieg des Krankenstandes. Auch durch die Ausweitung der Schichtarbeit. Wie sehr nämlich die Zahl der Unfälle durch die Schichtarbeit hochgetrieben wird, zeigt Tabelle 2.

standes. Auch durch die Ausweitung der Schichtarbeit. Wie sehr nämlich die Zahl der Unfälle durch die Schichtarbeit hochgetrieben wird, zeigt Tabelle 2.

Schaubild 3



Und wie steht es mit der Anpassung der Arbeitplätze an den Menschen, wovon die Betriebsärztin doch auch sprach? Als Beispiel für die Modernisierung der Maschinerie in Hinblick auf Schaffung der sächlichen Voraussetzungen für die verschärfte Ausbeutung wollen wir nur die bei VW maßgeblich entwickelten Industrie-Roboter nennen. Auf sie verweisen die VW-Kapitalisten in Sachen Humanisierung besonders gern: ,,Hohe physische Beanspruchung, Präzisionsarbeit, bei hoher Monotonie, Gefahren aller Art, Lärm und Staub, Hitze und Kälte, kurzum bei Umfeldbedingungen, die wir den Menschen nicht mehr zumuten

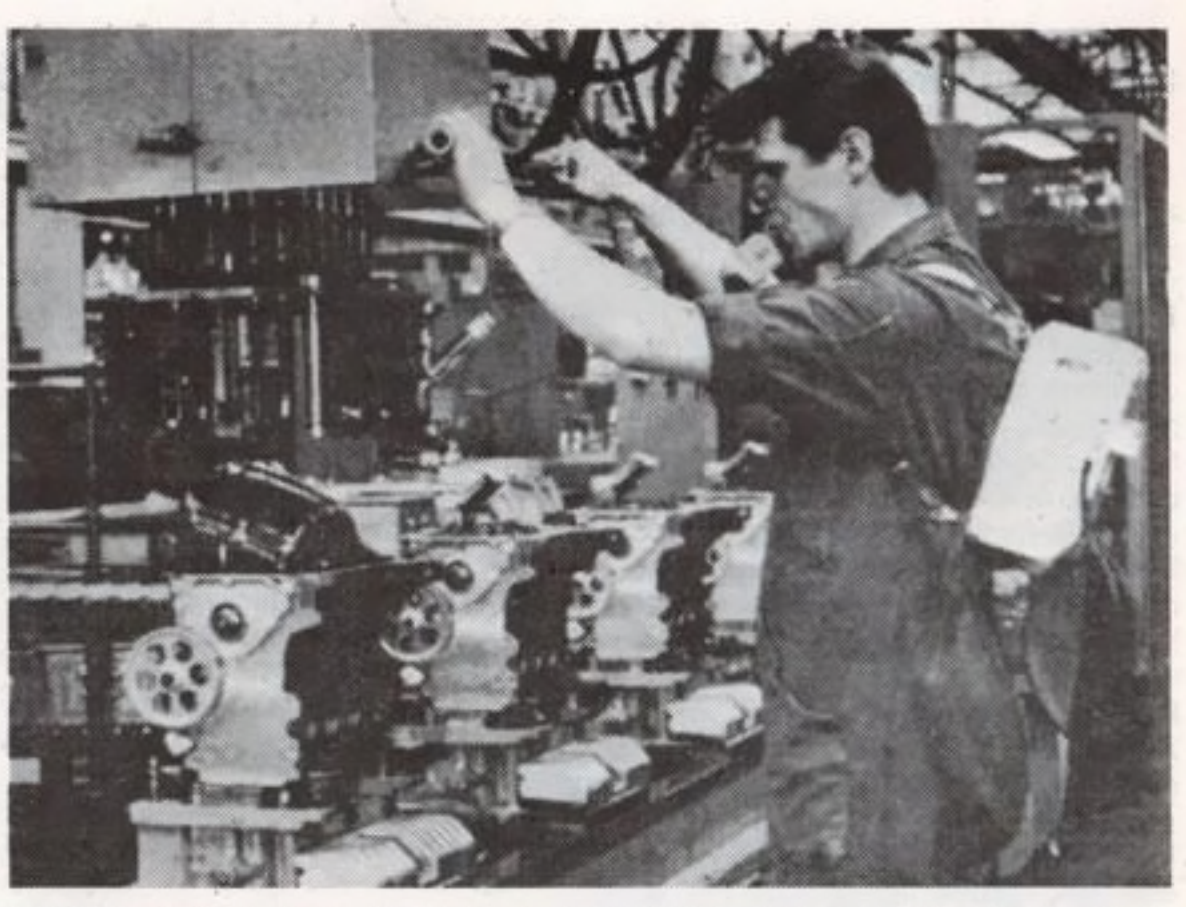
anspruchung, Präzisionsarbeit, bei hoher Monotonie, Gefahren aller Art, Lärm und Staub, Hitze und Kälte, kurzum bei Umfeldbedingungen, die wir den Menschen nicht mehr zumuten

wollen, bietet sich der Einsatz von Industrierobotern an.'' Jawohl, aber in den Händen der Kapitalisten wird jedes Stückchen Technik bloß Mittel erneut verschärfter Ausbeutung. Auf einer Fachtagung der Automobilkapitalisten in Sachen Humanisierung äußerten sie sich denn auch freimütiger: ,,Es (ist) ein Gebot lohnpolitischer Vernunft, die Bemühungen auf dem Gebiet der qualitativen Arbeitserweiterung zu verstärken. Der Abbau belastender Umgebungseinflüsse bewirkt zunehmend den Wegfall der dafür gewährten ,Erschwerniszulagen'. Die wachsenden Erfolge bei der Gestaltung der äußeren Arbeitsbedingungen können vermehrt zu Lohneinbußen führen... Um im Durchschnitt das Lohnniveau beizubehalten, muß angestrebt werden, den Abbau von Belastungen durch qualitative Arbeitserweiterungen zu kompensieren.'' (Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 1/78) Die Arbeiter haben allen Grund, diese Pläne der Automobilkapitalisten zu durchkreuzen. Mit der Humanisierungsideologie geht das bestimmt nicht.

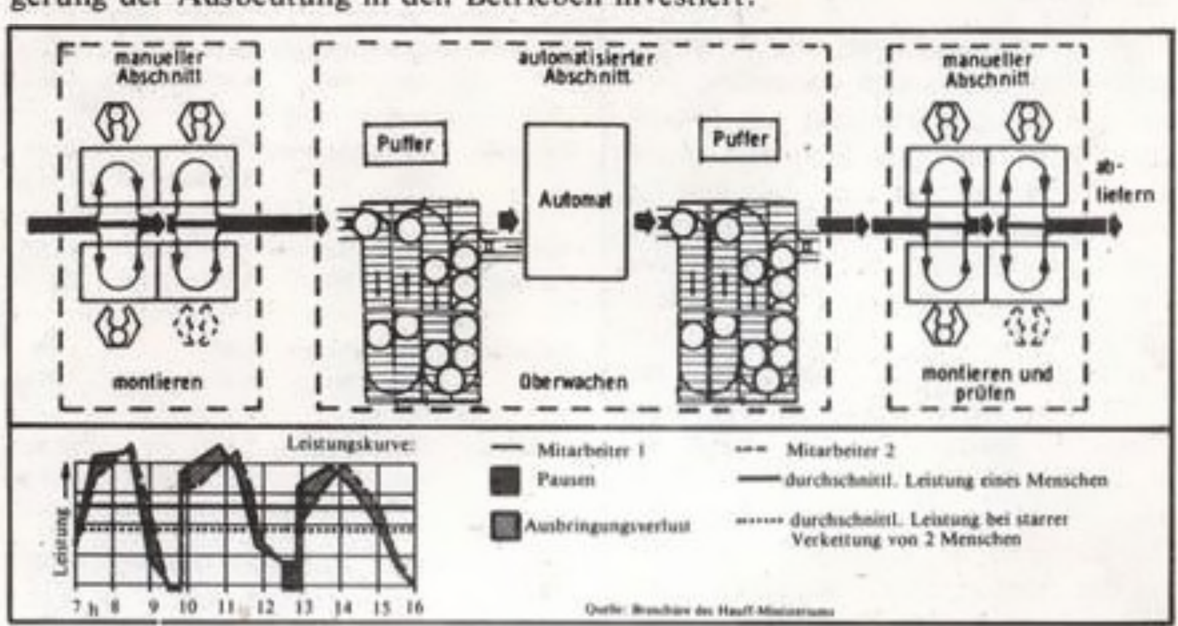
Tabelle 2

Unfälle je 1000 Arbeiter bei der VW AG 1974

Normalschicht	42,0
Frühschicht	58,8
Spätschicht	61,6
Nachtschicht	85,6

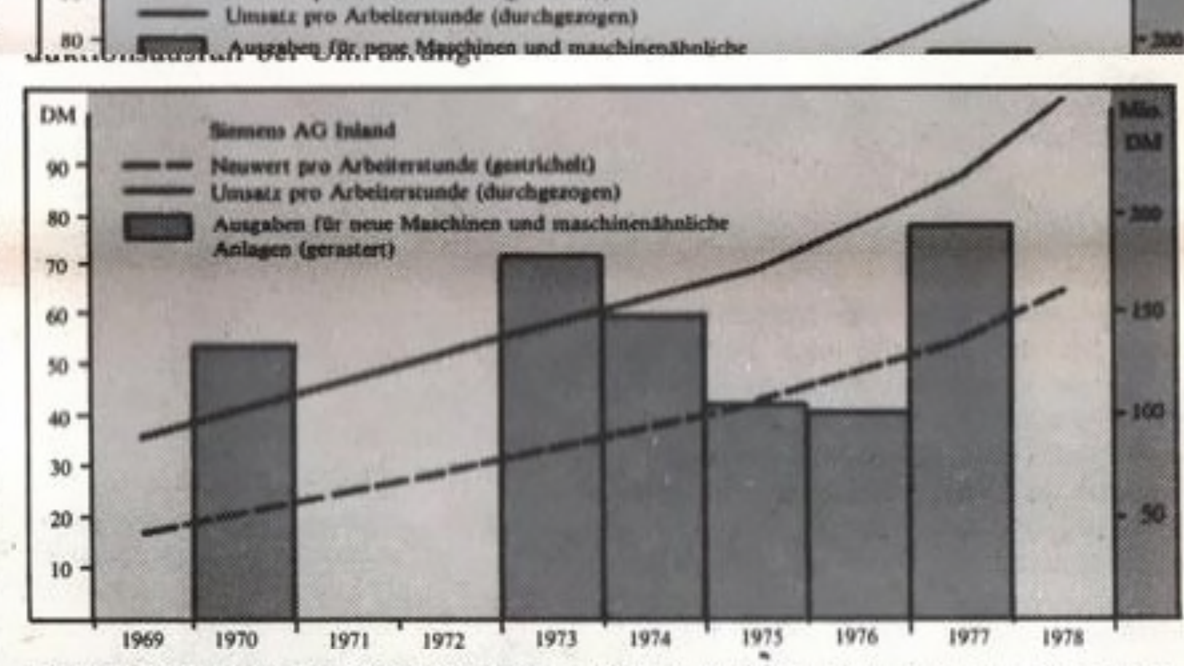


Erster Versuchsort zur ,,Erprobung neuer Arbeitsstrukturen in der Automobilindustrie'' des Bundesforschungsministeriums bei VW in Salzgitter. Jede Handbewegung, jede Muskelanspannung wird über elektronische Kontakte an Hand, Arm, Nase überwacht. Rund 65 Mio. DM hat die Bundesregierung 1977 zur Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben investiert.

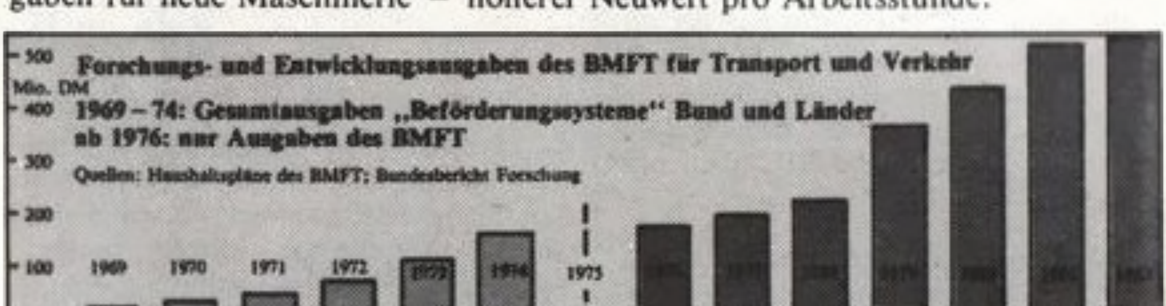


,,Flexibles Montagesystem'': Gruppenarbeit nebeneinander. Entkoppelung der Teilgruppen über Puffer (Speichersysteme): Bei vollem Puffer B oder leerem Puffer A wird innerhalb der Teilgruppen ,,ausgeglichen'': es entsteht keine Stockung der Produktion. ,,Mehr Arbeitsplätze als Arbeitsleute'': Restlose Vernutzung der Arbeitskraft, Durchlaufzeit um 50% gesenkt, Produktivität um 35% erhöht, 15% der Arbeiter entlassen, kein Maschinenstillstand, kaum Produktionsausfall bei Umrüstung.

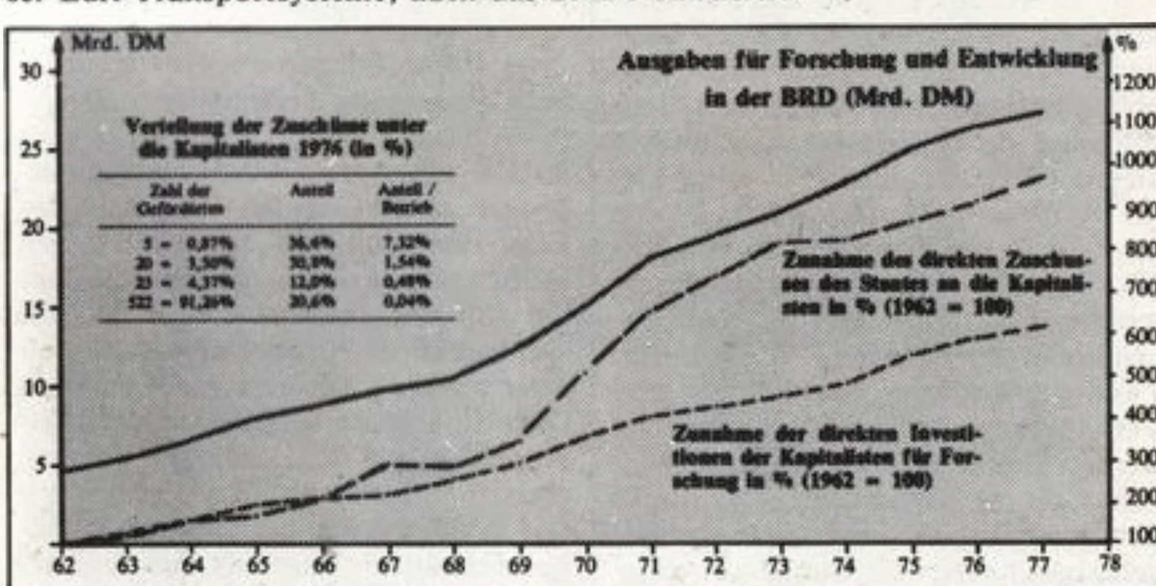
DM
Siemens AG Inland
Neuwert pro Arbeiterstunde (gestrichelt)
Umsatz pro Arbeiterstunde (durchgezogen)



1 Mrd. DM vom Hauff-Ministerium an Siemens (1967-1979). Bei geringeren Ausgaben für neue Maschinerie – höherer Neuwert pro Arbeitsstunde.



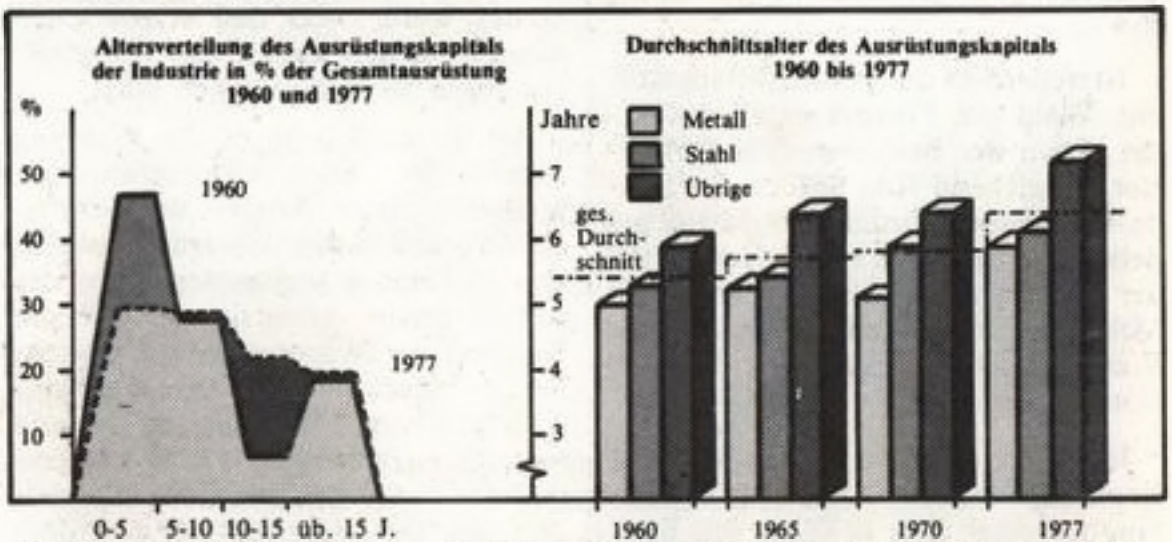
Zwecks Expansion fordern die BRD-Imperialisten billige, schnelle Straße-Wasser-Luft-Transportsysteme; auch das BMFT finanziert.



Verteilung der Zuschüsse unter die Kapitalisten 1976 (in %)

Zahl der Geförderten	Anteil	Anteil / Betrieb
5 – 0,87%	36,4%	7,32%
20 – 3,50%	30,9%	1,54%
25 – 4,37%	12,0%	0,49%
522 – 91,26%	20,6%	0,04%

120 Mrd. DM haben Hauff und Vorgänger den Kapitalisten zugeschossen, 21,6 Mrd. direkt an die imperialistischen Konzerne, 5,4 Mrd. an die kleineren für ,,risikoreiche'' Projekte.



Die zunehmende Veralterung des Maschinenparks zwingt die westdeutschen Kapitalisten zur Umwälzung des gesamten Produktionsapparates, um durch Intensivierung der Arbeit Extraprofite gegenüber den Konkurrenten zu erzielen.

On-line-Technik – rasante Rationalisierung mittels EDV bei den Banken

z.höm. Rund 126000 Computer- und Datenverarbeitungsanlagen hat die westdeutsche Bourgeoisie derzeit im Einsatz, ein gutes Fünftel davon haben allein die westdeutschen Banken sich aufstellen lassen. ,,Der Kunde wünscht heute schnelle Abwicklung seiner Zahlungsvorgänge und umfassende Beratung (HB, 26.3.)'', den Kapitalisten ihre Geldgeschäfte rasch abzuwickeln bei gleichzeitig optimaler Ansaugung der Arbeitskraft der Beschäftigten und Freisetzung tausender, darum geht es den Bankkapitalisten. Geben sich sämtliche Banken auch äußerst zurückhaltend bei Auskünften über den Einsatz von EDV, so weiß man doch aus eigener Anschauung, daß jeder mittlere Bankkapitalist über derlei Anlagen verfügt. ,,On-line-Technik heißt das Zauberwort'', tut Steiner, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Bielefeld geheimnisvoll; gemeint ist das System der ,,dezentralen Datenverarbeitung'', die aus auf die einzelnen Filialen verteilten Terminals, sog. Online-Datenstationen und einem Zentralrechner und -speicher bestehen, an den die Terminals gekoppelt sind. Abbuchungen, Kontenüberprüfungen, Bankkontenübersichten, Tagesabschlüsse bis hin zu größeren Transaktionen können über die einzelnen Terminals abgewickelt werden. Waren für die Verbuchung von 100000 Anweisungen an Schreib- und Buchungsmaschinen 7400 Stunden nötig und 44 Bankangestellte damit einen Monat lang befaßt, so müssen dafür heute bei Einsatz von Terminal und Drucker und entsprechendem Anschluß an die Zentrale gerade noch 16 Stunden im Monat über die Antreiberei eines einzigen Angestellten veranschlagt werden. ,,Neben den Universalberatern am Bildschirm aus einer Hand'' (Steiner) und ,,besserer Auslastung der Sachbearbeiter'' (Werbung der IBM-Kapitalisten), haben die Bankkapitalisten sich in den letzten Jahren ein Heer von Datentypistinnen und ,,Angestellten für die Dateneingabe'' geschaffen, die mittels Prämienentlohnung bis zum letzten angetrieben werden. Zur Herausbildung dieser ,,Arbeitsteilung'' haben die Bankkapitalisten mit zunehmendem EDV-Einsatz gleich noch Kolonnen von Rationalisierungsspezialisten dazugeschaffen. Die Deutsche Bank: ,,Die Beurteilung, wer wo am richtigen Platz ist, kann kein Zufall sein. Sie ist vielmehr das Resultat ständiger Beobachtung und Überprüfung wie Beurteilung durch den Vorgesetzten.'' Ein Programm von 17 Beurteilungskriterien haben sie ausgekocht, in ,,Gruppenarbeit und Einzelgespräch'' werden die Beschäftigten zu Höchstleistungen angetrieben bzw. stehen für die nächsten Entlassungen an. Die Commerz-Bank läßt derzeit ihre 3600 Beschäftigten in Hamburg von Spezialtrupps des Mc. Kinsey-Rationalisierungsinstituts zu gleichem Zweck bespitzeln. Sogenannte ,,Wertanalysen'' werden durchgeführt, der Zweck ist Herrichtung der Belegschaft für den Einsatz an den EDV-Anlagen.

Der Tarifvertrag Bildschirmarbeit im Banken- und Versicherungsbereich befindet sich gerade in Verhandlung. Die Kapitalisten haben der HBV gegenüber geäußert, daß sie erst nach Abschluß der Gehaltstarifverträge darüber verhandeln wollen. 4,2% aufs Gehalt haben die Bankkapitalisten geboten, die Verhandlungen werden am 10. April fortgeführt. Hartnäckigkeit der Beschäftigten kann der unumschränkten Aussaugung der Arbeitskraft am Bildschirm Schranken setzen.

Bundeskartellamt: Leitstelle der Kapitalkonzentration

z.diz. „Konkurrenz belebt das Geschäft", sagen die Monopolkapitalisten und meinen damit vor allem die Konkurrenz, die sie den kleineren Kapitalisten machen, und das Geschäft, das ihnen daraus erwächst. Daß es dabei bleibt, darüber lassen sie ihren Staatsapparat wachen: 1958 haben sie das Bundeskartellamt gründen lassen, dessen Befugnisse sie während der großen Koalition durch die Verabschiedung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen noch entscheidend erweitert haben: Absprachen zwischen Kapitalisten, sogenannte Kartelle, und Zusammenschlüsse von Kapitalisten mit mehr als einer Mrd. DM Umsatz, sogenannte Fusionen, müssen beim Bundeskartellamt angemeldet werden und sind genehmigungspflichtig, soweit es sich um „marktbeherrschende Unternehmen" handelt. Damit alle Kapitalisten Bescheid wissen, werden diese Anträge im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Meistens klappt es so, wie die Monopolkapitalisten es sich vorstellen: 1977 hat das Bundeskartellamt von 554 angemeldeten nur drei Fusionen untersagt, 1978 waren es vier. Alle beteiligten Kapitalisten haben Beschwerde eingelegt. Genehmigt hat das Amt den Zusammenschluß von Estel/Hoesch/Hogoovens, die Übernahme von Neckermann durch Karstadt, das selbst den Großbanken gehört, oder jüngst die Beteiligung der VEBA AG an der BP AG. Den Verkauf von Fichtel & Sachs an das britische Monopol Guest, Keen & Nettlefolds hingegen hat das Amt verboten: Kugellager und Kupplungen wollen die westdeutschen Imperialisten selbst herstellen können. Geschickt eingesetzt haben sie das Amt bei der Beteiligung VEBA/BP: BP darf zwar Kapitalanteile der Ruhrkohle AG kaufen, darf aber sein Stimmrecht nur zusammen mit VEBA ausüben. BP ist langfristig verpflichtet, der VEBA Öl zu liefern und bekommt dafür die bankrotten Raffinerien der Ruhrkohle AG. Rationalisierungen werden sie durchführen, Entlassungen und Stillegungen wird es geben, die Arbeitshetze steigt.

Grantig wird das Amt immer dann, wenn es um Kartelle und Fusionen geht, an denen das Monopolkapital nicht beteiligt ist, bzw. die sich gegen den Druck des Monopolkapitals auf kleine und mittlere Kapitale richten: Mit größerem Krach haben sie das eine oder andere „Frühstückskartell" von Baukapitalisten und Baustoffhändlern auffliegen lassen, die Auseinandersetzung mit einigen Zement- und Flachglasherstellern schwelte Jahrzehnte. Unbehelligt geblieben sind auf der anderen Seite der Ankauf von 115 Brennstoffhandelskapitalisten durch die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE), die BP, Shell und VEBA.

Oder das Schlucken von 41 Baustoffhandelsgesellschaften im wesentlichen durch die VEBA und Hoesch-Estel. Zwölf Reifenhersteller, 53 Banken, 35 Transport- und Lagereiunternehmen, 26 Brauereien und 13 Glashandelsunternehmen haben die Monopolkapitalisten sich einverleibt, mit Billigung des Bundeskartellamtes. 46 kleinere Kapitale sind 1977 allein von der RWE aufgekauft worden, 18 von der BP, 16 von Shell und 15 von VEBA, fast alles Mineralölhandelsgesellschaften. Natürlich gibt es beim Genehmigungsverfahren Ausnahmen: Zusammenschlüsse von Banken und Versicherungen müssen nur angezeigt werden und sind vom Bundeskartellamt nicht zu genehmigen. Das macht das Finanzkapital unter sich ab: Genehmigen müssen die Bundesaufsichtsämter für Versicherungen und Banken, die selber das Kartell der Bank- und Versicherungskapitale bilden durch Festlegung der Konditionen, Prämien usw.

Ist außerdem das gesamtwirtschaftliche Wohl des Finanzkapitals gefährdet, kann der Bundeswirtschaftsminister abweichend vom Spruch des Bundeskartellamtes Zusammenschlüsse genehmigen. So wurde z.B. verfahren bei der Beteiligung von Thyssen an der Maschinenfabrik Hüller Hille, die vom Bundeskartellamt zunächst untersagt worden war.

In letzter Instanz entscheidet das Kammergericht in Westberlin für das Finanzkapital: Seit 1970 hat das Bundeskartellamt 18 Zusammenschlüsse untersagt, nur zwei davon sind unanfechtbar geworden.

Herrschaft der Monopole über Zulieferer und Absatzbetriebe

Seit 20 Jahren „Bezugsbindungen" durch den VW-Konzern

z.gör. Scheinbar einen unermüdlichen und hartnäckigen Kampf liefert sich das Bundeskartellamt mit den Monopolen, die die Masse der meist kleinen Zulieferfirmen und Handels- und Reparaturbetriebe in vollständige Abhängigkeit gebracht haben. Jüngstes Beispiel ist ein „Vorstoß" des Bundeskartellamtes gegenüber dem Volkswagenwerk, womit diesem die sog. „Bezugsbindung" untersagt werden soll. (Das hatte das Kartellamt schon öfter, freilich stets mit „einvernehmlichem Ausgang" unternommen.) „Bezugsbindung" bedeutet: Das Volkswagenwerk zwingt seine Händlerorganisationen und Vertragswerkstätten, *alle* Ersatzteile und alles Zubehör nur von ihm und zu seinen Preisen zu beziehen. Ein großer Teil davon wird allerdings gar nicht bei VW produziert, vielmehr von diesem Konzern billigst bei „seinen" Zulieferfirmen eingekauft und dann zu diktierten Preisen weitergereicht. Das betrifft insbesondere, aber keineswegs nur die Vertragswerkstätten (die 69 % aller Kfz-Betriebe ausmachen).

Der VW-Konzern zieht aus diesem Verfahren doppelten Gewinn. Erstens kann er zusätzlich zu den Profiten aus der Produktion und dem Verkauf der von den VW-Arbeitern geschaffenen Waren weitere Profite aus Handelsgeschäften machen, sich also an der Ausbeutung der Arbeiter in den Zulieferfirmen beteiligen. Zweitens kann der Konzern sich durch diese Preisdiktate Extraprofite aneignen.

Möglich werden solche Geschäfte durch das Monopol. Der „freie Markt" – längst bloß noch reaktionäre Ideologie – wird aufgehoben und durch „feudale" Abhängigkeitsverhältnisse ersetzt. Das Vertragsverhältnis bekommt Ausplünderung zum Inhalt und Erpressung zur Form, der durchschnittliche VW-„Partner" bringt grad ein Zehntausendstel an Kapitalmacht in die Verhandlung ein.

Ausdruck dieser Einkaufs- und Vertriebs-Imperien, die die großen Kraftfahrzeugmonopole um sich herum geschaffen haben, sind die höchst unterschiedlichen Preise auf den Endmärkten. Die Tabelle vermittelt an Beispielen einen Eindruck. Die Daten wurden im Frühjahr 1978 von der Stiftung Warentest erhoben (veröffentlicht in: Test, 9/1978). Dabei wird zugleich der ideologische Zweck dieser staatlich geförderten Stiftung ausgebreitet. Der Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeugverbandes, Fritz Haberl, wird zitiert: „Den bundesdeutschen Autofahrern ist für ihr liebstes Spielzeug nichts zu teuer." Und die Stiftung ergänzt: „Die meisten Autofahrer stöhnen zwar über hohe Preise, kaufen dann aber doch wohl recht kritiklos." So wird Dummheit der Volksmassen an die Stelle monopolistischer Jagd nach Höchstprofiten getan. In Wirklichkeit jammern dieselben Bourgeois darüber, daß immer mehr Reparaturen von den Volksmassen selbst durchgeführt werden (1977 21 % = 15 Mio. Reparatur- und Wartungsarbeiten), daß das erforderliche Material „vor allem im Kfz-Zubehör-, Groß- und Einzelhandel, Kaufhäusern, Verbrauchermärkten, Tankstellen und nur zum geringeren Teil in der Vertragswerkstatt gekauft" wird, und daß das Ausmaß der „Schwarzarbeit" – also der dem steuerausplünderischen Zugriff des Staates entzogenen Arbeiten – wächst (hierdurch wird ein Umsatzausfall von 1,5 Mrd. DM für das Kfz-Gewerbe geschätzt).

Was Autozubehör kostet (in DM) – „Unterschiede bis zu 300 %"

		vier Zündkerzen (Bosch W 175 T 30)	Abschleppseil (APA Stahl)	Verbandskasten (Hartmann)	zwei Lampen (Osram H 4)	Feuerlöscher (Gloria Avus 2)
Kfz-Werkstatt	Durchschn.preis	12,20	13,20	27,10	38,50	40,20
	von... bis...	6,80 bis 17,90	7,50 bis 25,00	23,75 bis 32,50	17,95 bis 58,00	29,90 bis 50,00
Tankstelle	Durchschn.preis	12,40	10,60	28,60	35,80	nicht
	von... bis...	8,75 bis 17,20	7,95 bis 15,50	21,00 bis 34,35	20,50 bis 46,00	angetroffen
Autozubehör-Fachgeschäft	Durchschn.preis	7,70	13,50	24,90	29,80	38,90
	von... bis...	5,95 bis 13,40	6,50 bis 28,85	19,75 bis 32,20	16,90 bis 40,80	30,20 bis 56,50
Warenhaus	Durchschn.preis	7,40	12,30	24,75	31,70	35,20
	von... bis...	6,40 bis 11,80	7,95 bis 15,95	22,00 bis 27,50	16,00 bis 37,90	15,95 bis 39,95
Verbaucher-markt	Durchschn.preis	7,00	10,30	22,90	27,70	34,40
	von... bis...	5,95 bis 8,00	6,25 bis 14,95	19,95 bis 29,00	19,65 bis 31,60	29,50 bis 49,00

Zum Auftrag der Stiftung gehört auch, die Kompetenz des Kartellamtes hervorzukehren: „als sich das Kartellamt einschaltete, reagierten die VW-Oberen recht schnell und änderten flugs die Händlerverträge." Die FAZ weiß dagegen zu berichten, daß die „Bezugsbindung" vom VW-Konzern seit 20 Jahren ungebrochen betrieben wird, und die Reaktion des Konzerns ist auch durchaus lässig: Die betroffenen Ersatzteile würden bei VW „kontrolliert" und seien insofern „original-VW". Die VW-Kapitalisten haben auch keinerlei Veranlassung, der Anti-Monopol-Ideologie aufzusitzen. Hatte das Kartellamt seinem „Vorstoß" doch u.a. sogleich hinzugefügt: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Bezugsbindung..."

Die Profite, die VW durch die „Bezugsbindung" einstreicht, lassen sich bloß schätzen. Nach Angaben des Konzerns ist ein Umsatzvolumen von 300 Mio. DM betroffen, wobei bei dieser Art von Geschäften Handelsspannen von 50 % nicht unüblich sind. Tatsächlich geht die Profitmacherei aus der Summe der Handelsgeschäfte weit über dies Ausmaß hinaus. Bei VW machen diese Handelsgeschäfte etwa ein Umsatzvolumen von 1 – 2 Milliarden DM jährlich aus. Im Durchschnitt der Unternehmen der Branche: 8 % vom Umsatz. Die Ausdehnung der Profitmacherei aus Handelsgeschäften wie auch insgesamt aus spekulativen Finanzanlagen ist bei allen Monopolen ein strategischer Vorgang. Das Gewicht der produktiven Unternehmensbereiche nimmt tendenziell ab, was den Verfall der ganzen Produktionsweise ausdrückt.

Die monopolistische Beherrschung des Verkaufs bedingt als Voraussetzung die Beherrschung des Zuliefergewerbes. Bei VW werden mehr als die Hälfte aller Einzelteile für die Fahrzeugproduktion von Zulieferern bezogen. Mit etwa 7000 Betrieben bestehen allein in der BRD Lieferverträge. Dabei handelt es sich zumeist um kleine Betriebe, oft um Handwerksbetriebe. Nach Angaben der Strukturerhebung im handwerklichen Zulieferbereich (1973) haben 80 % dieser Betriebe weniger als 30 Beschäftigte, der durchschnittliche Anteil des Zulieferumsatzes liegt bei 68,4 %. Die meisten (85,5 %) der Zulieferbetriebe entfallen gerade auf das metallverarbeitende Handwerk.

Der Grund für die Indienststellung der Zulieferbetriebe durch die Monopole ist, daß sie auf diese Weise tendenziell weniger profitable Produktionsprozesse auslagern können, durch die monopolistische Beherrschung dieser Betriebe gleichzeitig überdurchschnittliche Profite herauspressen können. Von 40,4 % der Zulieferbetriebe werden kleine Serien gefertigt, von 42,9 % sogar hauptsächlich Einzelstücke. Also können auch die Kosten der Produktionsumstellung erheblich leichter abgewälzt werden, und die Monopole können sich noch des „Innovationspotentials" der kleinen Betriebe bedienen. Auf der diesjährigen Handwerksmesse wurden zu 72 % eigene Entwicklungen der Handwerksbetriebe gezeigt.

Eine Befragung der handwerklichen Zulieferbetriebe ergab denn auch: „Kritik richtet sich vor allem gegen die häufigen Überschreitungen der vorgegebenen Zahlungsziele, die Preisdrückerei bzw. Rabattschneiderei..., (sodann) gegen die kurzfristige Auftragsdisposition der Auftraggeber". (Deutsches Handwerksblatt, 5/79) In der „Deutschen Handwerkszeitung" (30.3.79) spricht der Vorsitzende des Ausschusses „Kooperation Handwerk-Industrie", Walter Bachmann, von „Kalkulationsverfälschungen bei der Auftragsvergabe", von „oft nahezu unrealistisch kurzen Terminen" und davon, daß die monopolistischen Auftraggeber „zunehmend das Lagerrisiko auf die handwerklichen Zulieferer" abschieben.

Was sich als ruinöser Druck auf die handwerklichen und Kleinbetriebe darstellt, bedeutet für die Arbeiter in diesen Betrieben doppelten Ausbeutungsdruck. Sich einen immer größeren Teil des aus ihnen gepreßten Mehrwerts anzueignen, ist Inhalt und Zweck des Zugriffs der Monopole auf die Zulieferbetriebe. Dem hat das Kartellamt grundsätzlich immer schon seinen Segen gegeben.

„Wo es möglich ist, sollen beide Hände gleichzeitig die Arbeit ausführen"

„Refa im Handwerk" – Aussicht auf mehr Profit, wachsende Verschuldung der Handwerker

z.ans. Der 1959 gegründete Grundsatzausschuß „Refa im Handwerk", besetzt mit Refa-Fachleuten, Vertretern der Handwerkskammer, Kapitalisten und Gewerkschaften, hat ein Sonderlehrgangsprogramm „Refa im Handwerk" vorgelegt und dies auf der Handwerksmesse in München angepriesen. Er propagiert: Durch „rationelle Unternehmensführung" könne „das Handwerk seine volkswirtschaftliche Bedeutung beibehalten und verstärken" und zur „Humanisierung der Arbeit beitragen". Die Finanzbourgeoisie schickt diesen Ausschuß ins Feld; ihre politische Absicht ist: Den kleinen selbständigen Warenproduzenten soll vorgelogen werden, daß die handwerkliche Produktionsweise mit ihrer geringen Entfaltung der Produktivkräfte eine Perspektive im Kapitalismus habe, daß der Gegensatz zwischen gesetzmäßiger Konzentration des Kapitals in immer weniger gierigen Monopolistenhänden einerseits und der Vernichtung der selbst produzierenden kleinen Handwerker andererseits aufgehoben sei. Letztere sollen abgespalten werden von der Arbeiterklasse; verhindert werden soll, daß sie gewonnen werden für den Kampf der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat.

Als erster Schritt in die Richtung „rationeller Unternehmensführung" wird empfohlen: Analyse des Arbeitsablaufs und seiner Unterbrechungen. Das lückenlose Ineinandergreifen der verschiedenen Arbeitsgänge und die Senkung der Wartezeiten soll erreicht werden durch höhere Arbeitsteilung. So könne man „in größerem Umfang mit billigen, angelernten Kräften arbeiten". Frauen eigneten sich dazu besonders, weil sie „einseitige und gleichförmige Arbeit nicht als unangenehm empfinden". Auch „Mehrstellenarbeit" soll, wo möglich, durchgesetzt werden: „Wenn ein Arbeiter an einem selbständig laufenden Betriebsmittel nur kurzfristige Verrichtungen vorzunehmen hat und im übrigen einen längeren Arbeitsablauf abwarten muß, so kann er zur Verminderung seiner ‚Wartezeiten' an mehreren gleichzeitig ablaufenden Maschinen oder Arbeitsstellen tätig sein."

Als Haupthebel zur verschärften Mehrwertauspressung wird die Bemessung der erbrachten Leistung nach den vier Merkmalen der analytischen Arbeitsbewertung – Können, Verantwortung, Belastung, Umwelteinflüsse – propagiert. Ein schikanöses Instrumentarium der genauen „Inventur der personellen Leistungsfähigkeit" wird anempfohlen. Alle Möglichkeiten der Erleichterung der Arbeit werden so zu Fußangeln zur verschärften Arbeitshetze und Lohnsenkung. Zur Senkung der Arbeitswerte für Belastung wird z. B., wenn möglich, sitzende Tätigkeit statt stehender angeraten; die Eindämmung der Umwelteinflüsse wie Lärm soll die Grundlage schaffen zur Reduzierung der Erholzeiten, die Zerlegung des Arbeitsprozesses in einfachere Tätigkeiten zur Senkung des Lohns. Die ausgelegten Fußangeln sollen für die Handwerksmeister die Bedingungen verbessern, über „Leistungslohn" die Lohnabhängigen zur Verausgabung von mehr Arbeitskraft zu zwingen. Der Akkordlohn brächte „eine leistungsgerechte und leistungssteigernde Entlohnung mit unmittelbarem Leistung-Verdienst-Erlebnis". Dort, wo Akkord nicht möglich ist, sollen andere „Leistungsanreize" wie Mengenprämien, Güteprämien usw. eingesetzt werden. Für die in bestimmter Zeit zu erbringenden Leistungen sollen Vorgabezeiten entwickelt werden, Soll-Zeiten gegenüber Ist-Zeiten, zu erschließen durch die Handwerksmeister durch intensive Bespitzelung aller Schritte der Lohnabhängigen, die sich niederschlägt in „Refa-Zeitaufnahmen" und die Möglichkeit schaffen soll, „etwaige Wartezeiten als erholungswirksam gelten" zu lassen und „bei geeigneter Lage von der erforderlichen Arbeitszeit abzuziehen". Zur Durchsetzung der Soll-Zeiten empfehlen die Refa-Leute ein gehässig-kleinliches System der „Arbeitskontrolle": Tageszettel, Akkordkarten, Stempeluhren, Stichproben: „Bei den Mitarbeitern muß das Gefühl entstehen, die Kontrolle könnte jederzeit erfolgen." Ein Beispiel der „gewissenhaften Betriebsüberwachung": Im Ist-Zustand betrug die „Wartezeit" eines Malergehilfen pro Tag 165 Minuten, im Soll-Zustand wurde sie auf 67,4 Minuten pro Tag reduziert.

Die Versuche, durch Refa-Methoden die Schranken der handwerksmäßigen Ausbeutung zu überwinden, bedeuten für die Lohnabhängigen: wachsende Schikane, Schüren der Konkurrenz untereinander, Spaltung in verschiedene Eingruppierungen, Verstärkung der Schinderei, Senkung des Lohns. Gegenüber dem 477-DM-Bruttowochenlohn der männlichen Arbeiter in der Industrie betrug der Durchschnittsbruttolohn eines Arbeiters im Handwerk in Bayern 1977 433 DM. Der Lohn soll weiter runter. Die nach der Statistik tatsächlich *geleisteten* Wochenstunden von 38,5 Stunden sollen sich den *bezahlten* von 41,6 Stunden annähern.

Die Spaltung innerhalb des Handwerks wird sich durch die verzweifelten Versuche „rationeller Unternehmensführung" vertiefen. Die kleinen mitarbeitenden Warenproduzenten werden kaum dazu in der Lage sein, das angepriesene ausgefeilte Instrumentarium anzuwenden. Die Zuwachsrate der gesamten Handwerksinsolvenzen betrug nach der Creditreform-Insolvenzanalyse Januar – September 1977 gegenüber 1976 14,1 %. Die Betriebe mit 6 – 10 Beschäftigten lagen mit rund 190 %, die mit 11 – 20 Beschäftigten rund 180 % über dem allgemeinen Durchschnitt. Der sinkende Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital des Handwerks seit 1969 von 63,6 % auf 46,6 % 1977 zeigt die wachsende Verschuldung der kleinen Handwerker. Die Regierungen beschleunigen diesen Prozeß durch „Förderprogramme". 1977 wurden in Bayern 2760 Handwerker, 1978 2875 zur Kreditaufnahme für vorwiegend Rationalisierungs- und Erneuerungsinvestitionen getrieben. Ihre Verschuldung stieg von 178,001 Mio. DM 1977 auf 207,840 Mio. DM 1978.

Dem Werwolfshunger des Finanzkapitals schafft das eine profitliche Lage: Die ruinierten Handwerker verstärken das Heer der industriellen Reservearmee und somit den Druck auf den Lohn. Die wachsende Verschuldung der kleinen Handwerker heißt Einstreichen von mehr Zinsen, einsatzfähiges Kapital und beschleunigtes Herbeiführen des Zeitpunktes, wo diese ganz aufgeschluckt werden können. Ein steigender Anteil der mittleren Betriebe – 100 000 der ca. 500 000 Handwerksbetriebe in Westdeutschland – versucht sich dadurch über Wasser zu halten, daß er nach den Methoden der „rationellen Betriebsführung" eine wachsende Zahl von Lohnabhängigen ausbeutet und sich gleichzeitig als Zulieferer in die völlige Abhängigkeit der großen Kapitalisten zwingen läßt. Vor allem die Metallkapitalisten gieren nach dieser Art von „Partnerschaftsverhältnis", durch das sie qualifizierte Arbeitskraft, teure Maschinerie und Lohnkosten einsparen.

Imperialistische Viehseuchenbekämpfung

Zwangsschlachtungen in Frankreich, Spanien und auf Malta / EG-Imperialisten „helfen"

z.elb. In Frankreich, in der Normandie, breitet sich die Maul- und Klauenseuche aus, in Spanien und auf Malta die sog. afrikanische Schweinepest. Beides sind ansteckende Viruskrankheiten, wobei die Maul- und Klauenseuche durch Kontakt mit erkrankten Tieren oder Zwischenträger wie Ratten, die Schweinepest ebenfalls durch Kontakt oder auch zur Fütterung verwandter Abfälle übertragen werden. Die Maul- und Klauenseuche, von der vor allem Rinder, seltener Schweine befallen werden, kann durch Schutzimpfung weitgehend verhindert werden. Erkrankte Tiere können im allgemeinen völlig geheilt werden, so daß Notschlachtungen nur selten unabdingbar sind. Die Behandlung der afrikanischen Schweinepest ist komplizierter, weil es verschiedene Virustypen gibt. Wird nicht vorbeugend geimpft, verläuft die Krankheit zumeist tödlich. So läßt sich in der Brockhaus Enzyclopädie nachlesen. Wenn auch die Seuchen nicht allein durch Impfen ausgerottet werden können, so ist doch klar, daß Impfungen der erste Weg bei der Bekämpfung dieser Viehseuchen und ihrer Ausweitung sind.

Die französische Bourgeoisie wendet zur vermeintlichen „Erhaltung des Viehbestandes" andere Mittel an: Abschlachtung sämtlicher Tiere auf den betroffenen Höfen, ob krank oder nicht, ob geimpft oder nicht; Errichtung einer Zone von 400 km², in der der Export von Fleisch und Märkte verboten, die Milchabholung eingestellt sind. Bisher mußten die Bauern gut 2000 Rinder, Schweine und Ziegen abschlachten; und das ist erst der Anfang: 1974 bei der gleichen Seuche in der Bretagne zwang die Bourgeoisie die Bauern zum Schlachten von 35000 Tieren. Entschädigt werden die Bauern nur im Wert der Tiere zum Zeitpunkt der Tötung, Ersatz für die Produktionsunterbrechung werden sie niemals sehen. „Es braucht ein Leben, den gesamten Viehbestand wieder aufzubauen", sagen die Bauern. Viele kleine und ein Teil der mittleren Bauern werden damit nicht wieder beginnen können. Über ein Viertel der normannischen Bauern besitzen weniger als 10 Rinder, halten sich oft damit gerade noch über Wasser. Für sie bedeutet der Verlust der Tiere oft genug den Verlust ihrer Existenz. „Es geht um die Zukunft unserer Viehzucht", läßt die Regierung verkünden. Richtig. Es geht um die Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, zu deren Durchsetzung eine Viehseuche für die schaftlichen Produktion, zu deren Durchsetzung eine Viehseuche für die Bourgeois ein willkommener Anlaß ist.

Die EG-Imperialisten sind in der „Bekämpfung" von Viehseuchen in anderen Ländern natürlich nicht weniger zimperlich. Für die in Spanien von afrikanischer Schweinepest betroffenen Gegenden bietet sie ein „Hilfsprogramm" an, wenn sich die spanische Regierung u.a. auf folgende Maßnahmen verpflichtet: Zwangsschlachtung sämtlicher Schweine in Betrieben mit erkrankten Tieren und in solchen mit Ansteckungsverdacht; zeitlicher Abstand bis zur Erneuerung des Schweinebestandes; Schaffung von seuchenfreien Zonen; Verbot von Schweinemärkten; Sanierung der Betriebe. Die spanische Schweinefleischproduktion lag 1976 bei 649000 t, zusätzlich wurden 703000 t bevorratet; in sämtlichen EG-Ländern wurden im gleichen Jahr 8515000 t produziert, und weitere 8617000 t betrug der Vorrat. Den EG-Imperialisten geht es darum, sich einen relativ starken Konkurrenten im Bereich der Landwirtschaft vom Hals zu schaffen. Ohnehin betreiben sie mit dem spanischen EG-Beitritt – unter dem Motto „Qualitätssteigerung" – die Vernichtung ganzer landwirtschaftlicher Produktionszweige dort, die Spezialisierung und Kapitalisierung der spanischen Landwirtschaft. Warum nicht die „Gunst" der Schweinepest nutzen und gleich mit diesem Programm anfangen?

Abgefeimter noch ist die „Hilfe", die die EG-Imperialisten den maltesischen Bauern gegen die afrikanische Schweinepest zugedacht haben. Sie wollen sie zwingen, den *gesamten* Schweinebestand der Insel abzuschlachten, 1976 waren es 25000 Stück. Um die Eigenversorgung Maltas mit Schweinefleisch auch vollständig und auf Jahre hinaus zu verhindern, soll 1. sämtliches noch vorhandene Fleisch und Erzeugnisse aufgrund von Schweinefleisch entweder sofort verbraucht oder vernichtet, 2. die Einfuhr lebender Schweine für sechs Monate verboten werden. Abriß der Ställe und Neubau machen die EG-Imperialisten ebenso zur Auflage wie die vollständige Trennung der Schweinehaltung je nach Spezialisierung nach Wiederaufnahme der Mast oder Zucht. Die Aufsicht über die Durchführung dieser Maßnahmen behält sich – bei Drohung des Entzugs der „Hilfen" – die EG-Kommission vor, Änderungen des Programms darf die Regierung Maltas nicht ohne Zustimmung der EG beschließen. Steigerung des Fleischexports ist die eine Absicht der EG-Imperialisten, massivste Einmischung in die Angelegenheiten Maltas die andere.

Imperialistische Viehseuchenbekämpfung bedeutet also keinesfalls die Ausrottung der Krankheiten. Vielmehr nutzen die Imperialisten die Seuchen zur Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion, zur Exportsteigerung und Einmischung in andere Länder.

Buchführungspflicht und Steuererhöhungen gegen die kleinen und mittleren Bauern

r.kea. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause, so wünscht es die Finanzbourgeoisie, soll das Gesetz zur höheren Besteuerung und Buchführungspflicht der kleinen und mittleren Bauern verabschiedet werden. Finanzminister Matthöfer hat also einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, der offiziell noch geheim ist, von dem der „Spiegel" aber schon behauptet, daß er „äußerst behutsam" gegen die Bauern vorgehe. Ernährungsminister Ertl ist gerade dabei, zu prüfen, ob der Entwurf was taugt und vor allem, ob die Sache *durchsetzungsfähig* ist. Der Protest und Widerstand der Bauern hatte nämlich 1978 verhindert, daß die Pläne zur höheren Besteuerung und zwangsweisen Buchführung für die kleinen und mittleren Bauern in das damalige „Steuerpaket" mitaufgenommen und durchgesetzt werden konnten.

Durch den Druck der betroffenen Bauern sah sich auch die Führung des Bauernverbandes gezwungen, Gegenstellungnahmen abzugeben, ohne allerdings gewillt zu sein, den Kampf der kleinen und mittleren Bauern gegen die Vernichtungsstrategie der Finanzbourgeoisie zu *organisieren*. Die derzeitige Führung des Bauernverbandes kann diesen Kampf auch gar nicht wollen, weil bei ihr die Interessen der Großbauern und Agrarkapitalisten dominieren, über die Banken bereits unmittelbaren Einfluß ausüben. Z.B. die mittelbaren Einfluß ausüben. Z.B. die Landwirtschaftliche Rentenbank, die die Auftrags-Buchführungsstelle „Land-Data" des Deutschen Bauernverbandes mitfinanziert. Die gegenwärtigen Stellungnahmen hören sich so an: „Auch in der Auffassung des Bauernverbandes ist innerhalb der Landwirtschaft eine gleichmäßigere Einkommensbesteuerung anzustreben." Ansonsten dürfe „die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der EG" nicht durch Steuermaßnahmen gefährdet werden.

Matthöfer und Ertl wollen jetzt in einem kombinierten Betrugsmanöver im zweiten Anlauf das durchsetzen, was sie bisher noch nicht durchsetzen konnten. Während Matthöfer für „Steuergerechtigkeit" und gegen angebliche „Privilegien" der kleinen und mittleren Bauern auftritt, um vor allem die Arbeiter politisch von den Bauern abzuspalten, gibt sich Ertl als Sachwalter und Beschützer der Bauern, der Matthöfers Gesetzentwurf angeblich mildern wolle. Matthöfer seinerseits will die Bauern mit höheren Freibeträgen ködern, die freilich nach einigen Jahren gestrichen werden sollen. Tatsache bleibt: Bei dem geplanten Gesetz sollen im wesentlichen Abwandlungen der Vorschläge der „Kommission zur Begutachtung der Einkommensbesteuerung in der Landwirtschaft" verwirklicht werden und diese Kommission wurde gemeinsam vom Finanz- und Ernährungsministerium eingesetzt.

Geltendes Recht:

1. Bei über 24000 DM „Gewinn" im Jahr ist reguläre Buchführung und steuerliche Veranlagung des gesamten Betriebsvermögens vorgeschrieben.
2. Unter 24000 DM Gewinn / Jahr findet eine Bewertung aufgrund der Differenz von Einnahmen und Ausgaben anhand schriftlicher Belege statt.
3. Für die große Mehrheit der Bauern findet bis jetzt der § 13 EStG Anwendung. Danach wird eine Pauschalbesteuerung des Gewinns vorgenommen.

Wenn der so ermittelte Wert 15000 DM / Jahr übersteigt, verlangt der Staat eine Besteuerung nach 1. und 2.

Matthöfer-Entwurf:

„Durchschnittssatzbesteuerung", d.h. Pauschalbesteuerung nach Punkt 3 findet bis bei 12000 DM „Jahresgewinn" statt. Dabei sollen die von den Finanzämtern festgelegten Einheitswerte für die verschiedenen Einrichtungen des Landwirtschaftsbetriebes so heraufgesetzt werden, daß erheblich mehr Bauern buchführungspflichtig werden. Von 900000 Bauern sind gegenwärtig rund 50000 Bauern buchführungspflichtig. Angestrebt ist nach dem Matthöfer-Entwurf als erster Schritt 450000 Bauern, die zumindest die sogenannte „Schuhkartonbuchführung", d.h. Belege sammeln, machen müssen.

Die volle Buchführungspflicht geht vom Gewinnsatz nach wie vor von ab 25000 DM / Jahr. Es sollen aber auch andere Bedingungen zur vollen Buchführungspflicht führen. Solche sind erfüllt, „wenn der Wirtschaftswert des füllt, „wenn der Wirtschaftswert des Betriebes" mehr als 40000 DM beträgt (Das führt bei gutem Standort bereits ab 15 ha Nutzfläche zur Buchführungspflicht) oder wenn der Viehbestand pro landwirtschaftlich genutzter Flächeneinheit mehr als 3 Vieheinheiten ausmacht. (Das führt z.B. bei mehr als 10 Schweinen je Hektar Nutzfläche zur Buchführungspflicht.

DVR Korea: Landwirtschaftskongreß legt Hauptaufgaben fest

z.pek. Auf dem Nationalen Landwirtschaftskongreß der Demokratischen Volksrepublik Korea haben 13000 Genossenschaftsbauern Ende März festgelegt, daß in diesem Jahr 8,8 Mio. Tonnen Getreide eingebracht werden sollen. Durch Anlage von Bewässerungsteichen und Grundwasserbrunnen konnte die Getreideernte in den letzten fünf Jahren trotz langer Dürreperioden um 25% gesteigert und damit die Selbstversorgung gesichert werden. Genosse Kim Il Sung hat auf dem Kongreß als weitere grundlegende die Anwendung von Dünge- und Unkrautbekämpfungsmitteln sowie die Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Anlegung von Terrassenfeldern vorgeschlagen. In krassem Gegensatz dazu steht die Ausbeutung der südkoreanischen Bauern durch das Marionettenregime Park Chung Hee, das weitgehend von Nahrungsmittelimporten von den US-imperialistischen Besatzern abhängig ist. Mit der Stärkung der unabhängigen Nahrungsmittelversorgung verbessern die Bauern der DRV Korea die Bedingungen für die Vertreibung der US-Besatzer aus Südkorea und die Wiedervereinigung des Landes und versperren auch den Sozialimperialisten den Weg für deren Einmischungsversuche.

Kalifornische Landarbeiter weiten ihren Streik aus

z.doj. Seit Januar streiken die Landarbeiter für 5,25 Dollar Mindestlohn, Pausenregelung, Überstunden- und Nachtzuschläge, Schlechtwettergeld und Krankenversicherung. Die Agrarkapitalisten haben im ersten Streikmonat 17 Mio. Dollar verloren. Von Imperial Valley aus bis 500 Meilen nach Norden legen jetzt 7000 in der UFW organisierte Arbeiter und ihre Familien über 40% der gesamten Salatproduk-



Streikposten auf einer Sun Harvest Ranch

Streikposten auf einer Sun Harvest Ranch

tion lahm zu dem Zeitpunkt, wo die Aprilernten beginnen sollen. Nach einigen fehlgeschlagenen Streikbrecher- und Polizeieinsätzen, bei denen ein Streikposten getötet wurde, mußten auch die vom Rivcon-Konzern bezahlten Bulldozer wieder abgezogen werden, mit denen die Häuser von 150 während des Streiks entlassenen Landarbeitern abgerissen werden sollten.

UNCTAD-Konferenz verhandelt über neues Olivenölabkommen

z.lik. Vom 20.3. bis 6.4. verhandelte die Konferenz des Internationalen Olivenölrates (IOOC) in Genf im Rahmen der UNCTAD über ein neues Olivenölabkommen, das ab 1980 in Kraft treten soll. Mit dem bestehenden Abkommen konnten die olivenölproduzierenden Länder Preissenkungen nicht verhindern, weil der Rat nur *Empfehlungen* über Mindestpreise abgeben konnte. Zu den 34 Mitgliedsländern des Rates gehören einerseits die wichtigsten Produzentenländer, wie Tunesien und die Türkei, andrerseits die Importländer der EG-Imperialisten, die als Block auftreten. Die US-Imperialisten als einer der Hauptimporteure sind dem Abkommen von Anfang an nicht beigetreten und verhandeln nur mit einzelnen Ländern. Die Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO, die im Befreiungskampf die landwirtschaftliche Produktion aufbaut, nahm als Beobachter an der Konferenz teil. Auf der letzten IOOC-Konferenz vor einem Jahr sind die EG-Imperialisten gegen die Forderung der Produzentenländer nach einer Preiserhöhung für Speise- und Olivenöl aufgetreten und haben sogar eine weitere Preissenkung verlangt. Ein Verbot des Vermischens mit billigem Speiseöl lehnten sie rundweg ab. Nach einem Entschließungsentwurf für die jetzige Konferenz fordern die olivenölproduzierenden Länder Mittel aus dem UNCTAD-Rohstofffonds zur Unterstützung der Forschung und zum Aufbau der weiterverarbeitenden Industrie.

Forderungen der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie

Oetker und andere kämpfen um Weltmarktmonopol / Doppelte Ausbeutung der Bauern und Arbeiter

z.bil. Von den hundert größten Nahrungsmittelmonopolen stellen die US-Imperialisten allein 48, die westdeutschen tauchen auf der Liste der 20 größten Nahrungsmittelmonopole der Welt *nicht* auf. Unilever (USA), Nestlé Alimentana (Schweiz), Coca Cola (USA), Gervais Danone (Frankreich) beherrschen auch den westdeutschen Markt. Die Dr. Oetker Gruppe, eines der größten westdeutschen Nahrungsmittelmonopole, ist auf dem Sprung nach vorn. Andererseits sind seit 1965 bis 1977 die Hälfte der Nahrungsmittelbetriebe vernichtet worden.

Verwandlung in große Industrie, Beseitigung der kleinen Konkurrenten ist die eine Voraussetzung der westdeutschen Nahrungsmittelmonopole; Ausplünderung der Rohprodukte der Länder der Dritten Welt, wie Kaffee, Kakao, Zucker, Ölfrüchte usw. die zweite, Aneignung der Erzeugnisse der Bauern in der BRD zu ständig sinkenden Erzeugerpreisen die dritte Voraussetzung, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Die Steigerung der Ausbeutung in den Betrieben der Nahrungsmittelkonzerne und niedrige Löhne sind jedoch entscheidend für die westdeutschen Nahrungsmittelkapitalisten. Bei beständiger Senkung der Anzahl der Beschäftigten von 1973 552000 auf 1977 auf 440000 ist das Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde in Indexzahlen von 1970 = 100 auf 1977 = 154,6 gestiegen. Die *durchschnittliche* wöchentliche Arbeitszeit beträgt 45,3 Stunden.

Der Manteltarifvertrag Hessen für die Getränkeindustrie läßt eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden zu, der Manteltarif Hessen und Rheinland-Pfalz für Feinkost-, Nährmittel- und Teigwarenindustrie 50 Stunden wöchentliche Arbeitszeit. Im Gaststätten- und Hotelgewerbe kann Arbeit bis zu 10 Stunden täglich abverlangt werden. Nacht- und Schichtarbeit ist den Arbeitern durch Manteltarifverträge aufgezwungen. Wiederum der hessische Manteltarif läßt zu, daß in drei durchgehenden Schichten gearbeitet werden kann, ohne daß der Arbeiter seinen Arbeitsplatz verlassen kann. Entsprechend niedrig sind die Löhne, der Facharbeiterlohn von 10,40 DM (hessischer Lohntarif für die Nährmittelindustrie) liegt weit unter dem durchschnittlichen Stundenlohn eines Maschinenarbeiters. Die niedrigste Lohngruppe für Arbeiter regelt einen Stundenlohn von 6,93 DM.

Die Forderungen der Arbeiter konzentrieren sich auf die Durchsetzung des Normalarbeitstages von 40 Stunden an 5 Tagen mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche. 6–7% war die diesjährige Lohnforderung der NGG. Abgeschlossen wurde in den meisten Bezirken bei 5%. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind neue Manteltarifverträge für die Brauindustrie abgeschlossen worden. Die Sozialdemokratie in der NGG propagierte den „Einstieg in die 35-Stunden-Woche". 60-jährige Arbeiter sollen nach dem neuen Manteltarif „nur noch" 35 Stunden arbeiten. Ebenso ist die Urlaubsregelung gestaffelt geregelt. Arbeiter im Drei-Schicht-Rhythmus erhalten für 60 Arbeitstage einen bezahlten freien Arbeitstag. Einheitlicher Kampf ist schwer unter diesen Bedingungen. Gleichwohl haben sich die Kampfaktionen der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie im letzten Jahr verstärkt. 8 Tage streikten die Arbeiterinnen der Süßwarenfabrik Stehlin für mehr Lohn, Verkürzung der Arbeitszeit und für mehr Urlaub. 120 Arbeiter aus der Süßwarenindustrie zogen mit einer Kundgebung vor dem Unilever-Haus in Hamburg ab, um die Tarifforderungen durchzusetzen. Zuvor waren Streikaktionen in den Betrieben durchgeführt und Telegramme an die Kapitalisten verschickt worden. Arbeiter bei Frigoscandia in Duisburg fordern in einer Resolution zum 1. Mai, die 35-Stunden-Woche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich. In den Anträgen zum letzten Gewerkschaftstag im September 1978 wurde von der Verwaltungsstelle Hannover gefordert, „sich verstärkt für Festgeldbeträge bei den Lohntarifen einzusetzen", die Verwaltungsstelle Osnabrück forderte die Streichung der unteren Lohngruppen, der Landesbezirksverband Bayern die Beschränkung der Arbeit an Bildschirmgeräten auf 4 Stunden, die Verwaltungsstelle Hamburg die Begrenzung der Schichtarbeit.



Frankreich. Mit Hilfe von Nachbarn verteidigt der Bauer Jean Cadiot sein Land. Niedrige Aufkaufpreise der Nahrungsmittelkapitalisten, wachsende Zinslasten.

Auseinandersetzung um Prüfungsrecht der Assistenten

r.hep. Die Personalneustrukturierung an den Hochschulen, die weitgehende Entrechtung des „Mittelbaus", dient als wesentlicher Hebel, die novellierten Länderhochschulgesetze gegen die Studentenbewegung durchzusetzen. Die Assistenten wehren sich gegen die ihnen zugedachte Unterdrückerrolle. Faktisch haben sie sich das Recht erkämpft, selbständig zu lehren, zu forschen und zu prüfen. Häufig hatten sie dies Recht zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft genutzt und mit den Studenten zusammen das bürgerliche Auslesesystem bekämpft. Für die Reaktion war dies schon immer ein Dorn im Auge, vor allem in der Lehrerausbildung.

Das niedersächsische Kultusministerium hat daher durch die Erlässe vom 7.3. und 3.10.78 verfügt, daß „Assistenten nur in Ausnahmefällen, wenn die Prüfungsausschüsse (auch mit Hilfe von Schulpraktikern) nicht vollständig besetzbar sind, zu Mitgliedern der Prüfungsämter bestellt werden" können. Bundeseinheitlich verbunden mit einer Ausweitung der Staatsaufsicht und inhaltlichen Kontrolle aller Lehramtsprüfungen wird dies im Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 18.1.79 geregelt. Die „Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse" (wie lehren und prüfen) obliegt „Hochschullehrern (also Professoren) und fachkundigen Vertretern aus dem öffentlichen Schul- und Schulverwaltungswesen", weil sie „in einem öffentlich rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen". Bei mündlichen und schriftlichen Prüfungen – selbst bei „studienbegleitenden Leistungskontrollen" (Scheinen) – muß „der Einfluß des Staates gewährleistet sein".

Dann müssen die Studenten in Lehre und Prüfung unter den Professoren auswählen; häufig eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Daher unterstützen sie die Assistenten. Das weiß auch die Reaktion in Hannover und versucht zu spalten. In Hildesheim können neuerdings alle Assistenten bis März 1980 prüfen; in Oldenburg prüfen sie *noch*; in Osnabrück, bis auf 4, *nicht mehr*. In Braunschweig wurde verfügt, daß „in Auswirkung des NHG ... die wiss. Ass. grundsätzlich ab 1.4.79 an nicht mehr ... zu Mitgliedern (des Prüfungsamts) zu berufen sind".

Die Reaktion traut sich also noch nicht, einen allgemeinen Schlag gegen das Prüfungsrecht zu führen. Umso günstiger, um zu Semesterbeginn gleich mit einheitlichen Kampfmaßnahmen zu antworten.

Dänische Schüler und Studenten gegen Unterdrückung, für mehr Geld



z.bag.Aarhus. Die dänische Regierung versucht momentan, eine verschärfte Gangart in der Ausbildung der Jugend durchzusetzen. Hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, bietet sich als Druckmittel dazu an. Si-tet sich als Druckmittel dazu an. Si-cherheitshalber wurde die verschlissene Unterrichtsministerin durch eine frische Kraft ersetzt. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Einführung der sogenannten 11-Stunden-Regel, mit der scheinbar vernünftig die Arbeitszeit der Lehrer eingeschränkt wird, hauptseitig jedoch Schulfeste, Ausflüge und vor allem der längere Aufenthalte von Schulklassen in Ferienheimen unmöglich gemacht werden. Die Schüler antworteten mit Unterrichtsboykott und Demonstrationen.

Kurz darauf wurde ein Erlaß des Unterrichtsministeriums bekannt, demzufolge Schüler an Gymnasien, die durch „geistige Abwesenheit" im Unterricht auffallen, von den Prüfungen ausgeschlossen werden können. Ohne Abschlußexamen kein Studienplatz, dafür verwendbar als ungelernte billige Arbeitskraft. Es gab Streiks und andere Protestaktionen an vielen Gymnasien des Landes. Einige Schulen wurden mehrere Nächte und Tage lang besetzt; von einer Demonstration in Kopenhagen wurde eine Delegation ins Unterrichtsministerium geschickt, die nur mit Polizeigewalt wieder vertrieben werden konnte.

In der letzten Märzwoche schließlich fanden landesweite Aktionen der Auszubildenden, vor allem der Studenten, für die Erhöhung der staatlichen Ausbildungsunterstützung (SU) statt. Die jetzige Ausbildungsunterstützung ist maximal 23000 Kr. jährlich (ca. 8000 DM), ausgezahlt in Form von Bankkrediten mit Zinsen von 12%. Davon kann kein Student leben. Die Folge ist, kann kein Student leben. Die Folge ist, daß nebenbei Lohnarbeit aufgenommen werden muß. Das verlängert die Studienzeit; sie beträgt in einigen Fächern inzwischen bis zu zehn Jahren. Die Proteste fanden in Form von „Ißbillig-Aktionen" in Kaufhäusern, massenhaftem Eindringen in Banken und billiger Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel statt und wurden mit einer Demonstration abgeschlossen unter den zentralen Forderungen: 30000 Kr. SU! Weg mit den Bankkrediten! Mehr Stipendien!

VR China: Debatte über Ausbildungsmethoden

z.krk. Eine machtvolle Studienbewegung in Gang zu setzen gehörte zu den ersten Maßnahmen der KP Chinas nach dem Sturz der „Viererbande". Sie ist notwendig für den Aufbau der materiellen Basis des Sozialismus und die Führung der ideologischen Auseinandersetzung mit revisionistischen Theorien. Während der Herrschaft der „Viererbande" konnte auf den meisten Schulen und Universitäten weder gelernt noch gelehrt werden. 5 Jahre lang sind keine Studenten an die Universitäten aufgenommen worden. Die Volksmassen zu Unwissenheit zu verdammen war ein wichtiges Mittel der „Viererbande" zur Eroberung der Macht in Partei und Staat.

Nun müssen nicht nur die neuen Jahrgänge ausgebildet, sondern auch die Versäumnisse dieser Jahre nachgeholt werden. Der Kommunistische Jugendverband rief seine Mitglieder auf, folgende Ziele zu verwirklichen: in 8 Jahren sollen über 100 Millionen Jugendliche auf dem Lande das kulturelle Niveau der unteren Mittelschule (8 Schuljahre) und die 13 Millionen Jungarbeiter *ausnahmslos* das Niveau der höheren Mittelschule (10 Schuljahre) erreichen.

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, darüber gibt es Auseinandersetzungen. Die Renmin Ribao veröffentlichte Kritik an der zu großen Belastung von Jugendlichen und Schulkindern: „Ein Teil des Unterrichtsmaterials für Grundschüler ist zu schwierig und im Unterricht geht man zu schnell vor; die Schüler haben zu viel Hausaufgaben auf ... und haben zu wenig Zeit für Kultur- und Sporttätigkeiten ...". Sie kommen auch zu wenig Schlaf. In vielen Schulen gab es wöchentlich 40 Unterrichtsstunden (gegenüber den vorgeschriebenen 29), Feiertage und Ferien sind gestrichen worden. Die Besonderheiten der Jugend sollen mehr berücksichtigt und ihr die Möglichkeit zur vielseitigen Entwicklung gegeben werden.



Vorwärts zur Erfüllung der allgemeinen Aufgabe für die neue Etappe!

Schmude-Assistenten im VDS-Vorstand

Beschlußfassung gegen das Regierungsprogramm soll um jeden Preis verhindert werden

z.wöb. „Die objektive Lage der Studenten läßt kein Stillhalten zu. Der VDS-Vorstand bekräftigt daher seine Auffassung, alles zu tun, um die Initiative der Studenten an den Hochschulorten zu koordinieren und zu unterstützen." Solch markige Worte findet der VDS-Vorstand in seinem der 4. ordentlichen Mitgliederversammlung der VDS vorliegenden Rechenschaftsbericht.

Angesetzt war die Mitgliederversammlung vom 3. – 8. April, doch obwohl auch die meisten ASten und anderen stimmberechtigten Vertretungen seit Dienstag anwesend waren, ist die eigentliche Mitgliederversammlung erst am Samstagnachmittag eröffnet worden. Nicht daß es an der Möglichkeit gemangelt hätte, schnell Initiativen zur „Koordinierung und Unterstützung" der Kämpfe der Studentenmassen entfalten zu können. Allein ein Dutzend Anträge von ASten, Studentenparlamenten, Vollversammlungen und Fachschaften fordert die Durchführung einer zentralen Demonstration in Bonn zum Zeitpunkt der dritten Lesung des 6. BAFöG-Änderungsgesetzes im Bundestag. Hinzu kommen mit Untersuchungen belegte Anträge auf Beschlußfassung über Maßnahmen gegen die maßlose Ausdehnung und Verdichtung der Arbeitszeit und der Forderung nach Einhaltung der 40-Stunden-Woche, Anträge zur einheitlichen Durchführung von AStA-Wahlen in Baden-Württemberg und Bayern, organisiert durch den Dachverband, und andere mehr.

Vier Tage und Nächte lang konnten diese Anträge nicht beraten und keine Beschlüsse gefaßt werden, weil seit dem Dienstagnachmittag der VDS-Vorstand und die Fraktionsleitungen der von sich selbst so genannten Vorstandsfraktionen um die Stimmkartenverteilung geschachert haben. Zumeist hinter verschlossenen Türen oder von „Ordnern" abgeschirmt. Und nach jedem abgeschlossenen Handel eifrig rechnend, wie und unter welchen Konstellationen ihre Vertreter in den Vorstand gehieft bzw. ihre Novellierungs- oder Politisierungsprozeßprobleme Beschluß werden könnten. Am dritten Tag des Schacherns hat der Häuptling der Basisgruppen, Ali Schmeissner, deren Abzug erklärt sowie die Gründung einer Art Gegen-VDS angekündigt, weil sie die Stimmen für den Tübinger AStA nicht bekommen haben. Unter deutlichen Schmerzen, die ihm die Möglichkeit bereitete, bald ohne kostenlose Orientreisen auskommen zu müssen hat er für die Basisgruppen darum gepokert, die nicht nach den Bestimmungen der neuen Landeshochschulgesetze gewählten ASten gegenüber den gemäß dieser Gesetze gewählten anerkannt zu bekommen. Damit sind die Basisgruppen gescheitert.

Nicht nur daß es den Jusos gelungen ist, in allen Fällen die gemäß Landeshochschulgesetz gewählten ASten anerkennen zu lassen, mit der einzigen



Ausnahme bei RCDS-ASten, sondern vor allem ist es ihnen unter Ausnutzung der dummen Taktik der Basisgruppen gelungen, alle Anträge und Bemühungen auf zügigen Beginn der MV stur zu unterdrücken. Ihre eigenen Fraktionen haben sie in ständigen Fraktionssitzungen vergattert bzw. abends als „BaWü-Solidaritätsfete" getarnte Besäufnisse inszeniert. Von vorneherein bestand ihr Plan darin, nach der ausreichenden Zermürbung der Mitglieder die Beschlußfassung auf einer Linie herbeizuführen, die statt der Demonstration gegen das 6. BAFöG-Änderungsgesetz „örtliche oder regionale, spektakuläre Aktionen" vorsieht, und statt der einheitlichen AStA-Wahlen in Baden-Württemberg und Bayern irgendwelche „Solidarität mit den unterdrückten ASten". Sie sind mit dieser Taktik ein Stück weit vorangekommen, aber Teilen der Mitglieder ist es gelungen, sie zu durchbrechen.

So haben die anwesenden Sekretäre der VDS-Fachtagungen den Vorstand auf einer Konferenz für die unzureichende Versorgung mit Geldmitteln und die schlampige Verwaltung ihrer Angelegenheiten kritisiert und den Antrag an die MV gestellt, eine Konferenz der Fachtagungs- und Projektbereichsekretäre einzurichten, sowie deren Einspruchsrecht gegenüber dem Zentralrat in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beschließen. Weiterhin konnte eine Sitzung des Projektbereichs „Soziales" erzwungen und dort die Debatte über die notwendigen Kampfschritte gegen das 6. BAFöG-Änderungsgesetz sowie die zu erhebenden Forderungen eingeleitet werden.

Die Vorstände von Jusos, MSB und SHB haben darauf mit hektischen Nachtsitzungen reagiert, auf denen sie offensichtlich das gesamte Programm der MV vorgeklärt haben und jetzt nur noch in aller Eile durchziehen wollen. Sie haben dabei in Kauf genommen, daß einige Jusoasten abgereist sind und ihre ideologischen Betrugsprojekte „Demonstration gegen die Verjährung von Nazimorden und Carstens als Präsidentschaftskndidat" und „Solidarität mit Vietnam" vollständig gescheitert sind. Dafür hält sich seit Samstagmittag ein Abteilungsleiter aus dem Schmudeministerium im Vorstandszimmer auf.

„Reifeprüfung": Ist der Schüler zurechtgebogen?

Die Nichtzulassungen am Hokesgath müssen zurückgenommen werden

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland Bezirk Düsseldorf/Rhein Düsseldorf, Reichstr. 21, Tel. 39 17 71, Zelle Krefeld

Verbreitung: Schulen in Krefeld 27.3.1979

Vom Erscheinungsdatum dieser Zeitung bis in den Mai/Juni hinein werden die Abgangskurse der Gymnasien Abitur schreiben. Allerdings nur diejenigen der Abgangskurse, die in den drei Jahren vorher ihre „Studierfähigkeit" bewiesen haben. Der Erhöhung der „Studierfähigkeit" nämlich soll die Oberstufenreform nach den Worten der Kultusminister dienen, beschlossen von denselben am 5. Juli 1977. Wie dieselben Herren an den Universitäten die Prüfungen und Klausuren verschärfen, so haben sie damit diesen Druck in die Oberstufe des Gymnasiums hineingezogen. Statt ehemals in der „Oberprima" soll man seitdem nun die ganzen letzten drei Schuljahre lang aufs Abitur starren wie das Kaninchen auf die Schlange.

Das besagte Gesetz führt aus: „Im Kurssystem wird der Unterricht anstatt in Klassen in Grund- und Leistungskursen der Unterrichtsfächer durchgeführt". Neben der Zerschlagung der Klassenverbände wurde dann noch ein ebenso spalterisches Punktesystem beschlossen, und: „Der Schüler wird am Ende der Jahrgangsstufe 13 zum Abitur zugelassen, wenn er die in der Prüfungsordnung festgelegten Mindestanforderungen erfüllt hat." Was auch dazu beiträgt, daß man sich in vielen Fällen mit der Nichtzulassung schon lange vor dem Abitur „abfinden" kann, oder wie am Horkesgath passiert, die Nichtzulassung den Schüler treffen kann wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Zwei Schülern ist es dort so ergangen: Einer hat in 12/1, 12/2, 13/1 fünf erlaubte „Minuskurse" (4–) gekriegt. Da ihm in Sport nur drei Kurse angerechnet werden, mußte er in 13/2 Geschichte wählen – vorher hat er nie Geschichte gehabt. Kursdauer: 12 Stunden, davon hat er vier mit Attest gefehlt. Da der Lehrer Kreuzberg, nebenbei noch für die Bourgeoisie als CDU-Stadtrat tätig, ihn angeblich nicht bewerten konnte, wurde er geprüft. Das Ergebnis: Ein 6 wird Minuskurs. Von besagtem Kreuzberg wurde ihm ein Ausschluß des Kurses vor dem Direktor und dem Stufenleiter. Ergebnis: 5, damit der sechste Minuskurs und keine Zulassung. Einen zweiten hat es getroffen: Auch er hatte fünf Minuskurse. Dreimal Kunst, zweimal Physik. Er behielt den Kunstkurs und nahm in 13/2 Sport als Zusatzkurs, um sich abzusichern. Die Noten in Kunst waren 3– und 4+. Danach sollte der Kurs einen Test in Kunst schreiben, den der ganze Kurs geschlossen verweigert hat.

Alle bekamen eine 6. Die Gesamtnote des Schülers schrumpfte auf 4–, der Sportkurs wurde ihm auf einmal nicht anerkannt und die ganzen drei Jahre der Erprobung seiner „Studierfähigkeit" und seiner „Reife" endeten mit der Nichtzulassung.

Die Empörung der Schüler darüber war so groß, vor allem auch, weil die beiden natürlich nie gefragt hatten, ob die gewählten Kurse so gingen. Einige Schüler wollten sich bereits zusammentun, ein Flugblatt herausgeben o.ä. Dazu mußte man sich dann auch noch vom Direx sagen lassen, daß diese „Schmalspur"-Kurswählerei eben nicht ginge usw.

Die beiden Schüler haben nun in Düsseldorf Einspruch eingelegt, die anderen hat indessen „frei", was heißt, daß sie aufs Abitur zubüffelten, die Einheit schon allein dadurch natürlich verflog.

Da die Schulleitung auch darauf schaut, daß das Abitur seinen Zweck verfolgt, haben sie die Prüfungen in den beiden Leistungskursen auf Montag/Dienstag und Dienstag/Mittwoch dieser Woche gelegt. Als daraufhin mehrere zum Feinendegen, dem Direktor, gingen, mußten sie sich anhören, daß man doch froh sein solle, dann hätte man es schnell hinter sich. Das Abitur ist das „Zeugnis der Reife". Wenn die Bourgeoisie einem ein solches mit auf den Weg gibt, will sie sich auch sicher sein. Einen langen Aussiebeprozeß hat sie deshalb vor das Erreichen dieses Ziels gelegt. Das Wichtigste dabei ist, daß nichts so geht, wie die Schüler es wollen, verbunden mit Spaltung. Nehmen wir den Kunsttest. Alle waren dagegen und haben verweigert. Keineswegs kann man sich dann aber mit einer „gerechten" Maßnahme abfinden, daß alle eine Sechs bekommen. Die Noten aber wirken eben dadurch, daß bei dem einen Schüler hat diese Sechs gereicht, ihm die Zulassung zum Abitur überhaupt erst einmal zu streichen.

Spricht das alles nicht dafür, daß man die ganzen Paragraphen, die die Nichtversetzung regeln, die die Einheit der Schüler durch jede Note, jeden „Punkt", zerstören, spricht das alles nicht dafür, diese ganzen Paragraphen zu streichen, das Notensystem abzuschaffen? Wir meinen ja.

Ohne Unteroffiziere kein Einsatz in Namibia

z.wim. Der Wehrbeauftragte des Bundestages – „demokratisches" Aushängeschild der imperialistischen Bundeswehr – hat in seinem Jahresbericht 1978 festgestellt, „der Sommer 1978 (war) durch eine breite zum Teil kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit über die Innere Führung gekennzeichnet". „Innere Führung" meint im Munde der westdeutschen Imperialisten eine Beurteilung der Bereitschaft der Soldaten, „aus Überzeugung seinen militärischen Auftrag zu erfüllen und Recht, Freiheit und Menschenwürde im Sinne unserer grundgesetzlichen Ordnung zu verteidigen" (aus dem Bericht des Wehrbeauftragten), also der Bereitschaft, sich für die Ziele der westdeutschen Imperialisten im Krieg verheizen zu lassen. Naturgemäß ist das der neuralgische Punkt jeder imperialistischen Armee, die sich aus den Volksmassen rekrutiert. Wenn in diesem Bericht weiter festgestellt wird, daß noch immer „Grundrechtsverletzungen", Disziplinmängel, Alkoholmißbrauch, Unzulänglichkeiten in der Befehlsstruktur und dergleichen an der Tagesordnung sind, so ist das nur Ausdruck der verschärften Unterdrückung in der Bundeswehr.

Diese Unterdrückung ist die Reaktion auf die Verschärfung des Klassengegensatzes in der BRD und des Drangs der westdeutschen Imperialisten nach Expansion und schärferer Ausbeutung. Berkhan stellt fest: „Die Interpretation der Bundeswehr in der Gesellschaft bringt mit sich, daß aus dem zivilen Bereich allgemeine Mängel in die Bundeswehr hineinwirken". Diese Mängel aus dem zivilen Bereich sind die Klassenwirklichkeit, aus der die Masse der Soldaten kommt und in die sie zurückkehren werden. Die Klassenspaltung findet sich in der Bundeswehr wieder.

Im Berichtszeitraum 1978 wurden in der Bundeswehr auf der Seite der Mannschaften 246 „Vorgänge", die strafrechtliche oder disziplinarische Maßnahmen zum Inhalt hatten, über den Wehrbeauftragten abgewickelt. Bei den Offizieren waren es insgesamt 31 Vorgänge, 225 solcher Vorgänge wurden auf Seiten der Unteroffiziere gezählt. Deutlich wird aus diesen Zahlen, wo die Fronten in der Bundeswehr verlaufen: Zwischen den Unteroffizieren und Mannschaften auf einer Seite und den Offizieren auf der anderen. Die Arbeiterklasse hat großes Interesse an einem Bündnis der Mannschaften mit dem Unteroffizierskorps. Jede gemeinsame Aktion ist ein Schlag gegen den Bestand der imperialistischen Armee.

Es wundert nicht, wenn in solcher Lage die Bourgeois-Parteien ihren Sinn für die Unteroffiziere finden. Die CSU führte im November eine Tagung unter dem Thema „Unteroffiziere heute" durch. Schmidt spricht im Februar vor 130 Unteroffizieren. Berkhan setzt sich ein für eine bessere und längere Ausbildung. Und die CDU veröffentlicht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 5. April einen Plan für eine neue Unteroffiziersausbildung. Berkhan stellt das Problem in den ZDF-Nachrichten so dar: „... daß ein junger Mann nach 12 Monaten Unteroffizier sein kann und eine Gruppe von acht bis elf Soldaten führt, dann wird klar, daß er selber noch ein Lernender ist. Er ist fast gleichaltrig mit den geführten Soldaten und er hat wenig Erfahrung". Am 1.9.1978 war das Durchschnittsalter der Wehrpflichtigen 21 Jahre, das ihrer Ausbilder 23,5 Jahre. Die CDU fordert eine Verlängerung der Unteroffiziersausbildung von derzeit drei auf vier bis sechs Monate. Die Teilnahme am Grundlehrgang soll nicht wie bisher schon nach neunmonatiger Zugehörigkeit eröffnet werden, sondern erst nach 12 bis 15 Monaten; damit mit Ende der vollständigen Ausbildung. Im Vordergrund soll dann eine praxisbezogene Gefechtsausbildung und truppenpädagogische Grundausbildung stehen. Die Konzentration soll auf der Herausbildung der „Führer- und Ausbilderrolle" liegen.

Planmäßig wird auf diese Weise darangegangen, die Unteroffiziersanwärter von ihren Klassenbrüdern abzusondern, ihnen auf der einen Seite in einer harten Gefechtsausbildung den Willen zum Widerstand zu brechen, und sie auf der anderen Seite einer ideologischen Indoktrination zu unterziehen, an deren Ende ihnen das Geschwätz vom Grundwert parlamentarischer Demokratie, das Werk der imperialistischen Geschichtsverfälschung und Klassenversöhnung glatt über die Zunge gehen soll.

Helmut Schmidt war nicht zufällig bei den 130 Unteroffizieren. Wenn der sich für die Probleme der Unteroffiziere empfänglich zeigt, dann weiß er, wo er hin will. Auf die Frage, wie er zu einem Einsatz von Bundeswehrsoldaten innerhalb einer UN-Friedenstruppe steht: „Prinzipiell positiv". Derzeit leider nur „finanziell und logistisch". Es fehlen z.Zt. noch die gesetzlichen Grundlagen für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bündnisses. CDU-Sprecher Weiskirch meinte, man müsse darüber reden, wenn gemeinsam die gesetzlichen Grundlagen geschaffen sind. Wohin die westdeutschen Imperialisten gegenwärtig drängen, das wäre schon eine direkte militärische Beteiligung in Namibia, ist das doch ohnehin altes deutsches Mandatsgebiet: „Deutsch-Südwestafrika."

Britische Besatzungsmacht will vierten Schießplatz in ihrem Sektor bauen lassen

r.maw. Die britischen Besatzungstruppen in Westberlin verfügen wenigstens über drei Schießplätze in ihrem Sektor. Der größte, in der Nähe des S-Bahnhofs Eichkamp gelegene umfaßt ein gutes Dutzend moderner Schießbahnen von etwa 300 Metern Länge mit automatischen Klappscheiben und Unterkellerung für die Trefferanzeige. Hier können alle Infanteriewaffen geschossen werden. Außerdem benutzen die Briten den Schießplatz an den Radelandwiesen in Spandau. Auf diesem Gelände, auf dem auch die Polizei übt, sind besondere Einrichtungen für den Häuserkampf untergebracht. Schließlich befindet sich ein weiterer Schießplatz in der Montgomery-Kaserne in Kladow. Jetzt planen die britischen Besatzer einen weiteren Schießplatz auf dem Gelände des ehemaligen Luftwaffenfliegerhorstes Gatow, das sie nach Kriegsende requierierten, um darauf den heutigen Militärflugplatz Gatow zu errichten. Zu der Umgebung gehören auch Kasernen und ein Offizierskasino. Offensichtlich ist die britische Kommandantur jetzt fest entschlossen, ihre militärischen Anlagen in diesem Gebiet an der Stadtgrenze dicht an der Mauer weiter auszubauen. Als 1977 erstmals Pläne der Besatzer in dieser Richtung bekannt wurden, hagelte es Proteste von seiten der Anwohner, da der Schießplatz genau in einem Erholungsgebiet nahe Alt-Gatow projektiert war. Damals steckten die Briten zurück. Diesmal wurde das Bezirksamt erst informiert, als der Plan bereits feststand. Dazu der Planungsbeauftragte des Bezirksamtes, Gerhard Schuster: „Brutal ausgedrückt: Die Engländer können heute anfangen zu bauen, ohne uns zu informieren, und erst recht, ohne uns zu fragen." Die Nutzungserlaubnis einer Privatfirma für die Sandgewinnung auf dem Gelände des geplanten Schießplatzes wurde bereits nicht mehr verlängert.



Mit dem Protest der Anwohner, der bei Bekanntwerden der jetzigen Pläne sofort wieder aufflammte, wurde auch die Lärmbelästigung durch den vielbenutzten Panzerübungsplatz der sowjetischen Besatzer auf der anderen Seite der Mauer mit ins Feld geführt. Scheinbar schlau wollen die Besatzer daher die Auflehnung der Anwohner gegen ihr Vorhaben auf ein reines Umweltschutzproblem herunterbringen. So versprachen sie, die Anlage zehn Meter unter der Erde in einer nach oben offenen Grube unterzubringen. Außerdem wurde ein Probeschießen mit dem Senat für Gesundheit und Umweltschutz vereinbart. Baubeginn soll im nächsten Jahr sein. Das Geld kommt aus dem Etat für Besatzungslasten.

Polizeigewerkschaft für internationale Polizeigesetze

z.bew. Der Parlamentarischen Versammlung des Europarates liegt für die Sitzung im Mai nach vierjähriger Arbeit der Entwurf für eine internationale „Deklaration zur Polizei" vor, die im wesentlichen auf den Vorschlägen der Union Internationale des Syndicats de Police (UISP), einer Vereinigung von Polizeigewerkschaften, beruht. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat sich zustimmend geäußert. Kein Wunder, die GdP ist die mitgliederstärkste Organisation in der UISP und stellt den Präsidenten und den Generalsekretär.

Obwohl die GdP in Westdeutschland als Gegner der militärischen Ausrüstung der Polizei auftritt, arbeitet der im wesentlichen von ihr inifiierte Entwurf der „Deklaration zur Polizei" den Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten, sich in die inneren Angelegenheiten der imperialistischen Rivalen einzumischen und deren Polizei nach „deutschem Vorbild" auszurichten, in die Hände.

Die Deklaration besteht aus den „Berufsgrundsätzen", dem Abschnitt über „Status und Rechte der Polizeiangehörigen" und der „Stellung der Polizei in Notstands-, Kriegs- und Besatzungszeiten". Die Führung der GdP hält sich in ihren Veröffentlichungen viel darauf zugute, daß es war, die in dem Abschnitt über die Berufsgrundsätze jene Veränderungen durchgesetzt hat, die die direkte und brutale Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen nicht nur ermöglicht, sondern geradezu dazu auffordert. Jeglicher Zusammenschluß gegen den Staat oder die Kapitalisten kann sofort mit allen polizeilichen Mitteln unterbunden werden, wenn er im „Freibrief" festgelegt wird, „daß von einer Verfolgung, Verhaftung etc. aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen dann nicht gesprochen werden kann, wenn der Verdacht besteht, daß eine ungesetzliche Handlung, wie Raub, Mord, unerlaubter Waffenbesitz etc. begangen wurde." (Der Deutsche Beamte 4/79). Das soll nach den Vorstellungen der GdP-Führung *internationales Recht* werden, denn die Deklaration soll als internationale Konvention Vorbild für die nationale Gesetzgebung werden. UISP und GdP waren es auch, die im April 1978 die Stellungnahme der nichtstaatlichen Organisationen beim Europarat zur „Unterdrückung des Terrorismus und den Aufgaben der Polizei auf diesem Gebiet" durchgesetzt haben. Darin wird die „Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich Erwerb, Besitz und Gebrauch von Waffen... Aufstellung von Spezialeinheiten... und die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit" gefordert. (Die Deutsche Polizei 4/78)



In der neuen Deklaration wollen die UISP und die GdP jetzt dazu international festlegen lassen, daß unabhängig ihres tatsächlichen Einsatzes die Polizisten in Kriegszeiten unter Schutz als Zivilpersonen stehen, und gleichzeitig wird für die Polizisten das Streikrecht bei den gewerkschaftlichen Rechten ausgeklammert.

Die Herrschaft über die Türkei ist für beide Supermächte von strategischer Bedeutung

z.rua. Beide Supermächte sind an den südlichen Aufmarschposten für den Krieg um Europa und zur Beherrschung der Nachschublinien mit heftigen Kämpfen der Völker konfrontiert. Die US-Basen im Iran mußten geräumt werden. Carters Separatfrieden stößt auf erbitterten Kampf der arabischen Nation. Der Bildung der 5. US-Flotte im Indischen Ozean setzen die Völker der Region ihren entschiedenen Widerstand entgegen. Die Sozialimperialisten sind in Afghanistan und am Horn von Afrika in schwere und kostspielige Gefechte gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker verwickelt. Gegen Intrigen und Einmischung bereiten die beiden Jemen die nationale Wiedervereinigung vor.

Mitte März haben Pakistan und Iran ihren Austritt aus dem CENTO-Pakt erklärt und die Mitgliedschaft in der Blockfreienbewegung beantragt. Kurz darauf erklärte auch die Türkei ihren Austritt aus diesem Militärbündnis, das praktisch eine Ausdehnung der NATO auf Vorderasien ist. Die Türkei ist jedoch Mitglied der NATO. Die US-Imperialisten beeilten sich, sie auf ihre Bündnispflichten und auf die seit 1958 geschlossenen bilateralen Verträge über militärische Zusammenarbeit hinzuweisen. Im Rahmen des CENTO-Paktes hatten sie 1958 mit der Türkei, Iran und Pakistan Verträge über die Stationierung von US-Truppen, Einrichtung von US-Militärstützpunkten und Koordinierung der militärischen Pläne unter ihrem Generalstabskommando abgeschlossen. Artikel 6 dieser Verträge bestimmt, daß sie nach Eingang der schriftlichen Kündigung noch ein weiteres Jahr in Kraft sind. Gegenüber der Türkei wollen die US-Imperialisten die Zeit nutzen, um sie wieder fest in die NATO-Strategie einzugliedern. Die im Iran stillgelegten Radar- und Beobachtungsstützpunkte zur Überwachung der militärischen Aktivitäten der UdSSR sollen in die Türkei verlegt werden. Alle 26 US-Stützpunkte in der Türkei sollen modernisiert und wieder voll in Betrieb genommen werden.

Die Türkei hat 19 Mrd. $ Auslandsschulden. Die IWF-Erpressungen zeigen erste Wirkung. Ende März hat Ministerpräsident Ecevit die „wirtschaftliche Generalmobilmachung" verkündet. Mit Steuererhöhungen und Preissteigerungen sollen die türkischen Volksmassen für die imperialistischen Hegemonialpläne bluten. Die Türkei steht seit Januar unter Kriegsrecht.

Die US-Imperialisten beraten zur Zeit im Kongreß über weitere Kreditvergabe an die Türkei. 175 Mio. $ sollen für die Erneuerung militärischer Anlagen und 50 Mio. $ für den Kauf von Waren aus den USA vergeben werden. Voraussetzung ist, daß die Türkei sich zu Verhandlungen über die Erneuerung des 1969 geschlossenen Abkommens über militärische Zusammenarbeit bereiterklärt. Die türkischen Volksmassen haben seit der Stationierung von US-Truppen in der Türkei einen zähen Kampf gegen sie geführt. 1969 demonstrierten Zehntausende gegen das Einlaufen der 6. Flotte in türkische Häfen. Offiziere und Einrichtungen der US-Imperialisten wurden angegriffen. 2200 Arbeiter auf den US-Stützpunkten streikten sechs Wochen lang. Soldaten der türkischen Armee unterstützten die Volksmassen, besorgten Waffen und befreiten Gefangene aus den Militärgefängnissen. Die türkischen Soldaten sind während ihrer 20monatigen Wehrdienstzeit schwerem Drill durch hoch dotierte Offiziere ausgesetzt. Ihr Monatssold beträgt umgerechnet 5 $, ein General erhält das 300fache. In vielen Einheiten, vor allem der Luftwaffe, wurden Streiks durchgeführt. Die Regierung Demirel konnte den Kampf der Volksmassen nur durch Verhängung des Kriegsrechts unterdrücken. Soldaten werden seither für politische Aktivitäten mit mindestens 5 Jahren Gefängnis bestraft.

Der Kampf der türkischen Volksmassen hat dazu geführt, daß die Türkei 1975 die US-Militärstützpunkte stillegte und die US-Imperialisten bis heute ihre Truppen von 23000 auf 4800 reduzieren mußten. Die Beschäftigten auf den US-Stützpunkten unterstehen türkischer Gerichtsbarkeit. Diese Zustände wollen die US-Imperialisten mit dem neuen Militärabkommen beseitigt wissen. Sie fordern für die Beschäftigten auf ihren Stützpunkten die Unterstellung unter ein „Sonderrecht" – sprich die US-Gesetzgebung. Neben der Restaurierung der Stützpunkte soll die türkische Luftwaffe mit US-F4-Phantom-Bombern ausgerüstet werden, um ihrer „lebenswichtigen Bedeutung für die NATO" gerecht zu werden. Die Kosten werden der Türkei auf's Schuldenkonto geschrieben.

Die Erpressung durch die westlichen Imperialisten macht die Türkei für die Infiltration der Sozialimperialisten verwundbar. Im Juni 1978 nötigten sie Ecevit einen Vertrag über „gutnachbarliche und freundschaftliche Zusammenarbeit" auf, Ende 1978 schlossen sie erstmalig ein langfristiges Handelsabkommen. Über Kredite für die Lieferung sowjetischer Industrieausrüstungen ist die Türkei inzwischen mit 1,18 Mrd. $ bei den Sozialimperialisten verschuldet.

Ecevit hat kürzlich in einem Aufsatz über die Sicherheitspolitik der Türkei die Entwicklung guter Beziehungen insbesondere mit den Balkanstaaten und den arabischen Staaten als notwendig für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit betont. Dies wäre ein richtiger Schritt, um nicht im Machtkampf der Supermächte aufgerieben zu werden.



Iranische Soldaten beim letzten CENTO-Manöver im März 1978 in Istanbul.

Zur Landfrage in Palästina – Brief des PLO-Vertreters in der BRD an die KVZ

An den
Kommunistischen Bund Westdeutschland
– Sekretariat –
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt/M

Werte Freunde,

Ich habe mit Interesse die Seiten 14/15 der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 13 gelesen. Sowohl inhaltlich als auch von der äußerlichen Gestaltung her finde ich sie gut. Daß die Artikel sich auf Originalquellen des Befreiungskampfes stützen, macht sie besonders nützlich. Die Veröffentlichung von Dokumenten unserer Bewegung ist geeignet, die theoretischen Grundlagen der palästinensischen Revolution einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Ich möchte daher auf einen Fehler im Artikel aufmerksam machen, der unseres Wissens zurückgeht auf Analysen der palästinensischen Kommunistischen Partei in den dreißiger Jahren und sich bis heute fortsetzt:

„Über die arabischen Großgrundbesitzer kaufen die zionistischen Siedler Land auf, das sie nicht als Privateigentum erwerben, sondern im Auftrag des jüdischen Nationalfonds. Von den aufgekauften Ländereien stammen nur 9% von kleinen Bauern."

Das Land, das sich die Zionisten in Palästina angeeignet haben, haben sie geraubt. Nur in ein oder zwei Fällen haben libanesische Großgrundbesitzer (vor allem die Familie Sursuk) den Mittelsmännern des jüdischen Nationalfonds Land verkauft. Auch in diesen Fällen haben die Pächter einen erbitterten Widerstand gegen diesen Landverkauf geleistet und mußten mit Gewalt von den zionistischen Banden vertrieben werden. Großgrundbesitz, wie der europäische Feudalismus ihn gekannt hat, hat es in unserem Land nicht gegeben. Es gab Groß- und Mittelbauern und für die war der Zionismus genauso eine Bedrohung wie für die Kleinbauern. Sie haben auch eine wichtige Rolle im Befreiungskampf gespielt. Wenn man diese Frage nicht richtig klärt, ist es schwer zu erklären, wieso die zionistischen Siedler 1947 lediglich 5% des palästinensischen Bodens besessen haben.

Mit solidarischen Grüßen
Abdallah Frangi
Vertreter der PLO bei der Liga der Arabischen Staaten in Bonn

AR Jemen und VDR Jemen beschließen Vereinigung

z.erm. „Das Volk in beiden Teilen Jemens ist in der Lage, alle seine Probleme zu lösen und Einheit und Fortschritt zu erreichen", hatte der Vertreter der VDR Jemen am 17.3. die erfolgreichen Verhandlungen mit der Arabischen Republik (AR) Jemen unter Vorsitz der Arabischen Liga kommentiert. Beide Regierungen hatten sich über den vollständigen Abzug ihrer Truppen auf die Positionen vor Ausbruch des Krieges geeinigt. Mittlerweile ist der Rückzug der Truppen abgeschlossen, die Flugverbindungen zwischen beiden Staaten sind wiederhergestellt.

Am 30. März haben die VDR Jemen und die Arabische Republik Jemen ihre Vereinigung zu einem Staat beschlossen.

Die britischen Imperialisten hatten im 19. Jahrhundert vom Flottenstützpunkt Aden aus den südlichen Teil Jemens unterworfen, während der nördliche Teil seine Unabhängigkeit verteidigen konnte. Seit der Vertreibung der Briten aus dem Süden war es der Wunsch beider Staaten, sich zu vereinigen. Es gelang jedoch den beiden Supermächten, die Spaltung zwischen der AR Jemen und der VDR Jemen für ihre Ziele zu nutzen. Während die Sozialimperialisten die VDR Jemen immer mehr in ihre Abhängigkeit bringen konnten, haben die US-Imperialisten über ökonomische und militärische „Hilfe" versucht, sich im Norden festzusetzen. Vor zwei Wochen noch haben die westdeutschen Imperialisten der AR Jemen eine 17,5 Mio. Dollar „Hilfe" zugesichert.

„Jede Auseinandersetzung zwischen arabischen Bruderstaaten kann nur nebensächlich sein", hat der Vertreter der AR Jemen zum Abschluß der Verhandlungen erklärt und sich damit gegen jegliche Versuche der Imperialisten gewandt, die Spaltung zwischen beiden Staaten zu verewigen. In dem unter Vermittlung der Arabischen Liga beschlossenen Kommuniqué legen beide Staaten fest: Bildung einer gemeinsamen Kommission, die innerhalb von vier Monaten eine Verfassung für den neuen Staat ausarbeitet, Referendum über die Verfassung und Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung, die von einer gemeinsamen Ministerkommission überwacht werden, innerhalb von sechs Monaten. Beide Präsidenten verpflichteten sich, das Kairoer Abkommen über die Gründung der Arabischen Liga und die Erklärung von Tripolis zum Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einzuhalten.

Erfolgreicher Streik in algerischem Fernseherwerk gegen unbezahlten Zwangsurlaub

z.ulg. Am 6. März teilte der Kapitalist des algerischen Fernseherwerks Chabane Electronic der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung mit, ab 10. März würden die 301 Beschäftigten aus „technischen Gründen" in unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. In dem bei Blida südlich von Algier gelegenen Betrieb werden importierte Bausätze montiert. 1978 entfielen von der algerischen Gesamtproduktion von 92500 Fernsehern 32,4% auf Chabane Elec-



Traktorenbetrieb in Constantine. Der Aufbau der nationalen Industrie wird vorangetrieben.

tronic. Seit der Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols 1978, so begründete der Kapitalist den Zwangsurlaub, sei die Lieferung der benötigten Teile nicht mehr gewährleistet. Mit dem Zwangsurlaub wollte er eine Durchlöcherung der Staatskontrolle über den Außenhandel, die dem Schutz des Aufbaus der nationalen Wirtschaft vor der Unterwerfung unter die Imperialisten dient, erpressen.

In Wirklichkeit waren die im Vorjahr gelieferten Teile vorfristig aufgebraucht worden, weil die Geschäftsleitung durch aufgezwungene Leistungsprämien die Arbeiter zu Überarbeit angetrieben hatte. Zudem hatte die staatliche Import- und Vertriebsgesellschaft SONACAT die privaten Kapitalisten frühzeitig ermahnt, in Anbetracht der Inbetriebnahme eines eigenen algerischen Bauteilewerks die Importe zu reduzieren.

Die Arbeiter antworteten sofort auf die Provokation des Kapitalisten. Am 7. März traten sie in den Streik und besetzten die Werkshalle, um den heimlichen Abtransport fertiger und halbfertiger Geräte zu verhindern. Die zum Jahresende 1978 fälligen 2,5% der Jahreslohnsumme für den „Sozialfonds" der Belegschaft hatte der Kapitalist noch immer nicht gezahlt. Die elementarsten Sicherheits- und Hygienevorkehrungen fehlten. Die Gewerkschaft unterstützte den Streik, ebenso die örtlichen und bezirklichen Staatsorgane.

Der Kapitalist hatte zu hoch gepokert. Als sich herausstellte, daß er zum Überfluß auch noch 10 Mio. Dinar (5,2 Mio. DM) Steuerschulden hatte, wurde Chabane Electronic am 20. März – nach 13 Tagen Streik – verstaatlicht.

Rohstoffe gegen Produktionsmittel der CSSR: die UdSSR tauscht nicht, sie stiehlt

z.anb. Wenige Wochen vor dem IX. Gesamtkongreß der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unternimmt die neue Bourgeoisie in der CSSR einen ideologischen Coup gegen die Arbeiterklasse. Die „großen Erfolge" in der landwirtschaftlichen Produktion seit der „Kollektivierung" vor 30 Jahren seien heute zu ernten, behauptet sie. 1975 sei die Selbstversorgung bei wichtigen Nahrungsmitteln, bei Butter, Milch, Eiern „und praktisch auch bei Fleisch" erreicht worden. Warum diese Reminiszenz auf 1975?

Tatsache ist, es gibt zur Zeit so gut wie kaum Obst und Gemüse. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Frischgemüse liegt bei 70 kg pro Jahr, das sind weniger als 200 Gramm am Tag. 1972 dagegen betrug er immerhin 83 kg. Die Produktion von Eiern, Butter, Milch, Fleisch stagniert, lediglich die Konservenindustrie verzeichnet Zuwachsraten, aber nicht um der Versorgung des Inlandsmarktes willen, sondern für den Export, zumeist in die westlichen imperialistischen Staaten, bei denen die CSSR 1977 mit 3,2 Mrd. Kronen (1 DM: 2,74 Kronen) verschuldet war.





Sowjetischer „Mechanisator" überwacht den Ernteeinsatz in der CSSR. – Justierung des Programmrechners einer numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine, wie sie zu Tausenden in die UdSSR geliefert werden.

Das Jubiläum der „vollständigen Beseitigung des Privateigentums", wie es die neue Bourgeoisie jetzt feiern lassen will, ist die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft: 97% aller Genossenschaftsbauern sind Landarbeiter auf den Staatsgütern der neuen Bourgeoisie. Im Vergleich zu 1936 ist die landwirtschaftliche Nutzfläche um 780000 ha reduziert, die Zahl der Beschäftigten um drei Viertel verringert worden. Die Produktion pro ha ist um das 1,7fache gestiegen, pro Beschäftigtem dagegen um das 4,8fache. Tiefgreifende Rationalisierung ist durchgeführt worden unter der Oberaufsicht von sowjetischen „Mechanisatoren", die samt Erntemaschinen – Spezialisierungsprodukte aus Polen und Ungarn – angereist kommen, um neue Kennziffern für die Ausbeutung der Landarbeiter zu setzen. Deren Durchschnittslohn beträgt derzeit nur noch 68% des durchschnittlichen Industriearbeiterlohns von 2580 Kronen.

Im Staatshaushalt für 1979 ist nachzulesen, wie die traditionsreiche „Förderung" der Landwirtschaft aussehen soll: „An Betriebe, die die Möglichkeiten der Schichtarbeit nicht ausnützen, werden keine Investitionen mehr vergeben."

Und die Arbeiterklasse soll mitziehen um der „Selbstversorgung" willen. Diese hat noch 1975 in bezug auf Butter, Milch, Eier, tatsächlich bestanden. Seit Mitte der sechziger Jahre war die Produktion beträchtlich ausgedehnt worden. Durch Förderung der Landwirtschaft verfolgte jedoch die neue Bourgeoisie ihre eigene Selbstversorgung: Verbilligung des Arbeiters durch Verbilligung seiner Reproduktionsmittel, das war die Triebkraft für die Investitionen im Agrarsektor. Gleichzeitig boten Nahrungsmittelexporte in gewissem Umfang Entlastung an der Devisenfront für den immer massiver werdenden Zugriff der Sowjetunion, die bereits ein Drittel des gesamten tschechoslowakischen Außenhandels auf sich vereinigte. Von 1965 bis 1968 schlug diese Tendenz um.

Aus der Verschärfung des Klassenkampfes in der CSSR, dem wachsenden Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die Unterjochungsabsichten der revisionistisch entarteten Sowjetunion suchten die neuen Bourgeois auf ihre Weise Kapital zu schlagen, und zwar wörtlich. Ihr *eigenes* Interesse an der Aneignung des von den tschechoslowakischen Arbeitern produzierten Mehrwerts drückt sich in der Veränderung der Außenhandelsbeziehungen zur UdSSR aus: erstmalig seit Gründung des RGW 1949 fällt die Steigerungsrate des Außenhandels 1965-69 unter die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts als dem Richtwert der Produktivkraftentwicklung. Zugleich ändert sich die Struktur des Warenstromes in die UdSSR: statt Maschinerie werden zunehmend Konsumgüter zum Hauptexportartikel. Das aber *war* es nicht und *ist* es nicht, was die Supermacht will. Sie will Kapital, ohne „Vorleistung", für die „Erschließung" Sibiriens z.B., und sie will *hinterher* „bezahlen" in Rohstoffen.

In diesen „Austauschbeziehungen" sind die Gesetze des Weltmarktes, wie sie im ständigen Preisverfall der Rohstoffe gegenüber den Industriegütern zum Ausdruck kommen, auf den Kopf gestellt. Um diesen Zusammenhang zu verdunkeln, gibt es „bilaterale" Warenprotokolle, die *einseitige* Lieferungen an die UdSSR festlegen, und „multilaterale" Verrechnung nach dem RGW-Preissystem.

Und genau dieses wurde 1975 geändert. Ein despotischer Schritt, durch den sich die Sowjetunion 11% der Exporte der CSSR umsonst verschaffte. Grundlage der Preisfestsetzung wurden die Weltmarktpreise der *unmittelbar* vorhergehenden fünf Jahre, also im Jahre 1976, die Jahre 1970-75. Denn in diese Zeitspanne fiel genau der Fortschritt der Länder der Dritten Welt im Kampf gegen die imperialistischen Methoden der Preissenkung und Spekulation auf den Weltrohstoffmärkten, namentlich die Ölpreisanpassung der OPEC 1973. Bis 1974 hatte als Bezugsbasis die Zeit von 1965-69 gegolten, so daß die Sozialimperialisten noch geraume Zeit hätten zuwarten müssen, ehe sie Nutznießer dieses Kampfs hätten werden können, wenn überhaupt. So aber ließ sie gar die versammelten RGW-Staaten auf der Ratstagung 1976 erklären, daß „das gegenwärtige System von Außenhandels-, Valuta- und Finanzbeziehungen der Mitgliedsländer des RGW den Interessen der planmäßigen ökonomischen Zusammenarbeit entspricht".

Dieser Schachzug war in bezug auf die CSSR die Grundlage für die *Durchsetzung* des ökonomischen Zwecks der militärischen Besetzung von 1968. 1976 weisen sämtliche Bereiche der Industrie rückläufige Investitionen auf, zum Teil über 50%. In der Landwirtschaft sinken sie sogar absolut um 1,3%. Die Nahrungsmittelproduktion sinkt um 3,4%. Ebenfalls 1976 treten für die CSSR „Verpflichtungen" in Kraft „zur Zusammenarbeit bei der Förderung und dem Transport sowjetischen Erdöls": Lieferung kompletter Prospektierungs- und Bohranlagen für Sibirien. Und: die Orenburg-Erdgaspipeline wird fällig; d.h. 560 km Rohrleitung, von 5000 Arbeitern verlegt; Gesamtkosten: 22 Mrd. Kronen. Die Summe entspricht ziemlich genau 16% der gesamten für 1975 geplanten Investitionen in der CSSR. „Gezahlt" wird seit 1978 in Erdöl und Erdgas. Bis dahin hat die Sowjetunion den Erdölpreis um mehr als das Eineinhalbfache erhöht.

Polnische Flugzeugindustrie: die UdSSR kassiert

z.pek. Für die Übergabe der Konstruktionslizenz des Flugzeugs AN – 28 und „technischer Beratung" haben sich die Sozialimperialisten im Januar „die Lieferung dieser Fluggeräte an die UdSSR" vertraglich gesichert. Die AN – 28 ist für den Transport von 20 Personen oder 1700 kg Waren ausgelegt und besonders für den Start auf kurzen, nicht ausgebauten Pisten geeignet. Bereits im Vorjahr wurde Polen im Rahmen der „Abkommen über Spezialisierung und Kooperation" innerhalb des RGW dazu verpflichtet, Seiten- und Höhenruder sowie die mechanische Ausrüstung für den sowjetischen Airbus IL – 86 an die UdSSR abzuliefern. Polen verfügt seit Jahrzehnten über eine entwickelte Flugzeugindustrie im Bereich kleinerer Transportmaschinen und landwirtschaftlicher Flugzeuge. Durch Methoden des ungleichen Tauschs, wie sie in den Verträgen über die „Zusammenarbeit im Flugzeugbau" festgelegt sind, haben sich die Sozialimperialisten den Zugriff auf die Ausbeutung der polnischen Flugzeugarbeiter verschafft. Die Lieferverpflichtungen Polens an die UdSSR betragen für den laufenden Fünfjahrplan 1,25 Mrd. Dollar, um 44% mehr als im vorangegangenen Fünfjahrplan. Grundlage solcher Erpressungen bildet die weitgehende Abhängigkeit Polens vom Import wichtiger Industrierohstoffe aus der UdSSR (Erdgas zu 100%, Erdöl zu 80%, Eisenerz zu 65%, Manganerz zu 88%) und der Militärstiefel der Besatzertruppen.

Giscard will Demonstrationsrecht einschränken

z.pel.Paris. Am 23. März demonstrieren in Paris mehr als hunderttausend Menschen aus allen Volksklassen zur Unterstützung des Kampfes der französischen Stahlarbeiter. Nach der Demonstration greifen etwa hundert Menschen verschiedene Geschäfte an, Scheiben gehen zu Bruch, einiges kommt weg. Unter jenen, die von Ordnern der Gewerkschaft CGT dabei festgehalten werden, findet sich ein Herr Le Xuan. Sein Beruf: Beamter der Zivilpolizei. – Später, teilweise nach Stunden, verhaftet die Polizei 48 Personen, zumeist Schüler. Ein 1974 geschaffener Schnellgerichtshof verurteilt sie zu Gefängnis bis zu drei Jahren. Gesetzliche Grundlage ist das ebenfalls Anfang der 70er Jahre geschaffene „Anti-Casseur"-Gesetz, das die „Teilnahme an einer Demonstration mit der Absicht der Plünderung" verfolgt. – Präsident Giscard d'Estaing weist am 29.3. alle Präfekten an, „jegliche Demonstrationen zu verbieten, die nicht absolute Sicherheit versprechen". Die Gewerkschaften CGT, CFDT und die Erziehergewerkschaft FEN rufen sofort auf zu einem Proteststreik am 3.4. Er wird von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Schülern im ganzen Land befolgt. Erziehungsminister Beullac rügt die „Indoktrinierung der Schüler", Giscard jedoch muß Überprüfung seiner Anweisung zugestehen.

Kurzstreiks „wertvoll", wirksame Streiks „unüblich"

z.ulg.Rom. Unter dem Vorwand, anders wären gesetzliche Beschränkungen des Streikrechts nicht zu verhindern, versuchen die italienischen Revisionisten seit einem Jahr, den Gewerkschaften eine „Selbstregulierung" des

Belgien: Mit neuer Regierung zum Generalangriff auf die Arbeiterklasse

z.scc.Brüssel. Die „Regierungskrise" in Belgien wurde letzte Woche offiziell für beendet erklärt. *Wahr* daran ist, daß sich die belgischen Finanzbourgeois sechs Monate nach Tindemans Rücktritt und gut 14 Wochen nach den Wahlen zur Bildung einer von den jeweils flämischen und wallonischen Christdemokraten und Sozialisten sowie den Brüsseler Frankophonen getragenen Koalitionsregierung entschlossen haben.

Sechs Monate schien die Staatsgewalt gelähmt; gelähmt durch den „Sprachenstreit", den die Bourgeoispolitiker wie schon so oft zur Verwischung der Klassenfronten mit viel Getöse aufs Neue entfacht hatten. Aus dieser Deckung heraus konnte die Übergangsregierung fast unbemerkt erledigen, womit jede „legale" Regierung unzweifelhaft auf den heftigsten Widerstand der Arbeiterklasse gestoßen wäre: die Zwangsarbeit ausdehnen; die Sozialversicherungen „sanieren"; Rentenkürzungen und Steuererhöhungen vorbereiten; Milliarden um Milliarden Franc den Finanzbourgeois für eine neue Welle von Rationalisierungen zuschieben.

Für die also lohnte sich die „Regierungskrise". Um knapp 5% gegenüber der DM ist der belgische Franc, der im Sommer '78 fast täglich verfiel, in diesen sechs Monaten gestiegen: Unter dem Flankenschutz der „Anti-Krisen-Maßnahmen" der Übergangsregierung schafften die Kapitalisten einen gehörigen Schub in der Steigerung der Produktivität und Intensität der Arbeit. So bescheinigt ihnen eine IWF-Studie, die „Lohnkosten pro Produkteinheit" im zweiten Halbjahr '78 *erheblich* ge-
senkt und auf einen Stand gedrückt zu
im zweiten Halbjahr '78 *erheblich* ge-
senkt und auf einen Stand gedrückt zu haben, der um 3,5% unter dem von 1975 liegt.

Mehr als Vorbereitungen für den Generalangriff auf die Arbeiterklasse waren jedoch weder die bisherigen „Anti-Krisen-Maßnahmen" noch die erreichte Steigerung der Ausbeutung. Den Generalangriff selbst haben die Bourgeois mit der Bildung der neuen Regierung eingeleitet. Ihr Programm schreibt das hauptsächliche Angriffsziel fest: die *einschneidende* Senkung des Lohnstandards der belgischen Arbeiterklasse.

Auf drei Jahre sollen die Tariflöhne eingefroren, die realen Löhne um *höchstens* den amtlichen Preissteigerungsindex angehoben werden. Nicht nur, daß das System der „automatischen Lohnanpassung" dem amtlichen Betrug fast unbegrenzten Spielraum läßt. Die Zeitungen mit dem veröffentlichten Regierungsprogramm waren noch druckfeucht, da schrien die Kapitalisten schon danach, „konsequenterweise" müßten nun auch die in diesem Frühjahr bereits abgeschlossenen Tarifverträge und die darin von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhungen, die teilweise erst im Lauf der nächsten Monate oder auch Jahre ausgezahlt werden, außer Kraft gesetzt werden.

Nicht genug: Um 15% – auf drei Jahre sind das umgerechnet 6,7 Mrd. DM – kürzen die Kapitalisten die bisher von ihnen gezahlten Sozialversicherungsbeiträge. 6,7 Mrd. DM, die zukünftig – durch zusätzliche direkte Lohnabzüge und Steuererhöhungen – aus Arbeiterlohn gezahlt werden sollen. Die anderen Maßnahmen des Programms aufzuzählen, reicht der Platz nicht: Es sind fast alles Maßnahmen, die weitere zig Milliarden Lohn in Kapital und Treibstoff für die imperialistische Expansion verwandeln sollen.

Am gleichen Tag, an dem die Finanzbourgeois offen zum Generalangriff bliesen, demonstrierten in Namur fast 80000 Arbeiter aus allen Teilen Walloniens. Die christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführer hatten zur ersten Forderung die Forderung nach „Regionalisierung" erhoben.
Bürgerliche Politiker aller Couleur, alle ..frankophon''. marschierten mit.
Bürgerliche Politiker aller Couleur, alle „frankophon", marschierten mit. Diese bürgerlichen Kräfte, die die Klassenfronten zugunsten künstlicher Widersprüche zwischen „Flamen" und „Wallonen" zu verwischen trachten, prägten das *politische* Bild. Auch wenn die Arbeitermassen, die nach Namur kamen, vollständig entgegengesetzte Beweggründe hatten. Große Abteilungen stehen im Lohnkampf; sie kämpfen für die 36-Stundenwoche und gegen die kapitalistische Rationalisierung. Wie ihre Klassengenossen in Flandern.



Kundgebung in Namur. Delegationen flämischer Arbeiter, z.B. von der seit Monaten besetzten Raffinerie RBP, werden begeistert begrüßt.

Britannien: „Frisches Mandat vom Volk" wird benötigt

z.hef.London. Am 2. April stimmte die größte britische Stahlgewerkschaft, die Iron and Steel Trades Confederation, noch vor der ersten Schlichtungsverhandlung dem letzten Angebot des staatseigenen Monopols British Steel Corporation zu. Es sieht 8% Lohnerhöhung (3% davon „selbstfinanzierend" über Produktivitätsabkommen) und 1 ½ Tage mehr Urlaub (für Angestellte 1 Tag) vor. Putschartige Niederlagsabschlüsse schlossen auch die Führungen der Postarbeitergewerkschaft, der Elektrizitätsarbeiter, der Krankenschwestern und der Arbeiter im Gesundheitswesen ab.

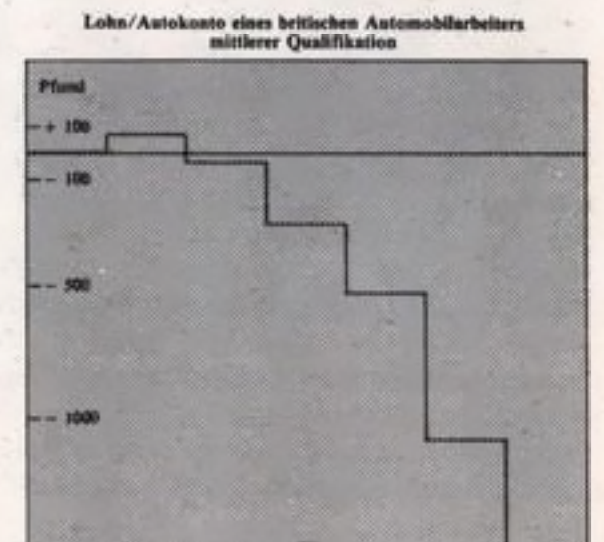
Die Gewerkschaftsführung versucht, der Labour-Regierung Luft zu verschaffen. Am 28. März verlor Callaghan die Abstimmung über einen Mißtrauensantrag der Konservativen Partei, am 3. Mai gibt es Neuwahlen. Der Anlaß des Mißtrauensantrags war die gescheiterte Politik der Regierung in bezug auf die „Teilautonomie" in Schottland und Wales. Der Grund ist – neben diesem Scheitern – vor allem das Scheitern der Regierung, die Massenbewegung gegen die Lohnsenkung zu zerschlagen.

Callaghan beruft sich auf die Erfolge, die er in der Lohnsenkung vor allem in den letzten drei Jahren erzielt hat. Sein Hauptmittel war die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für die jeweilige Lohnleitlinie der Regierung. Die Fäule der Labour-Regierung, die Kampfkraft der Arbeiterklasse gefesselt zu halten, hat sich mehr und mehr verschlissen. Kein Gewerkschaftsführer stimmte öffentlich der letzten Lohnleitlinie zu. „In den letzten Wochen scheint das die vernünftigere Herangehen der letzten drei Jahre vergessen worden zu sein", erklärte der Gouverneur der Bank von England. Im November und Dezember konnten die Kapitalisten die 5%-Lohnleitlinie in der Mehrzahl der Abschlüsse durchsetzen. Nachdem die Fordarbeiter und die LKW-Fahrer die 5%-Linie erschüttert hatten, zerbrach sie unter den Streiks der Arbeiter des öffentlichen Dienstes ab Januar. Inzwischen sehen sich die Kapitalisten in den Betrieben und Branchen, in denen sie 5% durchsetzen konnten, einer breiten Bewegung für zusätzliche Lohnerhöhungen gegenüber.

Im März-Bulletin der Bank von England heißt es deshalb auch an anderer Stelle unter der Überschrift „Die Auswirkungen der Lohnerhöhungen": „Die Aussichten sind offensichtlich schlechter als vor drei Monaten... Als Ergebnis sind die Aussichten für Expansion schlechter, als noch vor einem Jahr erwartet. Für einige Zeit scheint wahrscheinlich, daß die Wachstumsrate im nächsten Jahr nur mäßig sein würde. Jetzt ist es wahrscheinlich, daß der Ausstoß nicht mehr als 2% wächst – oder etwas mehr als 1%, wenn Nordseeöl nicht eingerechnet wird."

Das Finanzkapital plant die Zerschlagung der Bewegung gegen die Lohnsenkung: „Die gerade stattgefundenen Lohnverhandlungen und die sie begleitenden Arbeitskämpfe machen die Notwendigkeit für Änderungen in dem gegenwärtigen Verfahren der Lohnverhandlungen deutlich. Von allen Seiten wird zugestimmt, daß anzustreben ist, daß die nächste Lohnrunde nicht durch soviele Störungen begleitet wird wie die diesjährige."

Mit der bisherigen *Minderheitsregierung* geht das nicht. Deshalb die schnelle Wahl. „Der einzige Weg, die Autorität der parlamentarischen Regierung wiederherzustellen, ist, ein frisches Mandat vom Volk zu suchen, und das schnell", stellt Tory-Führerin Thatcher fest. Callaghan bietet der Fi-



nanzbourgeoisie eine Art konzertierter Aktion nach westdeutschem Vorbild. Thatcher droht offener mit dem Polizeiknüppel gegen Streiks und Streikposten: „Das ist die Herrschaft des Mobs – nicht des Gesetzes." Ihre Regierung werde „die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung als ihre vornehmste Aufgabe ansehen". Und sie schlägt, auch als Mittel gegen den Lohnkampf, einen Steuerschwindel vor: Die Lohn- und Einkommenssteuern zu senken und die indirekten Steuern kräftig zu erhöhen.

PCI für „nationalen Arbeitsdienst"

PCI für „nationalen Arbeitsdienst". Neuwahlen in Italien

z.ulg.Rom. Am vorletzten Montag ist, zum dritten Mal hintereinander, das italienische Parlament vorzeitig aufgelöst worden. Anfang Juni wird gewählt. Nach den Ergebnissen der Kommunal- und Regionalwahlen des letzten Jahres sind Stimmverluste der Revisionisten an die Christdemokraten zu erwarten. Diese rechnen darauf, das Wahlergebnis zum Auftakt für einen Frontalangriff gegen die Gewerkschaften nehmen zu können. Die Revisionisten wären dann zwecks Spaltung am besten in der bereits als „konstruktiv" angekündigten Opposition aufgehoben.

Ebenfalls am vorletzten Wochenende tagte in Rom der 15. Parteitag der PCI. Berlinguer hat sich in seinem Einleitungsreferat bemüht, der Finanzbourgeoisie die Unentbehrlichkeit der Revisionisten zur Führung der Regierungsgeschäfte nachzuweisen, und gleichzeitig betont, keine Schandtat wäre zu groß, als daß man sie ihnen nicht zutrauen könnte. In der Tat, wer will die „Regierungsfähigkeit" einer Partei bezweifeln, die unverblümt für die Einführung des – Arbeitsdienstes plädiert?

Berlinguer: „Es muß daher mit größerem Mut die Debatte über die Projekte eines ‚Nationalen Arbeitsdienstes' wiederaufgenommen werden... Von dieser Funktion (Arbeitsvermittlung und -‚förderung') kann ausgegangen werden, um schrittweise die Aufgaben und Funktionen des Nationalen Arbeitsdienstes zu erweitern, um direkt Projekte für die Jugendlichen und Arbeitslosen zu planen, die Jugendlichen und für Dienste von öffentlichem Nutzen und für weitgehend unbefriedigte gesellschaftliche Bedürfnisse, für landwirtschaftliche Saisonarbeiten zu mobilisieren und um den Unternehmen und den Werktätigen Maßnahmen in Alternative zur Kurzarbeiterkasse vorzuschlagen."

Nachdem sich die Revisionisten im letzten Jahr an einer großangelegten Rentensenkung beteiligt haben, hält der Mann für die neue Legislaturperiode ein Mittel parat, um aus den Rentnern auch die letzte Lebenskraft herauszusaugen – Teilzeitarbeit. „Daher muß die menschliche und moralische Solidarität zwischen den Generationen nicht nur durch gerechtere und wirksamere Hilfen und Rentenformen, sondern auch durch Förderung des Beitrags der Alten zu Formen gesellschaftlich nützlicher Arbeit verfolgt werden."

Indem so alle verfügbare Arbeitskraft tatsächlich auf den Arbeitsmarkt geworfen wird, soll, so Berlinguer, dem „Hauptproblem", Lohnsenkung und ungehemmter Rationalisierung, auf den Leib gerückt werden: „Das Problem der Arbeitskosten ist real, aber das Datum, das ein Land wie Italien, das der Konkurrenz auf dem Weltmarkt entgegentreten muß, interessieren und Sorgen machen muß, sind die Lohnstückkosten. Es geht in der Tat darum, die Werktätigen an der Steigerung der Produktivität und der Produktion zu interessieren." Zu Beginn der 70er Jahre weitgehend durchgesetzte Abschaffung der Akkordarbeit steht der Exportoffensive im Wege.

All das ist freilich nur zu haben, stellen die Revisionisten zur Bedingung, wenn sie endlich in die Ministerien gelassen werden, nicht zuletzt, um der wachsenden Unzufriedenheit in der eigenen Mitgliedschaft begegnen zu können. „Aber Härte und Strenge kann man nur verlangen und kriegen, wenn sie das Fortschreiten der sozialen Gerechtigkeit und den Vollzug einer Erneuerung als Grundlage und Ziel haben." Ausgerechnet ein paar dieser Halunken als Minister sollen dafür die „Garantien" bieten.

Daß sie sich immer noch als Gralshüter der „revolutionären Arbeiter" (Berlinguer) der Arbeiterklasse aufspielen können, daran sind die vereinigten Opportunisten nicht unschuldig, die ihnen 1976 unter dem Schlachtruf „Linksregierung" Flankenschutz beim Einnisten in den Staatsapparat anboten. Derzeit wird eifrig über die Neuauflage des „linken" Wahlkartells debattiert.

Streikrechts aufzudrängen. Im Herbst haben die Gewerkschaftsbünde dazu allgemeine Richtlinien verabschiedet, doch die darin geforderten Durchführungsbestimmungen hat trotz Lamas unentwegtem Drängen noch keine einzige Einzelgewerkschaft beschlossen. Zu offensichtlich ist der Schaden, wenn sich die Gewerkschaften mitten im Tarifkampf selbst ihres wichtigsten Kampfmittels berauben. Jetzt hat die Führung der Einheitsgewerkschaft der Gemeindearbeiter FLEL einen Entwurf für die „Selbstregulierung" vorgelegt, der einer Selbstkastration nahekommt. An der Spitze der „unpopulären und in der italienischen Arbeiterbewegung nicht üblichen" Kampfformen wird angeführt: „der unbefristete Streik", gefolgt von „Dienst nach Vorschrift". „Die FLEL betrachtet den Kurzstreik als ein wertvolles Kampfinstrument... das nicht zu einer Blockierung des Dienstes für den ganzen Tag führt." Selbst solche „Kurzstreiks" müssen nach dem Entwurf sieben bzw. zehn Tage vorher bekanntgegeben werden. Die bürgerlichen Parteien bereiten schon die Umwandlung dieser „Selbstregulierung" in Zwangsgesetze vor. Auf dem PCI-Parteitag hat Berlinguer erklärt: „Es liegt dann am Parlament zu bewerten, ob und durch welche... Lösungen man die weitestgehende Wirksamkeit der Entscheidungen der Gewerkschaften garantieren kann."

British Leyland verhandelt mit Honda über Lizenzproduktion

z.hef.London. Über verschiedene „Möglichkeiten der technischen und geschäftlichen Zusammenarbeit" gehen die Gespräche. In einer Stellungnahme behaupten die British-Leyland-Kapitalisten, daß die „Größe der Produktionspalette und die technischen Grundlagen beider Gesellschaften" Möglichkeiten zur Entwicklung eines kombinierten Programms zum „beiderseitigen Nutzen" eröffne. Konkret verhandelt wird die Lizenzproduktion eines japanischen Autos durch British Leyland in England. Anvisiert haben die britischen Kapitalisten den Honda-Verkaufsschlager „Accord", einen 1600-ccm-Mittelklassewagen, der die Produktion einiger veralteter British Leyland Modelle ablösen soll. Einmal würden sie die Entwicklungskosten für ein eigenes neues Modell sparen. Sie planen mit Hilfe der gleichzeitigen Übernahme der japanischen Fertigungstechniken die Ausbeutung zu steigern. Der Vertrieb der Autos über ihr eigenes Vertriebsnetz soll ihnen insgesamt mehr Marktanteile bringen. Bisher ist British Leyland am britischen Inlandsmarkt mit 20% beteiligt und beutet 195000 Arbeiter aus. Honda verspricht sich von dem Vertrag einen Einstieg in den europäischen Markt.

Sozialimperialisten sichern sich Schürfrechte in Sambia

z.acr.London. „Das bisher beste Projekt der Zusammenarbeit", freute sich ein Sprecher der sowjetischen Botschaft in Lusaka über die Genehmigung der sambischen Regierung, dort nach Erzen suchen zu dürfen. Das bisher größte Projekt der Sozialimperialisten in Sambia ist die Anlegung von 400 Brunnen und die Entsendung von technischen Beratern für die Wasserversorgung des Landes. Bisher mußten sie das Feld weitgehend den westlichen Imperialisten, insbesondere den US-Imperialisten überlassen. Die US-Imperialisten haben über Kredite in Höhe von 35,9 Mio. Dollar 1976 und nochmal 100 Mio. Dollar 1978 die Abhängigkeit Sambias vergrößert. Dafür mußte das Land seine Kobaltproduktion von 1978 3500 Tonnen auf ca. 6000 Tonnen 1979 für den Export in die USA erhöhen. Wegen der Senkung der Kupferpreise durch die Imperialisten – der Anteil des Kupfers am gesamten Export Sambias beträgt ca. 95% – und den Schwierigkeiten beim Transport seiner Exportgüter durch die Nachbarländer zu den Häfen ist Sambia in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Diese Schwierigkeiten nutzen die Sozialimperialisten, um sich verstärkt in Sambia einzumischen.

60000 streiken im öffentlichen Dienst Jamaicas

z.hef. Mehr als 60000 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes und der regierungseigenen Betriebe Jamaicas streiken für Lohnerhöhungen. Die Regierungsbeschäftigten fordern 2000 Jam. Dollar mehr im Jahr, das sind 167 Dollar (ca. 215 DM) im Monat. Die Regierung hat 30 Dollar angeboten. Die Eisenbahnarbeiter legen den Betrieb schon seit dem 23.3. lahm, weil die Eisenbahnverwaltung nicht mit ihrer neuen Gewerkschaft über Lohnerhöhungen verhandeln will. Die Lehrergewerkschaft lehnte ein Angebot von 32,50 Dollar ab und bereitet den Streik vor. – Jamaica ist einer der größten Exporteure von Alumina, dem aus Bauxit hergestellten Aluminium-Vorprodukt. Z.B. beziehen die EG-Länder 38% ihres Aluminas von Jamaica. Bisher ist die Förderung in der Hand der US-Imperialisten. Und die Länder der Internationalen Bauxitvereinigung konnten noch keinen Mindestpreis festlegen. Jamaica ist wegen der Ausplünderung durch die Imperialisten trotz seines Bauxitreichtums hoch verschuldet. Vierteljährlich – zuletzt am 31.3. – führt der Internationale Währungsfond eine Überprüfung der Zahlungsfähigkeit Jamaicas durch. Jetzt finden neue Kreditverhandlungen statt. Jamaica fordert eine Verdoppelung der IWF-Kredite für die nächsten zwei Jahre. Bereits für den letzten Haushalt setzte der IWF Steuererhöhungen und ein Lohnsenkungsprogramm im öffentlichen Dienst durch. Jetzt zielt er auf Massenentlassungen im öffentlichen Dienst.

Mehr „Europäische Demokratie“ wäre der Finanzbourgeoisie bloß recht

z.lup. Die Römischen Verträge, die Gründungsurkunden der EG, sind am 25. März 1957 unterzeichnet worden. Das war ein paar Monate nachdem der Überfall der britischen und französischen Imperialisten auf Ägypten kläglich gescheitert war. Diese hatten mit ihrem Überfall versucht, die Nationalisierung des Suez-Kanals durch Ägypten rückgängig zu machen, um dadurch sowohl den Befreiungskampf der arabischen Völker niederzuhalten, wie auch, um ihre Position im Nahen Osten gegenüber dem US-Imperialismus zu sichern. Diese Intervention ist gescheitert am Widerstand des ägyptischen Volkes und seiner Unterstützung durch die Völker der Welt, aber auch am US-Imperialismus, der bei dieser Gelegenheit klargestellt hatte, daß mit solchen selbständigen Abenteuern der westeuropäischen Konkurrenz Schluß zu sein habe. Die westeuropäischen Imperialisten sind alte Kolonialräuber, die noch nach dem 2. Weltkrieg bedeutende Teile vor allem Afrikas und Asiens unter ihrem kolonialen Joch hielten. Aber der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt hat dieses Joch zerschlagen, und die US-Imperialisten waren eine Supermacht geworden, die in vielen Ländern die Nachfolge der europäischen Imperialisten antrat. Diese Lage hatte das Scheitern der Suez-Intervention zum Ausdruck gebracht, und die europäischen Imperialisten haben aus dieser Lage die Bildung einer imperialistischen Allianz und Wirtschaftsgemeinschaft in Form der EWG gezogen. Daß es dabei unter anderem um Kontrolle und Ausplünderung der Dritten Welt geht, geht aus der Präambel der Römischen Verträge hervor. Die EWG diene dazu, die „Verbundenheit (Europas) mit den überseeischen Gebieten zu festigen.“

Die USA hatten die Gründung der EG direkt gefördert, weil ein gemeinsamer westeuropäischer Markt für ihre Expansion günstig war, und um Westeuropa zum Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu machen, die noch revolutionär war.

Durch die Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht, die mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt, hat sich für die westeuropäischen Imperialisten das Interesse am Zusammenschluß noch verstärkt. Im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft nimmt Westeuropa eine Schlüsselstellung ein, und einer der Zwecke der EG besteht darin, den Einfluß der Supermächte in Europa einzuschränken und gegenüber dem Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte die selbständigen Interessen der westeuropäischen Staaten zu behaupten. Da dies imperialistische Interessen sind, ist dieses Bündnis aber stets zugleich von heftigen Rivalitäten geschüttelt.

Einer der Punkte, an denen das zum Ausdruck kommt, sind die „Rechte des Europaparlaments“. Die Oberhäupter der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas haben in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, das europäische Parlament werde sich „im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln“ müssen und jede Erweiterung seiner Kompetenzen bedürfe „der eindeutigen Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente.“ Die britische Labour Party hat sich schroff gegen eine Erweiterung der Rechte des Europaparlaments ausgesprochen, die französische Regierung ebenfalls, die französischen Sozialisten sind mehr oder weniger auch dagegen. Die SPD schreibt in ihrem „Programm für die erste europäische Direktwahl“: „Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa … Mit dieser Direktwahl verbinden wir Sozialdemokraten die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament … Ihm muß über das bestehende
Rechten für das Europäische Parlament … Ihm muß über das bestehende
Recht, den EG-Haushalt als ganzen abzulehnen, ein Abänderungsrecht für einzelne Punkte des Haushalts zuerkannt werden. Das Parlament muß das Recht der Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung erhalten, es muß die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag des Rates einsetzen und ihnen das Mißtrauen aussprechen können.“

Gegenwärtig hat das Europäische Parlament alle diese Rechte nicht, und schon das macht die „Europawahlen“ zu einer reinen Farce. Hätte es diese Rechte, dann würden diese die nationale Souveränität der westeuropäischen Staaten erheblich einschränken, und das Europäische Parlament würde zu einem wichtigen Instrument der Einmischung durch die größeren westeuropäischen Imperialisten. Das Selbstbestimmungsrecht der westeuropäischen Völker wird bereits durch die Römischen Verträge eingeschränkt. Durch die Schaffung eines gemeinsamen Warenmarktes, eines gemeinsamen Arbeitsmarktes und eines gemeinsamen Kapitalmarktes hat die EG nicht die Widersprüche zwischen den westeuropäischen Imperialisten gemindert, sondern bloß ein Feld geschaffen, auf dem sie sich um so mehr entfalten können und auf dem die größeren unter ihnen ihre Rivalität um die Vorherrschaft in Westeuropa austragen können.

Der BRD-Imperialismus hat davon am meisten profitiert. Auf Grund seiner Überlegenheit in der Ausbeutung der Arbeiterklasse stellt er die unbestritten stärkste Finanzmacht innerhalb der EG dar und tritt seinen westeuropäischen Konkurrenten gegenüber als Gläubiger auf, denen er Kreditbedingungen diktieren kann. Die Devisenbestände des BRD-Imperialismus haben sich seit EWG-Gründung auf 35 Mrd. Dollar versiebenfacht und betragen ungefähr soviel wie die aller anderen EG-Staaten zusammengenommen. Eine „Demokratisierung“ des Europäischen Parlaments wäre dem BRD-Imperialismus angesichts solcher Kräfteverhältnisse schon recht, um die staatlichen Organe der EG zu stärken, die Souveränität der westeuropäischen Staaten weiter abzubauen, und um die EG als Ausgangsbasis seines Expansionsstrebens zu nutzen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie möchte auf zwei Beinen stehen: mit dem einen im Genick der westdeutschen Arbeiterklasse, mit dem anderen im Genick fremder Völker. Will man sie stürzen, dann soll man sie nicht im Ausland Fuß fassen lassen.

„Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt“ – damit die Kapitaloffensive rollt

z. wig. „Die ‚Politische Erklärung‘, die von elf Vorsitzenden sozialdemokratischer Parteien in den neun EG-Ländern am 23./24. Juni 1978 in Brüssel verabschiedet wurde, ist ohne Zweifel ein bedeutendes politisches Dokument.“ Mit dieser Lobeshymne beginnt Horst Seefeld, Mitglied der SPD-Fraktion im Bundestag und Mitglied des Europäischen Parlaments, die Vorstellung des „Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“. Es sei wirklich großartig, daß sich die Vorsitzenden der POSL (Luxemburg), PvdA (Niederlande), PSB (Belgien), PSI (Italien), PSDI (Italien), Socialdemokratiet (Dänemark), Lab (Irland), SDLP (Nordirland), Lab (Großbritannien), PSF (Frankreich) und die SPD trotz der „verschiedenen Probleme in den verschiedenen Ländern“ zu einer gemeinsamen Erklärung zu den Europawahlen zusammengerauft hätten. Besondere politische Bedeutung erhalte diese Erklärung dadurch, „daß auch die spanischen und portugiesischen Sozialisten durch Delegationen in Brüssel vertreten waren und als künftige Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft der Erklärung zustimmten“.

In der Tat spielen die Sozialdemokraten für die Finanzbourgeoisien der Länder der EG eine bedeutende Rolle. Sie spielen sie, wenn es um die ideologische Fesselung der Arbeiterbewegung geht. Seefeld „erwähnt“ nicht umsonst stolz die „70 Millionen Wähler in der Europäischen Gemeinschaft“. Sie spielen sie insbesondere, wenn es um die Interessen der Kapitalisten und Finanzmagnaten an der Ausbeutung und Ausplünderung der Reichtümer der Dritten Welt geht. „Nur ein Europa, das sich mit den Armen der Welt solidarisch erklärt, kann einen echten Beitrag zum Frieden leisten“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, und Willy Brandt erläutert, was unter dieser
der gemeinsamen Erklärung, und Willy Brandt erläutert, was unter dieser
Sorte „Solidarität“ zu verstehen sei: „Der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Länder über Jahrzehnte hinaus auf solidarische Hilfe der Industriestaaten angewiesen sein werden. Diese Hilfe muß schrittweise verstärkt werden“ (Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 61, Dezember 1978). Also Kapitalexport, und das heißt immer, Ausdehnung der Ausbeutung auf fremde Länder.

Die Länder der Dritten Welt in weitere Abhängigkeit von den westeuropäischen Imperialisten zu bringen, das ist eine der entscheidenden Aufgaben der Sozialdemokraten. Besonders die SPD pocht auf beträchtliche Verstärkung der „Bemühungen der einzelnen Gemeinschaftsländer um Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik“. Alle westeuropäischen Imperialisten, insbesondere die westdeutschen Finanzbourgeois, drängten zu dieser „Zusammenarbeit“, wohl wissend, daß gegenüber den beiden Supermächten *allein* kein rechter Fortschritt bei der Unterjochung der Länder der Dritten Welt zu machen ist. Ihres eigenen Vorsprungs sicher, ermahnen sie die anderen westeuropäischen Kapitalisten, mehr zu tun. Mit der bekannten Schmidtschen Arroganz formuliert das SPD-Europaprogramm die Führungsrolle der westdeutschen Imperialisten auch in dieser Frage: „Die Bemühungen müssen insbesondere in den Ländern verstärkt werden, in denen die

Handelsströme in Mio. $ 1977
3. Welt – EG/USA/SU

	Gesamt	Import	Export
EG	161268	85894	75374
USA	106513	63723	42790
SU	21833	6871	14962

Gesamthöhe der Entwicklungshilfe hinter der der anderen zurückbleibt.“

Daß es die Widersprüche der westeuropäischen Imperialisten gegenüber den beiden Supermächten sind, die die gemeinsamen Interessen formen, oder besser gesagt die Räuber zusammentreiben, hält die westdeutschen Imperialisten natürlich keineswegs davon ab, ihren Anspruch als Räuberhauptmann klar zu erheben. Schließlich haben sie ja auch die besten Männer, wenn es um die ideologischen Manöver zwecks Herstellung der „Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt“ geht. Es gibt kaum einen, der so bedacht auf das positive Bild ist, das Europa bei den Ländern der Dritten Welt haben müsse, wie den „Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale und der Nord-Süd-Kommission“ Willy Brandt.

„Eine derartige Politik (Solidarität mit den Armen) kann im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft folgenderweise gefördert werden: In erster Linie dadurch, daß die Gemeinschaft in dem intensiven internationalen Dialog zwischen reichen und armen Ländern eine gemeinsame fortschrittliche Position bezieht“, heißt es dazu im SPD-Europaprogramm unter dem Abschnitt „Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt“, an das Brandt persönlich Hand angelegt haben soll. Diese „fortschrittliche Position“ einzunehmen, fällt nicht schwer. Schließlich seien sie ja keine Supermacht und gegen Ausbeutung sowieso, wie man im SPD-Europaprogramm nachlesen könne. Wenn das nicht reicht für die Herstellung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit! Und außerdem gibt es ja genügend praktische Erfahrung: Das Abkommen von Lomé, geben die französischen Sozialisten Schützenhilfe, „mit mehr als 50 Ländern der Dritten Welt, und vor allem die Garantien einiger ihrer Exporteinkünfte, haben der Welt ein positives Bild von Europa gegeben“.

Das Abkommen von Lomé, das die EG mit den sogenannten AKP-Staaten (Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean) 1975 abgeschlossen hat und das seit 1976 in Kraft ist, sieht vor, daß die AKP-Staaten im Handelsbereich bei über 90% der Waren freien Zugang zum EG-Markt erhalten. Es legt weiter fest, daß die Industrialisierung der AKP-Staaten gefördert wird, und beinhaltet Ausgleichszahlungen zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse der AKP-Staaten. Die EG stellt über den Europäischen Entwicklungsfonds ca. 10 Mrd. DM für einen Zeitraum von 5 Jahren zur Verfügung, die zu 70% als „verlorene Zuschüsse“ vergeben werden sollen. Mit dem Abkommen von Lomé haben sich die westeuropäischen Imperialisten den Zugriff auf die Reichtümer der AKP-Staaten gesichert und die Bedingungen verbessert, sowohl den Waren- als auch den Kapitalexport in diese Länder zu erhöhen. So sind z.B. die Warenexporte der westeuropäischen Imperialisten in die Länder der Dritten Welt von 1975 bis 1977 um 16160 Mio. $, also um 29,4% gestiegen. Auch wenn diese

paprogramm unter dem Abschnitt … um 29,4% gestiegen. Auch wenn diese



Erdnußlager in Senegal – Verkörperung einer gewaltigen Masse menschlicher Arbeit, die sich die Imperialisten zu Schleuderpreisen aneignen wollen.

Europaprogramme der europäischen Sozialdemokraten

Union der Sozialistischen Parteien der EG / „Aufruf an die Europäischen Wähler“

… Für die europäischen Sozialisten sind diese Wahlen nicht Selbstzweck. Sie müssen als zusätzlicher Impuls im Streben nach einem Zusammenleben gesehen werden, das frei ist von Unterdrückung und Ausbeutung. Wir streben alle nach dem gemeinsamen Ziel einer neuen Weltordnung, die auf demokratisch-sozialistischen Grundsätzen beruht. Die Wähler bekommen also die Gelegenheit, direkt am Fortschritt in dieser Richtung mitzuarbeiten.

(…)

Auf die Dauer müssen sich die reichen Länder einrichten auf ein langsameres Wachstum ihres materiellen Wohlstandes, um den Nord-Süd-Konflikt lösen zu können. Erst wenn Europa Zeichen aktiver Solidarität mit den ärmeren Teilen der Welt setzt, wird das zu einem dauernhaften Frieden beitragen…

Verabschiedet auf dem 10. Kongreß vom 10. – 12.1.1979 in Brüssel. Übersetzung aus dem Niederländischen

Europawahlprogramm der PS Frankreichs: „Die Sozialisten für das Europa der Werktätigen“

Beziehungen zur Dritten Welt

Das ist eines der viel zu seltenen Gebiete, wo die Sozialisten die Politik der EG positiv einschätzen. Die Abkommen der Konvention von Lomé mit mehr als 50 Ländern der Dritten Welt und vor allem die Garantie einiger ihrer Exporteinkünfte haben der Welt ein positives Bild von Europa gegeben. Für die beginnende Neuverhandlung dieser Konvention schlagen die Sozialisten vor: Verbesserung der Arbeit des Europäischen Entwicklungsfonds vor allem durch die Beteiligung der Sozialpartner; Verstärkung der Hilfe und langfristigen Finanzierungsmittel der europäischen Länder; Festlegung einer Gesamtpolitik auf Grundlage von Abkommen über gemeinsame Entwicklung, die unter Beachtung der vollen Unabhängigkeit eines jeden, für die Entwicklung von menschlichen, technologischen, landwirtschaftlichen und industriellem Austausch sorgen… Die neuverhandelte Konvention von Lomé muß durch alle ihre Bestimmungen die klar antiimperialistische Haltung betonen, die Europa einnehmen muß…

Europäische Versammlungen und Gemeinschaftsinstitutionen

Die Entwicklung der EG und die Schaffung der Europaräte, bei denen sich die Staats- und Regierungschefs der Neun regelmäßig treffen, haben den Streit über die Supranationalität weitgehend seines Inhalts entleert. Heute ist es deshalb zunächst das Ziel der Sozialisten, im Rahmen der bestehenden Verträge eine bessere demokratische Kontrolle des Gemeinschaftslebens und eine stärkere Beteiligung der Arbeitswelt an der Ausarbeitung zu sichern. Die Europäische Versammlung muß vor allem die wichtige Aufgabe wahrnehmen, alle die Orientierungen zu kontrollieren, die sich heute dem direkten Blick der nationalen Parlamente entziehen. Dennoch sind die Sozialisten einer begrenzten Erweiterung bestimmter Kompetenzen der Gemeinschaft nicht feindlich, wenn die EG die Perspektiven, die in diesem Manifest entwickelt werden, übernimmt.

Verabschiedet vom Leitenden Ausschuß der PS am 21.10.1979

Europawahlprogramm der britischen Labour-Partei

Britannien ist nun etwas länger als sechs Jahre im Gemeinsamen Markt, und es kann keinen Zweifel geben, daß die britische Bevölkerung zutiefst enttäuscht ist über die Erfahrungen der EG-Mitgliedschaft… Unser Recht auf eine eigene demokratische Regierung ist schwerwiegend beeinträchtigt dadurch, daß die EG wichtige Kompetenzen zur Verabschiedung von Gesetzen und zur Erhebung von Steuern übernommen hat… Die Labour-Partei beabsichtigt, all dies zu ändern… Das wird auch eine größere Änderung des Vertrags von Rom bedeuten.

Aus: Die EWG und die Dritte Welt

Die Labour-Partei ist der Meinung, daß die EWG noch sehr viel mehr tun sollte, um die elende Lage der unzähligen Millionen von besitzlosen Menschen in der Dritten Welt zu bessern. Wir begrüßen das Lomé-Abkommen als einen kleinen Schritt vorwärts. Aber wir wünschen gewisse grundsätzliche Änderungen in der EWG-Entwicklungshilfepolitik. Zuerst sollte diese Politik alle bedürftigen Gebiete der Welt einschließen, insbesondere sollte dem indischen Subkontinent sehr viel mehr Hilfe gegeben werden… Die EWG muß die absurde Praxis beenden, daß sie über die Gemeinsame Agrarpolitik die europäischen Zuckerrübenproduzenten subventioniert, während die westindischen Zuckerrohrarbeiter im Elend leben… Insbesondere wenn Westeuropa zu Vollbeschäftigung und einem schnellen wirtschaftlichen Wachstum zurückkehrt, wird dies auch zu einem größeren Markt für Exporteure der Dritten Welt führen und so einen Beitrag leisten zu einer beschleunigten Entwicklung in der ganzen Welt.

Aus: Die Rolle des Europäischen Parlaments

Die EWG-Versammlung ist kein wirkliches Parlament. Es ist richtig, sie hat bestimmte begrenzte Vollmachten. In der Hauptsache jedoch ist sie ein beratendes Organ. Wir meinen, daß das auch so bleiben sollte… Die Labour-Partei ist entschieden gegen jede Ausweitung seiner Vollmachten… Die Grundlage demokratischer Kontrolle muß unserer Überzeugung nach fest verankert sein in dem Recht der europäischen Völker, sich selbst zu regieren, durch ihre eigenen Parlamente ihre eigenen Gesetze festzulegen, ihre eigene Politik, ihre eigenen Prioritäten

Länder der Dritten Welt in dem Abkommen von Lomé durchsetzen konnten, daß die westeuropäischen Imperialisten einen großen Teil der Mittel als Zuschüsse gewähren müssen, so haben die Imperialisten mit dem Abkommen doch ihren Einfluß verteidigt und gestärkt und den Supermächten Terrain auf dem Waren- und Kapitalmarkt abjagen können. Wenn man bedenkt, daß die Zuschüsse vor allem für „Maßnahmen zur Förderung der Infrastruktur" verwendet werden müssen, so versteht man, warum die Finanzbourgeoisie trotz dieser „verlorenen Zuschüsse" über das Lomé-Abkommen ins Schwärmen gerät. Den Kapitalexporteuren werden die Straßen, Stromleitungen, Eisenbahnverbindungen usw. gleich mitgeliefert. Und zusätzlich sind immerhin 30% der Gelder zu verzinsende Kredite (den 2,5 Mrd. DM mit in den Fonds einzahlen müssen, also immerhin über 800 Mio. DM), mit denen sie die Länder der AKP-Staaten in weitere Abhängigkeit bringen.

Dementsprechend reserviert haben die europäischen Imperialisten jetzt bei den Verhandlungen um das Lomé-II-Abkommen in Freeport auf den Bahamas reagiert, (das erste läuft am 1.3.1980 aus) bei denen die AKP-Staaten „Selbstbestimmung im Lomé-Abkommen forderten" wie die Nachrichten für Außenhandel am 30.3. verärgert vermelden. „Die AKP-Staaten sind dagegen zu einem Konsultationsverfahren über ihre allgemeine industrielle und landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme bereit." Auch die Erhöhung der Zuschüsse auf das Dreifache der bisherigen Summe für die nächsten 5 Jahre und die Einführung von festen Preisen für ihre landwirtschaftlichen Produkte und für Rohstoffe, seien Forderungen, die zur Vertagung der Konferenz in Freeport geführt hätten. Soweit soll die Solidarität natürlich nicht gehen, daß die beglückten Länder selbst entscheiden, was ihren Interessen entspricht.

Warum die europäischen Imperialisten und insbesondere die westdeutschen Imperialisten trotz der verlorenen Zuschüsse die „Zusammenarbeit" mit den „armen Ländern suchen", formuliert einer ihrer Kommentatoren in der Zeit vom 23.3. unter der Überschrift „Die deutsche Herausforderung" so: „Schlicht ausgedrückt: Nur noch exportieren, das geht aus mancherlei Gründen heute nicht mehr. Wer Auslandsmärkte halten oder besser erschließen will, muß vor Ort auch produzieren, und da hat das Exportland Bundesrepublik, in dem jeder fünfte Arbeitnehmer für die Ausfuhr arbeitet, einen Nachholbedarf, der sich sehen läßt: Die Auslandsproduktion von Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne übertrifft die Exporte um das Vierfache..., die Deutschen schaffen aber gerade ein Drittel dessen im Ausland, was sie exportieren. Peter von Siemens' Spruch, die Bundesrepublik sei ‚Exportriese und Investitionszwerg', gilt also heute noch."

Es geht den westdeutschen Imperialisten um die Ausdehnung des Kapitalexports, wenn sie von der gemeinsamen Entwicklungspolitik der EG reden und die Sozialdemokraten von dem „Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt" schwärmen lassen.

Um die Sicherung des exportierten Kapitals geht es ihnen beim zweiten wichtigen Einsatz, den sie für die Sozialdemokraten vorgesehen haben: Bei der Infiltration in die Befreiungsbewegungen und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der Dritten Welt. „Die Grundprinzipien der Zusammenarbeit sind:
– Die Verpflichtung der Gemeinschaft für einen umfassenden Fortschritt der Entwicklungsländer zu wirken
– Die volle Anerkennung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer und ihr Recht auf Freiheit ohne jegliche politisch und wirtschaftlich motivierte Intervention... Gleichzeitig muß die Gemeinschaft in vorderster Front im Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt stehen und, wo immer möglich, ihren Einfluß bei diesem Kampf zur Geltung bringen." (gemeinsame Erklärung)

Noch dreister haben die westdeutschen Sozialdemokraten die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder der Dritten Welt in ihrem Europaprogramm festgehalten: „Die derzeitige Lebenssituation der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern erfordert von der europäischen Gemeinschaft eine Politik, die zur Stärkung der demokratischen Kräfte in diesen Staaten führt... Die durch die Entwicklungsländer geforderte gerechte Verteilung des Wohlstandes in weltweitem Rahmen sollte durch grundlegende innere Reformen der Entwicklungsländer unterstützt werden".

Die rege Reisetätigkeit der erlauchtesten Vertreter der europäischen Sozialdemokraten insbesondere in Afrika dient der Verwirklichung dieser in den Programmen der Sozialdemokraten formulierten Politik, so z.B. die Reise einer Delegation der „Sozialistischen Internationale" unter der Leitung des „Vizevorsitzenden Olaf Palme" vom 2. bis 11. September 1978 nach Angola, Sambia, Botswana, Mozambique und Tansania. Uwe Holz, MdB und Mitglied der Delegation, berichtet unter der Überschrift: „SI Mission in das Südliche Afrika": „Im März 1977 hatte die Sozialistische Internationale beschlossen, eine Delegation in die Frontstaaten des südlichen Afrika mit einer dreifachen Aufgabe zu schicken: Solidaritätsbekundung mit den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und Südafrika, Kontaktförderung zu Regierungen und Parteien der Frontstaaten, Studium der Realität im südlichen Afrika vor Ort... In Rhodesien wird gekämpft. Zur gleichen Zeit gibt es ernsthafte Anstrengungen auf der Basis der Mehrheitsherrschaft, eine friedliche Lösung zu finden. Die Mitglieder der SI Mission ziehen eine friedliche Lösung vor... Auch die Befreiungsorganisationen sind keine monolithischen Organisationen. Jeder, der mit Vertretern der Befreiungsorganisationen gesprochen hat, wird merken, daß es unterschiedliche Auffassungen und Strömungen gibt." Es wäre doch gelacht, wenn die Herren der Sozialistischen Internationale das nicht zur Zersetzung nutzen könnten.

Nur ein Europa, das sich mit den Armen der Welt solidarisch erklärt, kann einen echten Beitrag zum Frieden leisten! Mit ihrem Blut müßten die unterdrückten Völker diesen Frieden zahlen.

Britische Labour-Partei: „Freier Zugang für Einfuhr von neuseeländischer Butter, Lamm..."

z.rül.London. „Die EWG muß die absurde Praxis beenden, daß sie über die gemeinsame Agrarpolitik die europäischen Zuckerrübenproduzenten subventioniert, während die westindischen Zuckerrohrarbeiter im Elend leben..." Denn „Britanniens Geschichte als eine imperialistische Macht legt unserer Außenpolitik besondere Verpflichtungen auf..., daß die Kluft der Armut geschlossen wird." (Die EWG und Britannien, Labour 1976).

Anläßlich der EG-Wahlen fordert die Labour-Partei: „drastische Reduzierung der Stützpreise..., freien Zugang für... neuseeländische Butter und Lamm, kanadischen Weizen und Käse, australisches Rindfleisch."

Auch als EG-Mitglied wollen die britischen Imperialisten ihre „besonderen Beziehungen" zu alten Kolonialgebieten nutzen, um sich deren Rohstoffe und Lebensmittel weiterhin zu Spottpreisen unter den Nagel zu reißen. Gestützt auf die billigen Lebensmittelpreise wollen sie die Löhne der Arbeiter niedriger halten als die imperialistische Konkurrenz. Von Neuseeland kassierten sie noch 1967 über die Hälfte seines Exports an Landwirtschaftsprodukten, zu Preisen, die 40, 50, teilweise 100% unter den EG-Preisen liegen.

Die EG-Agrarmarktordnung mit ihren Zöllen und Importbeschränkungen ist der Hebel, mit dem die anderen Imperialisten diesen Konkurrenzvorteil in den letzten Jahren untergraben haben.

So zwangen sie die britischen Imperialisten 1976 bereits zum Import von 275000 Tonnen EG-Butter zu 1000 Pfund je Tonne, während sie den Import neuseeländischer Butter (600 Pfund je Tonne) auf 145000 Tonnen begrenzten.

Für ihre sozialchauvinistische Hetze gegen die imperialistische Konkurrenz und gegen die Völker der 3. Welt verdreht die Labour-Partei die Erfahrungen der Arbeiterklasse, um sie als Munition für ihre imperialistischen Ziele einzusetzen. So stiegen die Lebensmittelpreise offiziell von 1973 bis 1977 um 94,8%; der Pro-Kopf-Verbrauch von Milch, Eiern, Frischgemüse, Rindfleisch, Butter etc. fiel seit 1967 um 10–20%, während der Verbrauch von Margarine, Schweinefleisch und Dosengemüse stieg. Der entscheidende Grund dafür ist der gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die britische Finanzbourgeoisie und die Lohnsenkungen der letzten Jahre. In der Labour-Propaganda dagegen ist dies Ergebnis der EG-Agrarpolitik und damit der Politik der übrigen Imperialisten in der EG.

Statt für die „skandalösen Nahrungsmittelüberschüsse" will die britische Finanzbourgeoisie Steuergelder für die Umwälzung des Produktionsapparates zwecks Steigerung der Ausbeutung verwenden. Dies hat ihr Callaghan auf dem EG-Gipfel in Paris schon zugesichert: „Das Geld, das für die Lebensmittelüberschüsse verwandt wird, sollte für Hilfen an die Industrie und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit verwandt werden."



Aus seiner neuseeländischen Halbkolonie holt der britische Imperialismus immer noch landwirtschaftliche Produkte zu Schleuderpreisen, z.B. Lammfleisch.

Sozialistische Partei: Mehr Stahl aus Frankreich in alle Welt

z.pel.Paris. 27000 Entlassungen, Stillegung wenig produktiver Werke, rasche Steigerung der Produktivität durch Einführung neuer Maschinerie – z.B. neue Sauerstoffstahlwerke –, das ist der Schlachtplan der französischen Finanzbourgeoisie im Kampf um den Weltstahlmarkt. Die Regierung Barre steht für diesen Plan. Streiks der Arbeiter im gesamten Usinor-Konzern am 6.4., gemeinsame Beratung Tausender aus allen Werken in Dünkirchen, Beharren der Kapitalisten auf ihren Plänen markieren die Entwicklung der letzten Woche. Doch die Schroffheit des Klassengegensatzes steht in Widerspruch zur fehlenden Einheit in der französischen Arbeiterklasse über die Ziele des Kampfes.

Die Revisionisten betreiben die Liquidierung des Kampfes der Arbeiter für ihre selbständigen Klasseninteressen unter der Fahne des gemeinsamen Kampfes mit der Bourgeoisie für „Autarkie" und gegen die „westdeutsche Hegemonie". Die Sozialistische Partei versucht unter der Forderung „Expansion ohne Entlassungen, für ein Europa der Arbeiter", die Führung der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Ihr Vorschlag: „Unter Zurückweisung einer Verkleinerung des französischen Anteils in der Gemeinschaft halten wir eine europäische Position für unerläßlich, vor allem angesichts der Drohungen gewisser Länder". (Stahlplan S. 10)

Der demagogischen Behauptung, kapitalistische Expansion aus der Krise heraus ohne Entlassungen und Vernichtung von Kapital durchführen zu können, entspricht der Sozialchauvinismus gegen die Länder der Dritten Welt. Aus einer beherrschenden Stellung in Europa soll – zunächst im Bündnis mit dem westdeutschen Imperialismus – der Angriff auf die Bedrohung durch den Aufbau einer Stahlindustrie der Länder der Dritten Welt geführt werden. „Dort wird ein expandierender Markt entstehen... Frankreich kann, wenn es seinen Produktionsapparat erweitert, daran teilhaben." (S. 4)

Von 22 auf 31 Mio. t soll die französische Stahlproduktion nach den Vorstellungen der PS bis 1981 gesteigert werden: mit Hilfe einer fünften Schicht, der breitflächigen Einführung des Stranggußverfahrens u.a. Eine Tonne Stahl in vier statt in acht Stunden ist das Ziel. Dieser ungeheuren Verdichtung des Arbeitstages werden nur die robustesten Arbeiter widerstehen, die „Verhinderung" von Massenentlassungen wird in Tausenden von Frühverrentungen enden. „Es geht heute darum, anders zu leben und zu arbeiten", schreibt die Sozialistische Partei doppeldeutig. *Kürzer* leben und *härter* arbeiten. Mitterand kämpft um Regierungssitze, die Finanzbourgeoisie vermerkt seine Anstrengungen mit Wohlwollen.



Mit der Trikolore für Frankreichs Stahl. Die Delegation der PS auf der Demonstration am 23. März.

... Das Recht des Unterhauses, europäische Gesetze, die auf das Vereinigte Königreich Anwendung finden, zu ändern oder zurückzuweisen, muß geschaffen werden, wenn die Rechte der Wähler gesichert werden sollen, über die Politik zu entscheiden.

Europawahlprogramm der italienischen Sozialisten: „Sozialistisches Projekt. Eine Alternative für Europa."

Zur Politik gegenüber der Dritten Welt

Die einzige wirkliche historische Perspektive, vor der Europa in den Beziehungen mit der Dritten Welt steht, liegt in der Wiederaufnahme des Nord-Süd-Dialogs auf Grundlage der Prinzipien der Ablehnung jeder Hegemonie, der Verminderung der Abhängigkeiten, der Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Solidarität. Das Ziel ist, eine neue Weltordnung zu erreichen, die die Völker der Dritten Welt von jeder Unterdrückung befreit und in diesem Zusammenhang Europa eine positive und international bedeutende Rolle zuschreibt.

Zur Rolle des Europäischen Parlaments

Die negativen Reaktionen und die von einigen Seiten, besonders von Elysee, in den Weg gelegten Hindernisse zeigen klar, daß die wachsende Rolle des Europäischen Parlaments eine immer stärkere Barriere gegen die partikularistischen Interessen und die Bestrebungen des ungezügelten Kapitalismus darstellen wird, die sich heute patriotisch in die Gewänder des Nationalismus hüllen... Es stellt sich das unmittelbare Problem, das Gewicht des Europäischen Parlaments bei der Festlegung des Haushalts zu stärken... Und es stellt sich die Frage, eine Konzertierung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission auf der Ebene der dem Rat vorzulegenden Vorschläge festzulegen.

In Wirklichkeit wird das Problem, das Parlament in eine zu einer wirklich europäischen Politik fähige Konstituante umzuwandeln, wenn es die Beziehungen mit den nationalen Regierungen und der Institution, die sie vertritt (dem Ministerrat), zum ständigen Terrain der Auseinandersetzung hat, realistische Aussichten auf einen positiven Ausgang in dem Maße haben, wie das sozialistische Lager stark und breit aus den Juniwahlen hervorgehen wird.

Sinistra europea, febbraio/marzo 1979

Sozialdemokraten Dänemarks führende Beutelschneider

z.bag.Aarhus „Wir wollen die EG mit den Anschauungen und der politischen Haltung prägen, die dem Einsatz der Sozialdemokratie für die dänische Gesellschaft zugrundeliegen." (Aus der Stellungnahme der dänischen Sozialdemokraten zur EG-Wahl, verabschiedet im Dezember 1978.) Wenn ihnen das gelingen sollte, stehen den Volksmassen der EG-Länder Ausplünderungen mittels Steuern und Gebühren in kolossalem Ausmaß bevor. Helmut Schmidt weiß, warum er den „kleinen" Anker Jörgensen in sein Imperialistenherz geschlossen hat: vorbildlich schafft er dem Finanzkapital Gelder herbei und versteht das sogar noch als demokratischen Sozialismus zu verkaufen.

Unter sozialdemokratischer Regierung gelang es in Dänemark, die Steuern und Abgaben insgesamt zwischen 1967 und 1976 von 28116 auf 104377 Mio. Kronen zu steigern, dazu die Mehrwertsteuer von 1968 bis 1977 von 4906,7 auf 21034,7 Mio. Kronen. Mit einer ausgeklügelten „progressiven" Lohn- und Einkommensteuer lauben sie von den am stärksten vertretenen Lohngruppen (Facharbeiter und mittlere Angestellte der öffentlichen Dienste, 150000 bis 175000 Kronen im Jahr) 45–51% des Lohns an Steuern in den Fängen des Staatsapparates. Im neuesten Grundsatzprogramm der Sozialdemokraten (September 1977) wird unter der Losung des „demokratischen Sozialismus" ein weiterer Ausbau des Staatsapparates geplant, wozu „ein weit gerechteres und geschmeidigeres Steuersystem notwendig sei."

Gleichzeitig sieht das Grundsatzprogramm die Senkung der öffentlichen Ausgaben für die Volksmassen vor und verbindet das geschickt mit der Einführung des Arbeitsdienstes. Es heißt dort: „Sozialrenten, Krankengeld, Ausbildungsunterstützung usw. könnten ersetzt werden durch einen von der Gesellschaft gezahlten Minimumlohn für alle – verbunden mit der Pflicht, soweit man dazu in der Lage ist, begrenzte Arbeitsaufgaben für die Gemeinschaft zu leisten" (Grundsatzprogramm).



„Nein zur EG-Mehrwertsteuer". Unterschriftensammlung.

Die Bauern im Landkreis Lüchow-Dannenberg – systematisch durch die Landesregierung gelegt

r.düb. Ministerpräsident Albrechts Versuche, mit der vorübergehenden Einstellung der Bohrungen in Gorleben und der Mammutshow der Wissenschaftler ein günstiges Klima vor dem Eintreffen der Treckerdemonstration der Bauern aus Lüchow-Dannenberg zu schaffen, haben die Bauern nicht täuschen können. Seine Aufforderung, doch auch nach Bonn zu marschieren, wurde mit Pfiffen beantwortet. Er hat von Preis- und Absatzgarantien gelogen. Die Landwirte haben dem Atomknecht zu verstehen gegeben, daß sie nicht gekommen sind, um zu prüfen und abzuwägen, sondern daß sie eine klare Entscheidung gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verlangen.

Der Kampf der Bauern im Landkreis Lüchow-Dannenberg richtet sich nicht gegen das Atom, sondern gegen die seit Jahren systematisch betriebene Ruinierung der Bauern durch die Politik der Landes- und Bundesregierung und dagegen, daß der Bau der WAA sowohl direkt durch Enteignungsverfahren, wie durch die Auswirkungen auf ihre Produkte ihren Ruin noch beschleunigt. Durch die Grundwasserabsenkungen wird der Bau von Beregnungs- und Pumpanlagen notwendig, höhere Luftfeuchtigkeit, mehr Nebel und Landregen würden den Wert der Rüben und des Getreides mindern, die Milch bei höherem Jodgehalt unverkäuflich machen. Die Betriebsgrößen im Landkreis Lüchow-Dannenberg sind so, daß in der Rinderzucht die Milchproduktion im Vordergrund steht, 66 Tds. t jährlich produzieren die Landwirte des Kreises. Der Milchpreis wurde seit Februar bereits um rund 10 Pfennig gesenkt, für Milch, die wenigstens 4% Fett haben muß, erhalten die Bauern gegenwärtig um die 53 Pfennig. Von den ehemals 4900 landwirtschaftlichen Betrieben über 2 ha bestehen noch rund2300, die Hälfte als Nebenerwerbs- oder Zuerwerbsbetriebe, eben jene, die „in nichtentwicklungsfähigen Wirtschaften die Produktionskapazitäten festhalten, die zum Aufbau der entwicklungsfähigen Betriebe gebraucht werden". Das Festhalten der kleinen und mittleren Bauern an ihrem Land als Grundlage ihrer Existenz ist im Wege für eine kapitalistisch betriebene Landwirtschaft und ist ein Hindernis für den Ausbau des Verkehrsnetzes und den Bau von Großanlagen für die Kapitalisten, sie müssen weg. Die Ziele, die dazu im Landesentwicklungsplan, noch unter Kubel vorgelegt, genannt sind, wurden unter der Regie der Albrecht-Regierung noch erheblich übertroffen, die Gangart soll weiter beschleunigt werden. Als Instrumente dafür dienen die Preis- und Steuerpolitik des Dorferneurungsprogramms, dessen Fortführung gerade beschlossen wurde, die Fortschreibung des Flurbereinigungsprogramms der niedersächsischen Landesregierung für 77 bis 81 auf der Grundlage des um wichtige Paragraphen erweiterten Flurbereinigungsgesetzes der Bundesregierung aus dem Jahr 1976.

Im 1977 verabschiedeten Flurbereinigungsprogramm Niedersachsen heißt es: „Vorrangig geht es darum, dem jeweiligen Unternehmensträger durch Bodenordnungsmaßnahmen die von ihm benötigten Flächen lagerichtig auszuweisen (...) das geeignete Instrument ist hierfür der § 87 ff". (Entscheidung aus besonderem Anlaß). Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, hatte die Kubel-Regierung eine Agrarkarte vorgelegt, als Orientierungshilfe für großräumige Sanierung. Wie man dort sehen kann, sind große Gebiete landwirtschaftliche Fläche im Kreis Lüchow in der Kategorie 3, landwirtschaftliches Problemgebiet und die Kategorie 4, Problemgebiet mit Rezessionstendenzen, eingestuft, die Flächen um Gorleben und Lüchow, die für die Anlage von Fabriken gebraucht werden oder wie für den Standort als WAA. Sie sollen vorrangig in Brachland verwandelt werden. Für den Entwicklungsraum Lüneburg waren das 1973 77705 ha von denen 24000 ha in Brachland verwandelt werden sollten. Für „Landauffang" zur anderweitigen Verwendung ist den Bauern im Gebiet Lüneburg allein 77460 ha landwirtschaftliche Nutzfläche abgeknöpft worden, weitere 350 ha kostenlos im Rahmen des § 47 Flurbereinigungsgesetz. 1977 wurden im Regierungsbezirk Lüneburg 68 Verfahren durchgeführt für eine Fläche von 71944 ha, davon 63185 ha für die Maßnahmen des Verkehrs, Wasserwirtschaft und Umweltschutz.

20 Verfahren wurden unter Anwendung des § 91, beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren durchgeführt. Die betroffenen Landwirte können vor der Einleitung gehört werden, der Mitteilungsbeschluß braucht nicht mehr öffentlich auszuliegen. Die Kosten für die Flurbereinigung haben allein im Landkreis Lüneburg 1977 7,4 Mio. betragen, mit mindestens 20% müssen die Bauern selber ihren Ruin bezahlen. 22 Landwirte waren damit gezwungen ihren Hof aufzugeben, die Verpachtung auf 12 Jahre hat ihnen Albrecht durch Erlaß dieser Kosten „erleichtert". 312 Bauern haben Landabgaberente in den letzten drei Jahren beantragt, Voraussetzung ist daß der Hof abgegeben wird.

Bauern aus Gartow, Jeetzel, Trawehn haben mit Abordnungen zum Regierungspräsidium in Lüneburg gegen das Flurbereinigungsgesetz protestiert, 181 von ihnen wurden dadurch ruiniert. Eine Unterschriftensammlung gegen das Flurbereinigungsverfahren im Gebiet Untere Dumme wurde von 90% aller Bauern dort unterstützt, 20 bis 30 Bauern haben geklagt. Wer ruiniert ist, kann sehen, wie er durchkommt. Albrecht setzt darauf, daß die so gelegten Bauern als billige Arbeitskräfte vernutzt werden können. Mit den Förderungsmaßnahmen der Regierung sollen „Disparitäten ausgeglichen werden", heißt es im Landesentwicklungsplan, tatsächlich mußten die Arbeiter im Landkreis Lüchow im Durchschnitt 150 Arbeitsstunden jährlich mehr leisten als im Durchschnitt Niedersachsens, die Stundenlöhne (Lohnsumme) lagen um 6,40 DM unter dem Durchschnitt des Landes. Mit seinen Lügen kommt Albrecht nicht weit.

wirtschaftliches Problemgebiet und die

Lügen kommt Albrecht nicht weit.

HBV: Mit Autokorso Lohnkampf gestärkt



Am 7. April führten Mitglieder der Gewerkschaft HBV in Hamburg einen Autokorso zur Unterstützung ihres Tarifkampfes durch. Erstmalig waren neben Bank- und Versicherungsangestellten auch andere Mitglieder der HBV aufgerufen, sich zu beteiligen. Zeichen der Vereinheitlichung in der stark zersplitterten HBV. Rund 60 PKWs, mit den Forderungen der HBV geschmückt, zogen über eine Stunde im Konvoi durch die Innenstadt. Wo der Korso zum Stehen kam, wurden Flugblätter zum Ausgang der zweiten Verhandlungsrunde, in der die Kapitalisten ganze 3,8% geboten hatten, verteilt. Die Aktion stieß auf großes Interesse und z.B. Bauarbeiter am Straßenrand stellten sich spontan auf die Seite der HBV'ler. Nach dem erfolgreichen Warnstreik am 30. März von 6.45 bis 8.00 Uhr im Großrechenzentrum der Deutschen Bank Hamburg, haben die gewerkschaftlich organisierten Angestellten des Bank- und Versicherungsgewerbes mit dieser Aktion ihren Zusammenschluß gegen die Kapitalisten gefestigt und ihre Entschlossenheit bekundet, weitere Kampfmaßnahmen für einen annehmbaren Tarifabschluß durchzuführen.

Tarifabschluß durchzuführen.

Wachsender Widerstand der Bauern und ländlichen Bevölkerung gegen Zwangswasseranschlüsse

r.ulh. Zügig will die schleswig-holsteinische Landesregierung die Bauern und die gesamte Landbevölkerung an die zentralen „Wasserversorgungseinrichtungen" anschließen. Solange die Bauern das Wasser aus eigenen Brunnen benutzen, sieht sich die Bourgeoisie nicht in der Lage, Gebühren für Wasser und Abwasser zu erheben, das Wasser muß daher erst zur Ware in der Hand der Bourgeoisie werden. Gleichzeitig werden die Bauern gezwungen, die Kosten für den Wasseranschluß zu übernehmen, so daß sie der Bourgeoisie diesen Teil der kapitalistischen Erschließung des Landes finanzieren.

Völlig widersinnig ist der Wasseranschluß für die Bauern, die sich leicht selber mit Wasser versorgen können. Den Anschluß einmal durchgesetzt, meint die Bourgeoisie sich jede Frechheit rausnehmen zu können: In Havighorst bei Kiel wurde einem Bauern, der ca 10 ha bewirtschaftet, die Rechnung aufgemacht, daß er auf jeden Fall 300 DM Wassergebühren zahlen muß, auch wenn er weniger Wasser beziehen würde.

Die Bourgeoisie hat sich genau überlegt, wie sie den Zusammenschluß der Bauern erschweren kann. In Verbindung mit den Flurbereinigungsmaßnahmen versucht sie, ein Dorf nach dem anderen zu „bewältigen". Wo der Widerstand zu groß ist, spart sie sich auch einige Dörfer für später auf, um zwischenzeitlich Maßnahmen zu ergreifen oder wirken zu lassen, die dem einen oder anderen Dorfbewohner den Wasseranschluß erforderlich erscheinen lassen, insbesondere, um zwischen den Bauern und anderen Dorfbewohnern zu spalten. Wird z.B. über Drainagemaßnahmen im Zuge der Flurbereinigung der Grundwasserspiegel gesenkt, können einige Flachbrunnen versiegen, wodurch deren Besitzer eher für einen Wasseranschluß gewonnen werden können.

Im ganzen Land gibt es Widerstand gegen die Zwangsanschlüsse, so hat sich in Rabenkirchen bei Arnis die Mehrheit des Dorfes gegen den Zwangsanschluß ausgesprochen. In Tolk bei Schleswig sind Erpressungsversuche der Landesregierung zurückgewiesen worden. In Langballigau bei Flensburg haben die Einwohner den Bau der Hausanschlüsse verhindert. In Lees bei Flensburg konnte gerade ein Teil der Anschlüsse durchgesetzt werden und in Barmissen bei Kiel hat die Bourgeoisie seit drei Jahren überhaupt nichts erreicht.

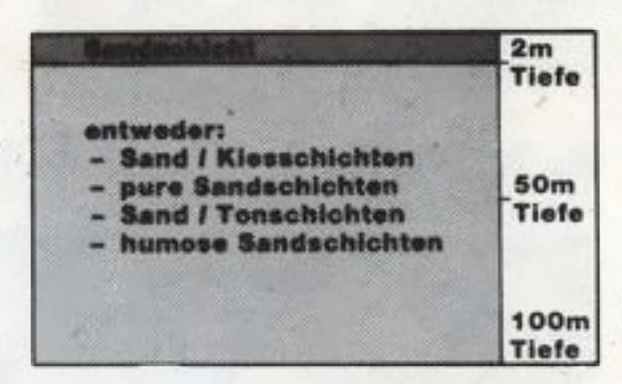
Der Kleinbauer Johannes Jöns aus Oster Ohrstedt, Kreis Nordfriesland, der mit 75 Jahren und 8 ha Land 11 Stück Vieh halten kann, kämpft hartnäckig gegen die Zahlung des Kapitaldienstes für die Flurbereinigung, denn sie hat ihm überhaupt nichts gebracht. Mittels Haftbefehl sollte das Geld jetzt letzte Woche eingetrieben werden, denn die Bourgeoisie weiß, daß eine Inhaftierung die Ruinierung des Bauern Jöns bedeutet. J.Jöns ließ sich nicht einschüchtern, mit Unterstützung einiger Nachbarn wurden zwei Gerichtsvollzieher unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt. Vor Gericht mußte der Haftbefehl jetzt als „sittenwidrig" zurückgezogen werden.

Jetzt hat J.Jöns Widerspruch eingelegt gegen die Zahlung der Reparatur einer Wasseruhr, die im Winter eingefroren war, denn er wollte und brauchte den Anschluß nicht.

„Ohrstedt, den 28.3.79
An den Wasserbeschaffungsverband „Treene", 2251 Wittbek
Am 2. März 79 erhielt ich eine Rechnung über Reparatur eines Wasserzählers in Höhe von 80,62 DM. Seit dem 1.1.79 habe ich Wasser mehr abgenommen, werde auch in den nächsten zwei bis drei Monaten kein Wasser abnehmen. Auch in Zukunft werde ich jedes Jahr vom 1. Oktober bis zum 1. Mai das Wasser nicht mehr benutzen, um weiterhin solchen Kosten aus dem Wege zu gehen, da ich mir solches nicht leisten kann. Ich bitte um Auskunft: Muß ich trotzdem für die Zeit der Nichtabnahme Wassergebühren zahlen?
Hochachtungsvoll J. Jöns

Wozu eigentlich Flachbohrungen in Gorleben?

r.anh. Zwei Fahrzeuge der Celler Firma „Brunnenbau" sind von der DWK seit dem 14. März damit beauftragt, sogenannte Flachbohrungen an verschiedenen Stellen des Baugeländes in Gorleben durchzuführen. Worum handelt es sich dabei? Die DWK schreibt in einem per Zufall veröffentlichten Papier: „Zur grundsätzlichen Beurteilung des Baugrundes werden 15-20 Bohrungen niedergebracht, die etwa 30 m tief sind und jeweils 4-8 Wochen dauern." Was die Kraftwerkskapitalisten als erstes interessierte, waren die Wasserverhältnisse, denn sie benötigen für den Bau der Anlage riesige Mengen an Grundwasser, was den Bauern dann entzogen wird. (vgl. dazu letzte KVZ) Alle weiteren Untersuchungen und Bohrungen dienen der Erkundung des Bodens bis zu einer Tiefe von 95 m. Angewandt werden sogenannte Schlauchkernbohrungen (betätigt mit Wasserdruck) und ein Bohrgestänge mit einem Durchmesser von 5-6 cm. Die Bodenbeschaffenheit ist in diesem Raum geologisch und tektonisch (die Erdbewegungen betreffend) günstig für die Kapitalisten und ihre geplanten Großanlagen. Nach der geologischen Karte Lenzen (1901/02), Maßstab 1:25000, läßt sich die Bodenbeschaffenheit im Raum Gorleben wie folgt skizzieren:



Günstig ist diese Bodenbeschaffenheit deshalb, weil diese Erdschichten leicht zu bewegen sind, andererseits gegen Erdverschiebungen relativ gut abschirmen. Genaue Daten über die ersten Bohrungen wollte die DWK dem Verfasser nicht geben, mag sein, sie fürchtet, daß Einzelheiten über das Ausmaß der geplanten Grundwasserabsenkungen darin erkennbar sind.

Neues Psychiatriegesetz in Bremen

r.ula. All diejenigen, so der einmütige Wille der Bürgerschaft, deren Nerven in der Ausbeutung verschlissen sind, sind zwangsweise in Anstalten zu kasernieren. „Sind gewichtige Gründe dafür vorhanden, daß eine Person aufgrund einer Psychose, einer Suchtkrankheit oder wegen Schwachsinns sich selbst oder die öffentliche Sicherheit zu gefährden droht, kann die Behörde sie zur Untersuchung in der Sprechstunde auffordern. Folgt die Person... nicht, ...Hausbesuch durchzuführen... aufgrund richterlicher Anordnung vorführen lassen... das Recht, ...die Wohnung, ...zu betreten. Die Polizei leistet... Vollzugshilfe." Eine Gefahr sind sie tatsächlich für die Bourgeoisie, insofern sie lebende Beispiele der verheerenden Folgen der Ausbeutung sind. Und in diesen Anstalten gilt nach neuem Gesetz: „Beruhigungsmittel dürfen bei krankhaften, die Ordnung der Anstalt erheblich störenden Erregungszuständen... zwangsweise beigebracht werden." Was nach altem Gesetz nur bei Lebensgefahr erlaubt war, ist jetzt bei einfacher Ruhestörung verordnet. Sodann werden die ‚Unheilbaren' aussortiert und unter dem Motto der „Bewahrung vor den Psychatriemauern" in Spezialwerkstätten schnell, billig und restlos verschlissen. Über die neue staatliche Zwangseinweisung werden die Konzentrationslager wieder gefüllt.

Umweltschutzverrenkungen der Bourgeoisie – immer blöder

r.ulh. Das Landwirtschaftsministerium in Kiel hat die Flucht nach vorn angetreten. Die Elbe sei im Bereich der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen als abwassertechnisch saniert anzusehen. Das ist die Antwort der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf das Gutachten von Wissenschaftlern, das gestützt auf die Berichte von Fischern nachgewiesen hat, daß das Fischsterben im Mai 78 auf die Einleitung von Industrieabwässern im Bereich Brunsbüttel zurückzuführen ist. Damals hatte der entsprechende schleswig-holsteinische Minister als Grund für das Fischsterben folgende abenteuerliche Begründung aufgetischt: „Die plötzliche Verringerung des Sauerstoffgehalts ist die Folge einer innerhalb sehr kurzer Zeit eingetretenen Temperaturerhöhung des Elbwassers... Außerdem habe ein gleichzeitig eingetretener ungewöhnlich hoher Oberwasserabfluß zu einer Verschiebung der Brackwasserzone ... flußabwärts geführt." Zu deutsch: gleichzeitige Flut- und Hitzewelle. Um sich nicht in solch abenteuerliche Ereignisse verstricken zu müssen, erklärte SPD-Matthiesen am 6.4.: „Vorbeugen

SPD-Matthiesen am 6.4.: „Vorbeugen
ist besser als nachträglich heilen. Ausgehend von diesen Grundsätzen bedeutet dies, daß der Umweltschutz verpflichtendes politisches Prinzip für die Landesregierung sein muß." Wenn man aber die Praxis der Hamburger SPD schließen darf, heißt das folgendes: Seit Jahren hat der Hamburger Senat eine Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe (ARGE) eingesetzt. Die meldet in regelmäßigen Abständen, daß mit dem Elbwasser alles zum Besten stehe. Dummerweise auch damals, als die toten Fische zu Tausenden aus der Elbe gefischt wurden. Die Umweltschutzverrenkungen der Bourgeoisie werden wirklich immer blöder.

Fenstersturz in der Klinik Göttingen

r.ilp. Wie ein Lauffeuer ging es durch die Unikliniken in Göttingen: Der Verwaltungsdirektor Lengler hat sich in der vorletzten Woche aus dem 9. Stock des Bettenhauses 2 gestürzt. Eisiges Schweigen der Dienstaufsicht. Das „Göttinger Tageblatt" bestätigte zwei Tage später, was als Gerücht eh schon in aller Munde war. Die feinen Herren haben Gelder unterschlagen. Eilers, einer seiner Stellvertreter, ist fristlos entlassen worden und bis heute noch flüchtig. Die eigens im Klinikum angesetzte Trauerfeier sollte Lenglers volle Rehabilitation bringen. Er sei „völlig unschuldig, wo er doch immer „vor allem für die kranken Menschen" da war (Universitätspräsident Knigge). Ein sensibler Verwaltungsdirektor, der diese „Unkorrektheiten" nicht ertragen konnte? Glauben tuts von der Belegschaft jedenfalls keiner. Und als „Mitarbeiter und Freund" hat ihn davor noch keiner gehabt, wie jetzt einige Sozialdemokraten in Trauerchor anstimmen. Vielmehr stellte sich die Frage: Wer wird der Nachfolger sein? Es wird auf jeden Fall ein schärferer Hund sein.

Bankangestellte führen Kampfmaßnahmen für Lohnerhöhung und 6 Wochen Urlaub durch

bek. Am 30.3. führten die Angestellten des Hamburger Rechenzentrums der Deutschen Bank einen 1¼-stündigen Warnstreik durch. Die Bankangestellten fordern 5,8% mehr Lohn, 6 Wochen Urlaub und eine Erhöhung der Schichtzulage auf 350 DM bzw. 150 DM. Im Rechenzentrum der Banken sind unzählige Geschäftsvorgänge der Kapitalisten, Kredite usw. gespeichert. Die Bourgeoisie wird gekocht haben. Dieses Zentrum für 1¼ Stunde nicht unter ihrer Kontrolle und zu ihrer Verfügung.

Die Bankkapitalisten mußten unter dem Druck der Kampfaktionen der Bankangestellten 4,2% anbieten, nachdem sie zuerst überhaupt kein Angebot gemacht hatten.

Die Angestellten im Rechenzentrum der Deutschen Bank in Berlin führten bereits am 21.3. einen Warnstreik durch, im Rechenzentrum der Dresdner Bank in München wurde am 28.3. warngestreikt.

Letzten Samstag organisierte die Gewerkschaft HBV einen Autokorso durch die Hamburger Innenstadt, um die Tarifforderungen zu propagieren (siehe diese KVZ S. 16).

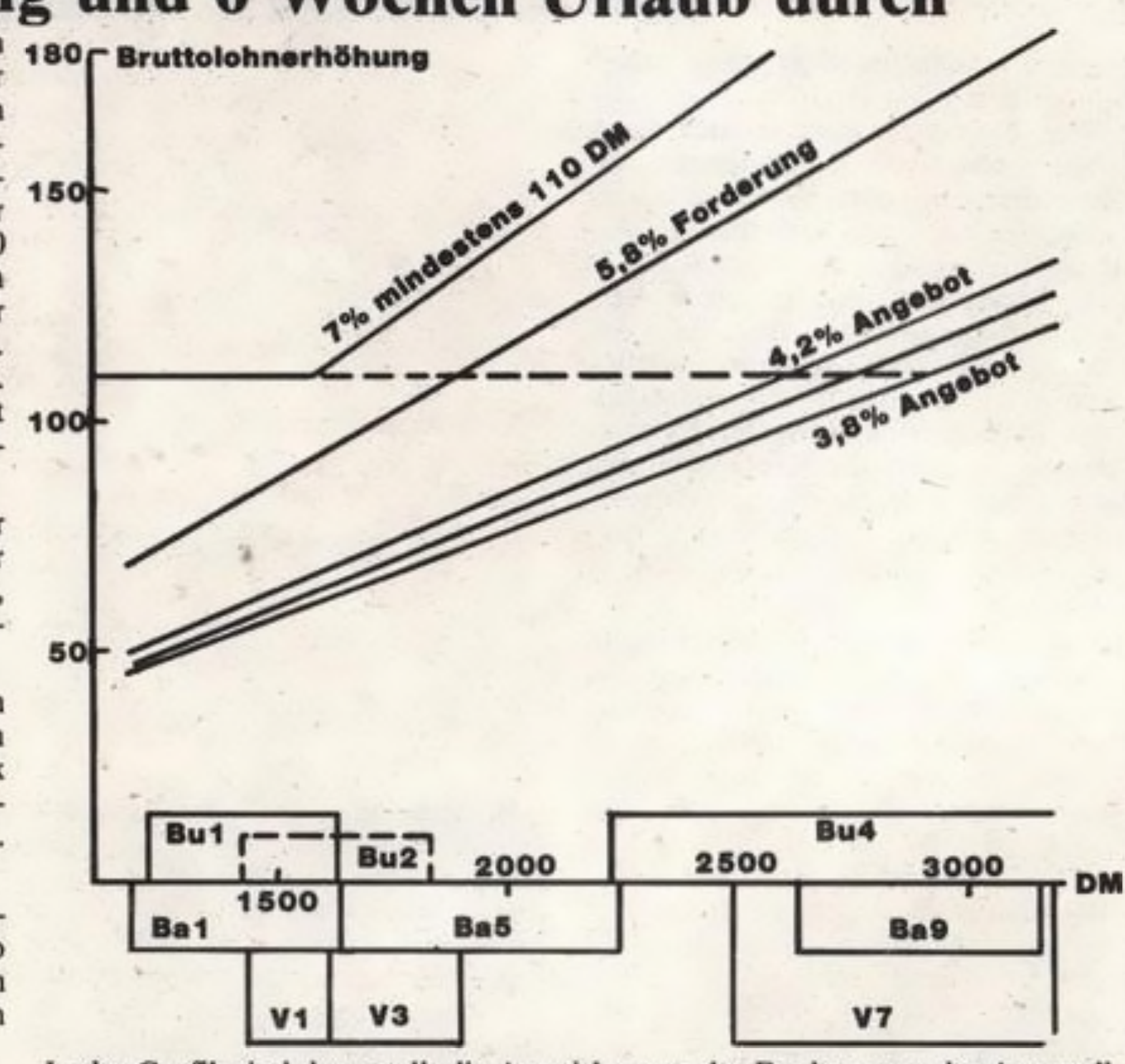
Einen ausreichenden Lohn und einen ausreichenden Urlaub durchzusetzen ist für die Bankangestellten zwingend notwendig. Im Rechenzentrum Hamburg sind zum Beispiel die meisten Angestellten in der Tarifgruppe 4 und 5. Die Tarifgruppen ziehen sich über 11 Berufsjahre; eine besondere Treueprämie, die die Bankkapitalisten aussetzen, um die Angestellten für die Interessen der Kapitalisten zu gewinnen. In der Tarifgruppe 4 heißt das: 1355 DM bis 2016 DM, 11 Jahre Wartezeit bis man über 2000 DM verdient; Tarifgruppe 5: 1661 DM bis 2237 DM. Das ist wenig. Eine Familie zu ernähren wird ohne Mitarbeit der Frau kaum möglich sein.

Im Versicherungsbereich läuft zur Zeit auch die Lohntarifrunde. Die Versicherungsangestellten fordern ebenfalls 5,8% und 6 Wochen Urlaub.

Es ist gut, daß die einzelnen Bereiche der Gewerkschaft HBV zumindest zur gleichen Zeit den Lohnkampf führen. Die soziale Lage in den Angestelltenbereichen macht ein gemeinsames Vorgehen ohnehin unumgänglich. Die meisten Versicherungsangestellten sind in der Tarifgruppe 3 bzw. 4, d.h. über 13 Berufsjahre hingezogen 1624 DM bis der Tarifgruppe 3 bzw. 4, d.h. über 13 Berufsjahre hingezogen 1624 DM bis 1903 DM bzw. 1736 DM bis 2157 DM. Die Gewerkschaft HBV hatte die Versicherungsangestellten aufgefordert, den Autokorso der Bankangestellten durch die Hamburger Innenstadt zu unterstützen und sich daran zu beteiligen.

Unterstützt werden die Kampfmaßnahmen auch von den Angestellten des Einzelhandels und des Buchhandels. In beiden Bereichen ist auch gerade Tarifrunde. Im Buchhandel wird 7% mindestens 11o DM gefordert. Die Kapitalisten wollen bisher nur 4% mehr zahlen. Die Forderung der Buchhandelangestellten ermöglicht einen breiten Zusammenschluß. Die meisten sind in der Tarifgruppe 2 bzw. 3, d.h. sie erhalten 1220 DM bis 1628 DM (7 Berufsjahre) bzw. 1426 DM bis 1830 DM (8 Berufsjahre). Die Mindestforderung von 110 DM erfaßt alle Angestellten in diesen Tarifgruppen. Lediglich die höheren Angestellten fallen raus. Wir haben in der nebenstehenden Grafik die Auswirkungen der Mindestforderung von 110 DM auch für die 5,8%ige Forderung bei den Banken und Versicherungen eingetragen. Man sieht deutlich, daß unter dieser Forderung die Angestellten der Tarifgruppen 1 bis 5, nach denen die unteren und mittleren Angestellten bezahlt werden, gut zusammengeschlossen werden können. Selbst das 4,2%-Angebot der Bankkapitalisten erhält bei 110 DM mindestens ein anderes Gesicht. Für die unteren und mittleren Tarifgruppen wären es dann 110 DM und nicht lächerliche 50 bis 80 110 DM und nicht lächerliche 50 bis 80 DM. Für die Angestellten der Krankenversicherungen, die jetzt im April ihre Forderungen aufstellen, wird diese Erfahrung nützlich sein.

Im Buchhandel sind die nächsten Verhandlungen mit den Kapitalisten am 17.4., im Versicherungsbereich am 12.4. Bei den Banken ist die Friedenspflicht abgelaufen. Dennoch haben die Gewerkschaftssozialdemokraten den Kapitalisten noch einmal Gespräche für den 10.4. angeboten. Die Angestellten werden den Weg, Kampfmaßnahmen durchzuführen, weitergehen müssen, um eine ausreichende Lohnerhöhung, die für keinen unter 100 DM bringen darf, und 6 Wochen Urlaub durchzusetzen.
durchzusetzen.



In der Grafik sind dargestellt die Auswirkungen der Forderungen der Angestellten der Banken, Versicherungen und im Buchhandel auf die verschiedenen Tarifgruppen und die Auswirkungen der Angebote der Kapitalisten. Die Angestellten im Buchhandel fordern 7%, mindestens 110 DM; die Angestellten der Banken und Versicherungen fordern 5,8%. Die Bankkapitalisten haben bisher 4,2% geboten, die Buchhandelskapitalisten 4% und die Versicherungskapitalisten 3,8%.

Auf der waagerechten Achse haben wir die Tarifgruppen abgetragen und zwar die jeweils unterste, die mittlere, in der die meisten Angestellten sind, und die höchste tarifliche Gehaltsklasse.

Ba steht für Banken, Bu für Buchhandel, V für Versicherungen. Die Ziffern hinter den Kürzeln geben jeweils die Tarifgruppe an.

Am Samstag, 7.3. führen die Bankangestellten einen Autokorso durch die Hamburger Innenstadt zur Bekräftigung ihrer Forderungen durch.



Lehrer gegen Lohnsenkung durch Prozentabschlüsse und für Festgeld

b.mak. Die Schulkreiskonferenz 52 der GEW hat am 4.4.79 einstimmig einen Vorschlag an die Vertrauensleuteversammlung der GEW vom 9.4. für Forderungen beschlossen, die im GEW-Block am 1.Mai erhoben werden sollen. „Gegen Lohnsenkung durch Prozentabschlüsse! Für Festgeldforderungen!" wurde verabschiedet. Keineswegs ist die „Lohnrunde" für ein Jahr gelaufen, wie die Sozialdemokraten aus dem Vorstand weismachen wollen;

man muß sich darauf einstellen, daß der Dienstherr dieses Jahr wieder versucht, für die Beamten noch unter dem Abschluß von 4% weitere Lohnsenkung per Gesetz festzulegen. Die Lehrer haben gute Gründe, am 1.Mai die Bewegung für Festgeldabschlüsse zu stärken und gegen den Lohnraubabschluß im öffentlichen Dienst zu demonstrieren.

Breite Unterstützung finden in den Betriebsgruppen die Forderungen „Vollständige Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972!

Entfernung und Vernichtung aller Verfassungsschutzberichte aus den Personalakten!", wie sie die Schulkreiskonferenz beschlossen hat. Ebenso die Forderungen: „Einführung der 40-Stundenwoche für Lehrer! Senkung der Pflichtstundenzahl auf 20 für alle Lehrer!" In mehreren Betriebsgruppen haben die Kollegen begonnen, ihre zersplitterte Arbeitszeit genauer zu untersuchen, um geeignete Kampfmaßnahmen für die Arbeitszeitverkürzung festlegen und durchführen zu können.

Ausdrücklich schlägt die Schulkreiskonferenz vor, am 1.Mai auch die Forderungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben zu erheben.

Streichung der Schicht- und Mehrarbeitsregelung aus dem Arbeitsvertrag!

car. Letzte Woche wollte sich der Metallkapitalist DREYFUSS aus Eimke (Kreis Uelzen) von seinen Arbeitern bestätigen lassen, daß sie mit ihren bisherigen Arbeitsverträgen einverstanden sind. Der Springpunkt des Vertrages besteht darin, daß Mehrarbeit, Sonn-, Feiertags- und Schichtarbeit nicht ohne „zwingenden Grund" abgelehnt werden kann. Trotz mehrstündiger Bearbeitung und Entlassungsdrohung haben zwei von ca. 20 Kollegen doch nicht unterschrieben.

Dreyfuss will expandieren, Produktionskapazität und -palette erweitern.

Zu diesem Zweck soll noch in diesem Jahr eine neue Halle gebaut werden.

Um die neuen Werkzeugmaschinen möglichst profitabel einzusetzen, sollen sie im Schichtbetrieb laufen. Bisher hat ihn jede einzelne Überstunde langes Überreden gekostet. Das will er sich jetzt ersparen. Um die Unterschrift für den Arbeitsvertrag überhaupt zu kriegen, wurde den Kollegen gleichzeitig eine Lohnerhöhung bekanntgegeben. Der Gesamtlohn ist danach geteilt in Grundlohn und Leistungszulage, um so stets die Möglichkeit einer Lohnkürzung offen zu lassen, wobei der Stundenlohn auch nach der Erhöhung noch um ca. 1 bis 2 DM unter den Tariflöhnen der IG Metall liegt. Zwei Kollegen hat er daraufhin gleich für die nächste Woche Schichtarbeit angekündigt. Die Reaktion von einigen anderen Kollegen war sofort, ihre Unterschrift zurückzuziehen, wenn sie auch Schicht arbeiten sollen.

Die wenigen Facharbeiter, die das Arbeitsamt an DREYFUSS zu vermitteln versucht, sind meist nicht bereit, für den niedrigen Lohn zu arbeiten.

Für die Kollegen ist es zumal völlig uneinsichtig, warum sie sich für 4 bis 5 DM mehr pro Schicht die Gesundheit noch mehr ruinieren sollen, wo doch dazu noch die Maschinen in der Frühschicht leer herum stehen. Um Dreyfuss' Plan von der allgemeinen Einführung der Schicht- und Überstundenarbeit zunichte zu machen, und ihm die Möglichkeit zu nehmen, einzelne Kollegen doch noch durch Erpressung von der Belegschaft zu spalten, muß die Einheit auf folgende Forderungen hergestellt werden: Streichung der Schicht- und Mehrarbeitsregelung aus dem Arbeitsvertrag, Abschaffung der Leistungszulagen und Angleichung der Löhne an die Tariflöhne der IG Metall.

Hafenarbeiter erheben ihre Forderungen zum 1. Mai

b.obj. „1.) Für den 7-Stundentag an 5 Werktagen. Sofortige Abschaffung der Pflichtarbeit am Sonnabend bei vollem Lohnausgleich. 2.) 6 Wochen Urlaub für alle Hafenarbeiter. 3.) Verbot der 3.Schicht. 4.) Senkung des Rentenalters auf 55. 5.) Abschaffung der Lohngruppe 2."

Diese Forderungen für den Rahmentarif haben 47 Hafenarbeiter des Gesamthafenbetriebs Hamburg der Einteilungsstelle 1 in einem Brief an den Hauptvorstand der ÖTV und die Bundestarifkommission für die Abteilung Seehäfen vorgeschlagen. Außerdem wird die ÖTV aufgefordert, sich gegen die Steuerausplünderung durch die Bundesregierung zu wenden und zu fordern: monatlich 1500 DM Steuerfreibetrag, sofortige Erhöhung des Grundfreibetrages um 2000 DM und keine Mehrwertsteuererhöhung.

In der Begründung heißt es: „Wir leben vom Verkauf unserer Arbeitskraft und müssen dafür sorgen, daß sie nicht schrankenlos durch die Hafen-Arbeitgeber vernutzt wird... Ohne harten Kampf wird es nicht abgehen. Doch die Erfahrungen im Streik 78 zeigen, daß wir dazu in der Lage sind... Wir wollen am 1.Mai unsere Forderungen auf der gewerkschaftlichen Demonstration erheben."

Veranstaltungskaldener

Montag, 9.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Wandsbek, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eidelstedt, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, am Bahnhof. Harburg, am Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: In der Bäckerstraße.
Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth.

Hamburg, 19.00 Uhr: Probe des Spielmannszuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten. Einübung des Sprechgesangs „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten." Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6. Die Proben finden die ganze Woche am gleichen Ort und zur gleichen Zeit statt.

Dienstag, 10.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/ Ecke Steinbekerstraße.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Dannenberg, 16.30 Uhr: vor Spar.
Winsen, 16.00 Uhr: Rathaus, Ecke Schloßplatz.

Mittwoch, 11.April
Hamburg-Langenhorn, 19.00 Uhr: Veranstaltung der Stadtteilzelle Langenhorn des KBW: „Die Entwicklung der Schülerzahlen bei den Sitzenbleibern an allen Schulen, bei Sonderschülern und Hauptschulabgängern belegen das Ziel, die gesamte Ausbildungszeit zu verkürzen." Langenhorn, Schule Neuberger Weg.

Freitag, 13.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann Platz.

Samstag, 14.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 10.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann Platz.
Uelzen, 10.00 Uhr: in der Fußgängerzone.

Donnerstag, 19.April
Hamburg, 19.30 Uhr: Erste ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten. Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6.

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai
Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft.

2. Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf um Arbeiterrechte. Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Überstunden, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Verbot der Teilzeitarbeit, 7-Stundentag an fünf Werktagen.
Hamburg, 15.4. 10.00 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus
Harburg, 15.4. 10.00 Uhr, Zur goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43.
Bergedorf, 15.4. 10.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben,

Stade, 15.4. 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.
Lüneburg, 15.4. 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor.
Uelzen, 15.4. 10.00 Uhr, An den zehn Eichen, Zur Haueunriede.

3. Die Einheit der industriellen Reservearmee. Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten.
Hamburg, 22.4. 10.00 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstraße 16
Harburg, 22.4., 10.00 Uhr, Zur Goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43.
Bergedorf, 22.4., 10.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.

Stade, 22.4. 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.
Lüneburg, 22.4. 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor.
Uelzen, 22.4. 10.00 Uhr, An den zehn Eichen, Zur Hauenriede.

4. Die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Einheitsschule unter Volkskontrolle!
Hamburg, 29.4. 10.00 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstraße 16
Harburg, 29.4. 10.00 Uhr, „Zum Sandkrug", Harburg, Nobleestraße 8.
Bergedorf, 29.4. 10.00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.

Stade, 29.4. 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.

Lüneburg, 29.4. 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor.

Uelzen, 29.4. 10.00 Uhr, An den zenn Eichen, Zur Hauenriede.

5. Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution.
Hamburg, 1.Mai, 19.00 Uhr. Hochschule für Bildende Künste, Lerchenfeld.

b.Kiel. **Am 26.3.79 besichtigte Forschungsminister Hauff die MaK in Kiel.** Dabei ging es um die Vergabe von Forschungsgeldern an MaK und HDW in Zusammenhang mit dem geplanten Bau des Polar-Instituts sowie dem Bau eines Polarforschungsschiffes. Möglicher Standort: Kiel. Forschungsgelder sollen aber nur an ,,Unternehmer gehen, die aktiv und innovativ sind'', passive und resignative seien keine Partner für Förderung. Innovativ sind die HDW-Kapitalisten mit einem Sanierungsprogramm (Kernpunkte: Stilllegung, Entlassung von 2000 Kollegen, Abgruppierung und Ausweitung des Programmlohnes) haben sie den ersten Schritt dazu unternommen. Auf einer Betriebsversammlung haben sich die Kollegen gegen die Entlassungen und Abgruppierungen ausgesprochen. HDW will als neuen Forschungs- und Produktionszweig die Isoliertechnik aufnehmen. Für die Expansion in den Südpolarkreis.

Auf der Abteilungsversammlung in der Reproduktion der Druckerei Brillant Offset in Hamburg erklärte der Betriebsrat, daß er der Änderungskündigung nicht zugestimmt hat. Jedoch auch keinen Einspruch erhoben hatte, weil er die Leistung der Kollegen nicht einschätzen könnte. Der eingeladene Vertreter der IG Druck und Papier erläuterte in diesem Zusammenhang, daß die Kapitalisten zunehmend von betriebsbedingten Kündigungen auf personenbezogene Kündigungsgründe umsteigen (mangelnde Leistung, Fehlzeiten usw.) Dadurch würden die Einspruchsrechte des Betriebsrates eingeschränkt. Von einem Kollegen wurden die Rationalisierungsmaßnahmen der Geschäftsleitung angegriffen. Erst wurde monatelang ein zusätzlicher Reprophotograf gesucht, dann wird ein Umschüler eingestellt und ein bisher arbeitender Reprophotograf erhält eine Änderungskündigung in der Hoffnung, daß er dann gleich die Firma verläßt. Der Betriebsrat versicherte, daß er im Arbeitsgerichtsprozeß aussagt, daß er Bedenken gegen die Kündigung hatte, um so die Klage zu stützen.

b.Kiel. Seit Februar wird bei Hell in der gesamten Vorfertigung im 2-Schichtbetrieb gearbeitet. Neueinstel-
Geschäftsleitung angegriffen. Erst wurde monatelang ein zusätzlicher Reprophotograf gesucht, dann wird ein Umschüler eingestellt und ein bisher arbeitender Reprophotograf erhält eine Änderungskündigung in der Hoffnung, daß er dann gleich die Firma verläßt. Der Betriebsrat versicherte, daß er im Arbeitsgerichtsprozeß aussagt, daß er Bedenken gegen die Kündigung hatte, um so die Klage zu stützen.

b.Kiel. Seit Februar wird bei Hell in der gesamten Vorfertigung im 2-Schichtbetrieb gearbeitet. Neueinstellungen erfolgen nur noch mit der Auflage, in Schichten zu arbeiten. Durch den Schichtbetrieb wird aus den Arbeitern eine Produktionssteigerung von 40 % gepreßt. Da auch durch Kürzung der Vorgabezeiten im Prüffeld und der Montage die Mehrproduktion nicht aufgefangen werden kann, wird jetzt eine neue Halle gebaut. Ziel ist es, über die verschärfte Ausbeutung vor allem die japanischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt aus dem Feld zu schlagen. Die Arbeiter in der Fräserei haben daraufhin beschlossen, jede Samstagsarbeit abzulehnen. Dr. Hell, der extra zu Inspektion aus der Schweiz angereist war, konnte diesen Beschluß auch nicht umwerfen.

b.hei. **Nachdem die Länder der Dritten Welt den Kampf um die Erhöhung der Preise für ihre nationalen Reichtümer aufgenommen haben, regt sich die westdeutsche Bourgeoisie. Im Bereich der pflanzlichen Öle hat sie eine erste Offensive eingeleitet.** Mit der Züchtung von Erucasäure freien Rapssorten (Margarineherstellung) und erheblichen Eingriffen in den Markt hat sie den Rapsanbau von 47000 ha im Jahre 1970 auf 71000 ha 1978 gesteigert. Jetzt plant sie eine Offensive zur Sicherstellung der inländischen Eiweißproduktion; Hebel dazu soll die Wiederbelebung des Ackerbohnenanbaus als Grundlage der Eiweißfuttermittel sein. Bis 1973 stagnierte die Ackerbohnenproduktion bei etwa 4000 t in Schleswig-Holstein, 1974 stieg die Produktion auf 7000 t an, weil die Länder der Dritten Welt den Kampf um gerechte Preise verstärkt aufgenommen hatten, auf dem Eiweißsektor vor allem für Soja und Fischmehl. Anschließend wurde wieder weniger produziert, weil die Preise so schlecht waren, 1978 nur noch 1000 t. Aber die Bourgeoisie hat Lunte gerochen. Fieberhaft bereitet sie jetzt die Ausweitung der Ackerbohnenproduktion in großem Umfang vor. Als Eiweißgrundlage für Schweine-, Geflügel- und Milchviehfutter soll ein Doppelzentner Ackerbohnen fast 60 DM kosten, zudem sollen Landhandelskapitalisten, die Ackerbohnen ins Futter einmischen, erheblich gefördert werden.

Storno: Einbehaltung von Lohngeldern. Die Firma Storno Electronic teilte den Arbeitern mit, daß sie bei der Firma Holtex, einem Großmarkt, 10%

auf den Bruttopreis als Preisnachlaß bekommen. Davon werden aber nur 3% bei Bezahlung der Ware angerechnet, 7% werden gutgeschrieben. Wenn das Guthaben 1000 DM erreicht hat, kann darüber verfügt werden, d.h., ein Arbeiter müßte für 14290 DM einkaufen, um ein Guthaben von 1000 DM zu erzielen. So lange verfügt die Firma Holtex über diese Gelder, soweit sie sie nicht ganz einstreicht, wenn das Guthaben nicht auf 1000 DM anwächst.

b.Kiel. **,,Wir und Europa'' war das Motto, unter dem die Bereichsversammlung I des Bunderwehrverbandes am vergangenen Wochenende in Timmendorf durchgeführt wurde.** Vor 250 Delegierten ließ Vorsitzender Oberst Volland sich über ,,soziale Probleme der Bundeswehr und eine gemeinsame Sozialpolitik für die Soldaten im freien Europa'' aus. Hauptziel sei ,,die Einführung einer Eurowehrpflicht und die Verwirklichung des Koalitionsrechts für alle Soldaten der EG und in der NATO.'' Mit dem Koalitionsrecht wird er gemeint haben einen gelben Verband mit Namen ,,Eurowehrverband'' oder ähnlich. Unerträglich fand Volland die Dienstzeitbelastung der Soldaten. ,,Erst die Androhung außergewöhnlicher Maßnahmen durch den Verband habe letzlich dazu geführt, daß das Verteidigungsministerium die Einführung einer Ausgleichszulage zugesagt habe. (...) Mit Sorge betrachte der Verband die rückläufige Geburtenentwicklung, die Ende der 80er Jahre dazu führen werde, daß dem jährlichen Bedarf von 250000 Wehrpflichtigen nur noch 160000 wehrfähige junge Männer gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund sei die Verbandsforderung nach einer Gemeinschaftsdienstpflicht zu sehen, die auch Frauen einschließen solle. Aus Sicht des BW-Verbandes solle der Dienst von Frauen in den Streitkräften zunächst auf freiwilliger Basis angeboten werden. (...) Zum Jahr des Kindes erhoffe sich der Verband, daß die Bundesregierung die Folgen der Versetzungshäufigkeit mildern werde, von denen jährlich 23000 Soldaten und ihre Familien in Form von Schul- und Berufsproblemen ihrer Kinder betroffen seien.''

Hintergrund sei die Verbandsforderung nach einer Gemeinschaftsdienstpflicht zu sehen, die auch Frauen einschließen solle. Aus Sicht des BW-Verbandes solle der Dienst von Frauen in den Streitkräften zunächst auf freiwilliger Basis angeboten werden. (...) Zum Jahr des Kindes erhoffe sich der Verband, daß die Bundesregierung die Folgen der Versetzungshäufigkeit mildern werde, von denen jährlich 23000 Soldaten und ihre Familien in Form von Schul- und Berufsproblemen ihrer Kinder betroffen seien.''

b.Neumünster. **Beschluß der Betriebsjugendgruppe der ÖTV am Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster.** Am 22.3.1979 hat sie beschlossen, sich unter den Forderungen: Keine Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Planstellenplan! Rücknahme der Lohnkürzungen von 1977! an der Maidemonstration in Neumünster zu beteiligen. Diese Forderungen richten sich gegen die Vernutzung der Auszubildenden als billige Arbeitskräfte auf den Stationen.

b.ulh. **Unter dem Deckmantel ,,Wohnen im Park'' will der Senat seine Stadtsanierung in Altona schmackhaft machen.** Das Gebiet zwischen Chemnitz-, Holsten- und Haubachstraße soll laut Senat in einen Park mit riesigem Familienspielplatz, wo man Drachen steigen lassen, Grillen und herrlich verkehrsberuhigt wohnen kann, umgebaut werden. Aber die Massen sind dagegen. Laut CDU-Anfrage: ,,Eines der hauptsächlichen Argumente gegen eine Sanierung ist immer wieder die Sorge, die höheren Mieten nicht aufbringen zu können... Wie gedenkt der Senat im Sanierungsgebiet ... durch Unwissenheit über Wohngeld entstandene Aggressionen kurzfristig zu beheben?'' Antwort des Senats: ,,... die *Anfangsmiete* nach der Vollmodernisierung (wird) im Sanierungsgebiet nach StBauFG auf *zur Zeit* 4,50 DM m² und Monat festgesetzt...'' (Hervorhebung Red.) Die Massen wissen, nach wessen Interessen es bei der Sanierung geht. Bausenator Lange nennt sie auch selbst: ,,... es optimal wäre, wenn die Interessen der Bevölkerung eindeutig bestimmt und mit den Interessen der Wirtschaft deckungsgleich wären. Aber leider ist das nicht so.'' Also muß den Massen Sand in die Augen gestreut werden: ,,Es ist nicht mehr zu übersehen, daß für die Abwicklung des künftigen Wirtschaftsverkehrs straßenbaulich etwas getan werden muß. Es ist nur noch der Kunst der Verkehrs- und Straßenplaner überlassen, die optimalen Lösungen zu finden und Sache der Politiker, das hierfür erforderliche Geld zu beschaffen...'' Deshalb gibt es auch ein Preisausschreiben für Städteplaner wegen ,,Wohnen im Park''. Die Kapitalisten wollen schnellere Straßen, um die Transportkosten zu senken. Wenn bei deren Bau ein Park abfällt, kann das nutzen, um höhere Mieten für schönes Wohnen zu kassieren, und um verkehrsberuhigte Zonen zu schaffen, damit die Massen immer schlechter mit dem Auto durchkommen. Straßen nur für den Warentransport ist ein alter Traum der Kapitalisten. In dem Zusammenhang erinnert sich Lange der ,,Schneekatastrophe''. ,,Plötzlich sind auch die hartnäckigsten Autofahrer umgestiegen...'' Vielleicht könnte man mit ,,Wohnen im Park'' den gleichen Effekt erzwingen... (Lange-Zitate Rede auf der Architektenfachtagung, 1.3.79)

Die Kapitalisten sollen für den Verschleiß der Arbeitskraft bezahlen!

b.uwh. ,,Schnelles Geld - und dann? Arbeitslos! (...) Eine Binsenweisheit? Nein, denn leider machen auch dieses Jahr wieder 60000 Schulabgänger keine ordentliche Lehre. Sie träumen vom schnellen Geld und erwachen als Arbeitslose.'' So die ,,Bild'' am 6. April. Der Kapitalistenklasse ist es in den letzten Jahren gelungen, den Preis der Ware Arbeitskraft nachhaltig unter ihren Wert zu drücken. Gerade durch den Einsatz der industriellen Reservearmee. Je mehr die Kapitalisten aus den Früchten der Ausbeutung den Arbeitsprozeß per Rationalisierung zerlegt haben, konnten sie Facharbeiter durch Ungelernte ersetzen.

In der Monatsschrift ,,Hamburg in Zahlen'' Nr. 8/78 wird aus einem Schaubild ersichtlich, daß im Hamburger Handwerk der Anteil der Hilfsarbeiter an den Gesamtbeschäftigten (samt Kapitalisten) um 42% von 14,3% auf 24,7% im Zeitraum von 1967 bis 1976 gestiegen ist. Der Anteil der Facharbeiter hingegen ist von fast 50% auf 41,3% gesunken. Dies obgleich die Gesamtzahl der Beschäftigten von 113606 auf 106885 zurückgegangen ist.

,,Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus'' (Marx, Kapital I).

Arbeitslose
%
Frauen ohne Berufsausbildung
Männer ohne Berufsausbildung
Männer mit Lehre
Frauen mit Lehre
Männer mit sonstiger Bildung
Frauen mit sonstiger Bildung
9/74 9/75 5/76 9/76 5/77

Hilfsarbeiter bilden die Abteilung der Arbeiterklasse, die durch bürgerliche Schulunterdrückung einerseits, sowie andererseits durch materielles Elend schon früh gezwungen sind, ohne Lehre ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, um nicht auf der Straße zu liegen. Dabei sind sie gezwungen, dies zu den widrigsten Bedingungen zu tun. Ihre Arbeitskraft wird für die erniedrigsten und verschleißendsten Arbeiten verwandt. Und so schnell, wie sie von den Kapitalisten eingesaugt wird, wird sie wieder ausgestoßen, ist sie reparaturbedürftig. Oft ungenügend ausgebildet, übelster Hetze unterworfen, sind es erfahrungsgemäß die Hilfsarbeiter, die mal den Finger zwischen die Walze kriegen, denen die Hand abgequetscht wird oder die Nagelmaschine einen Nagel ins Knie schießt. Krank sein kann man sich aber nicht leisten – wer krank wird, fliegt. Und sich z.B. mit Fieber zur Arbeit schleppen, das potenziert den Grad der Ruinierung.

Eine Untersuchung an jungen Arbeiterinnen, die zu Akkord gezwungen waren, ergab, daß die Leistung um 114%, die Ausschüttung des Streßhormons Adrenalin um 40% anstieg. Adrenalin verengt die Blutgefäße, was zur Folge hat eine gesteigerte Herztätigkeit, Hochdruck, Verkalkung der Gefäße, Herzinfarkt, Schlaganfall. Herz- und Kreislaufkrankheiten machten 1958 schon 29,2% der Todesursachen aus; 1975 waren es bereits 44,7% und 1976 dann 45%. Die Zahlen sind für Hamburg errechnet (Statistische Jahrbücher).

Die Kapitalisten sehen keine Veranlassung, für kranke Arbeiter zu bezahlen, solange frische vorrätig sind. Sie sind es aber, die die Verantwortung für den enormen Verschleiß tragen. Sie sollen auch dafür aufkommen und gefälligst die Versicherungsbeiträge voll bezahlen. Das ist genauso richtig, wie die gleichzeitige Kontrolle der Versicherungskassen durch die Arbeiter, um den Kapitalisten den Zugriff auf die Kassen zu versagen. Nur so kann verhindert werden, daß die Kapitalisten weiterhin einen Teil der Klasse zur Lohndrückerei einsetzen können.

Keine Stellenstreichungen bei den Jura-Assistenten
Schmude will den Studentenmassen den ,,Selbststudienanteil erhöhen''
mag. Der Hamburger Senat führt zur Zeit einen Großangriff auf die Assistenten durch. Das ist sowohl ein Versuch der Durchsetzung der Absichten der Bourgeoisie hinsichtlich des öffentlichen Dienstes, nämlich Entrechtung und Lohnsenkung, als auch der imperialistischen Studienreform nach Schmude. Gemäß dem HmbHG ist die rung durch Verdichtung der Arbeit wird auch erreicht, da die Assistenten vorher für 40 oder 20 Stunden eingestellt waren. Die Dissertation kann auch nicht mehr während der Dienstzeit erstellt werden. Das alles paßt sich gut ein in die Absichten der Bourgeoisie für den öffentlichen Dienst: Einführung der Teilzeitarbeit, Lohnsen- sondern ihrer Beanspruchung durch die Studienplanung.'' (Punkt 13 der 22 Orientierungspunkte von Schmude) Das bedeutet nichts anderes, als ,,Abbau von Lehrveranstaltungen zugunsten des angeleiteten Selbststudiums''. Am Fachbereich Rechtswissenschaften I halten die Assistenten z.B. einen großen Teil der Arbeitsgemeinschaften

Keine Stellenstreichungen bei den Jura-Assistenten

Schmude will den Studentenmassen den ,,Selbststudienanteil erhöhen''

mag. Der Hamburger Senat führt zur Zeit einen Großangriff auf die Assistenten durch. Das ist sowohl ein Versuch der Durchsetzung der Absichten der Bourgeoisie hinsichtlich des öffentlichen Dienstes, nämlich Entrechtung und Lohnsenkung, als auch der imperialistischen Studienreform nach Schmude. Gemäß dem HmbHG ist die Übernahme des Uni-Personals in neue Rechtsverhältnisse zu regeln. Dabei soll folgendes herausspringen: Ein Großteil der Assistenten soll über kurz oder lang von der Uni verschwinden. Einige wenige werden als Hochschulassistenten übernommen.

Weiterhin sollten einer Reihe von Assistenten die jetzt auslaufenden befristeten Verträge nicht verlängert werden. Außerdem alle Neueinstellungen von Assistenten nur noch nach §27 HmbgHG erfolgen: ,,(...) sie werden mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit des öffentlichen Dienstes beschäftigt. Lehraufgaben dürfen ihnen nicht übertragen werden; sie können jedoch als Unterrichtstutoren beschäftigt werden. Außerhalb ihrer Dienstaufgaben... haben sie Gelegenheit zur wissenschaftlichen Weiterbildung, insbesondere zur Anfertigung einer Dissertation.'' Diese ,,wissenschaftlichen Hilfskräfte'' bekommen also höchstens 19-Stunden-Verträge. Das bedeutet: Keine Sozialversicherung und keine Eingliederung in den Bundesangestelltentarif. Rationalisierung durch Verdichtung der Arbeit wird auch erreicht, da die Assistenten vorher für 40 oder 20 Stunden eingestellt waren. Die Dissertation kann auch nicht mehr während der Dienstzeit erstellt werden. Das alles paßt sich gut ein in die Absichten der Bourgeoisie für den öffentlichen Dienst: Einführung der Teilzeitarbeit, Lohnsenkung. Komplette Entrechtung soll gleich mit durchgesetzt werden: ,,Wissenschaftliche Hilfskräfte sind mitgliedschaftsrechtlich der Gruppe der Studenten zugeordnet.'' (§27 Abs.3 HmbHG) Also: Keine gewerkschaftlichen Rechte, keine Vertretung durch den Personalrat. Weiterhin dürfen die ,,wissenschaftlichen Hilfskräfte'' keine Lehrveranstaltungen durchführen. Das bedeutet eine Abqualifizierung hin zu reiner Unterstützungsarbeit für die Professoren.

Wenn es gelingt, die Assistenten in das Korsett ,,wissenschaftliche Hilfskraft'' hineinzuzwängen, oder kann die Behörde die Nichtverlängerung der Verträge durchsetzen, so ist damit zugleich ein wesentlicher Schritt in der Durchsetzung des Schmude-Programms gegen die Studenten getan. ,,Für die Semesterwochenstunden und die der Studienplanung zugrundelegende wöchentliche Arbeitszeit der Studenten sind Höchstgrenzen festzusetzen, ... Dadurch soll nicht dem Engagement der Studenten für ihr Studium eine zeitliche Grenze gesetzt werden, sondern ihrer Beanspruchung durch die Studienplanung.'' (Punkt 13 der 22 Orientierungspunkte von Schmude) Das bedeutet nichts anderes, als ,,Abbau von Lehrveranstaltungen zugunsten des angeleiteten Selbststudiums''.

Am Fachbereich Rechtswissenschaften I halten die Assistenten z.B. einen großen Teil der Arbeitsgemeinschaften für die ersten drei Semester ab. Fallen diese Veranstaltungen aus, müßten die Studenten sich alles erarbeiten bei maßloser Ausweitung der Arbeitszeit. Beabsichtigte Folge sind höhere Schwund- und Durchfallquoten.

An anderen Fachbereichen wird dies nicht anders aussehen. Die Assistenten haben in verschiedenen Vollversammlungen und Resolutionen diese Tatsachen enthüllt. Sie fordern ausreichende Anzahl von Dauerstellen, Besitzstandswahrung mit allen Rechten für alle Assistenten, keine Einstellung nach §27 HmbHG.

Im SS 79 sollen Aktionstage durchgeführt werden. Der Referentenentwurf der Übernahmeverordnung mußte zunächst einmal von der Behörde zurückgezogen werden. Zumindest am Fachbereich Rechtswissenschaften I wurde durchgesetzt, daß alle auslaufenden Verträge zu gleichen Bedingungen fortgesetzt werden. Der Kampf der Assistenten ist gerecht. Er richtet sich gegen die Pläne der Bourgeoisie im öffentlichen Dienst und in der Hochschulausbildung.

b.ulh. **Der Hamburger Senat hat den Kapitalisten weitere 76,55 Mio. DM für private Sturmflutschutzmaßnahmen zugeschoben.** Damit umfaßt die Bezuschussung jetzt eine Höhe von 566,5 Mio. DM. Der Senat begründete den Mehrbedarf am 27.3.79 vor der Bürgerschaft ,,durch die unerwartet große Anzahl von Anträgen, die kurz vor Ablauf der in den Förderungsrichtlinien festgelegten Antragsfrist am 31.12.1977 einge gangen waren''.

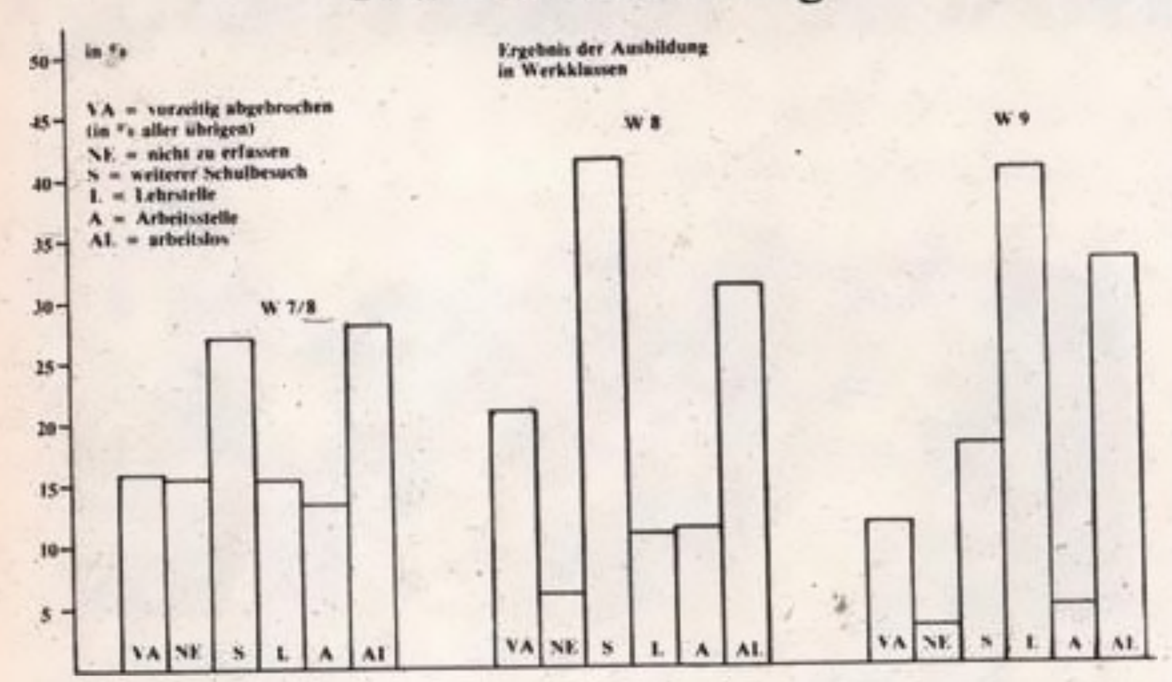
b.ham. **Ertls Taten unter Beschuß. Am Dienstag, den 3. April, sprach Agrarminister Ertl in Husum, Kreis Nordfriesland, zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein.** Gleich im ersten Redebeitrag auf der Versammlung wurden durch Mitglieder des KBW die Ertl'schen Flurbereinigungsgesetze angegriffen anhand des Beispiels des kleinen Bauern Johannes Jöns, Osterohrstedt. Er bewirtschaftet 8 Hektar Weideland und hält 11 Stück Rindvieh.

Die Behörde hatte ihm einen Landtausch angeboten, durch den er eine weit entfernt liegende Weide näher zum Hof hin bekommen hätte. Dieser Tausch hat aber nie stattgefunden, stattdessen wurde seine Weide am Hof gegen seinen Willen umgetauscht und das Grundbuch gefälscht, dadurch wurde er Mitglied der sogenannten ,,Teilnehmergemeinschaft'' laut Flurbereinigungsgesetz und damit beitragspflichtig. Er soll jährlich auf 10 Jahre 321,50 DM zahlen, ,,Heranziehung zum Kapitaldienst'' nennt Ertl das. Johannes Jöns lehnt diese Zahlung als ungerecht ab. Deshalb soll sein Hof zwangsversteigert werden und gegen ihn ist ein Haftbefehl am 26. März 79 ausgestellt, um seinen Widerstand zu brechen. Das bekam Ertl zu hören.

Der bestritt anfangs, das sowas aufgrund des Flurbereinigungsgesetzes möglich sei, er versuchte also, Johannes Jöns als Lügner hinzustellen. Damit kam er nicht durch. In einem weiteren Beitrag wurde ihm sein Gesetz zitiert: ,,§ 136 Für die Vollstreckung von Geldforderungen sind die §§ des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes... anzuwenden. § 137 Mit Zwangsmitteln können durchgesetzt werden 1) Verwaltungsakte der Flurbereinigungsbehörde...'' Ertl wurde nervös. Die Diskussionsleitung ließ andere Bauern zu Wort kommen. Sie kritisierten die Steuern und daß ihnen die Verfütterung von preisgünstiger Magermilch verwehrt wird, u.a. durch die überhöhten Preise dafür, die Ertl in Brüssel mitbeschlossen hat. Der Haftbefehl gegen Johannes Jöns ist am Mittwoch vorläufig aufgehoben worden.

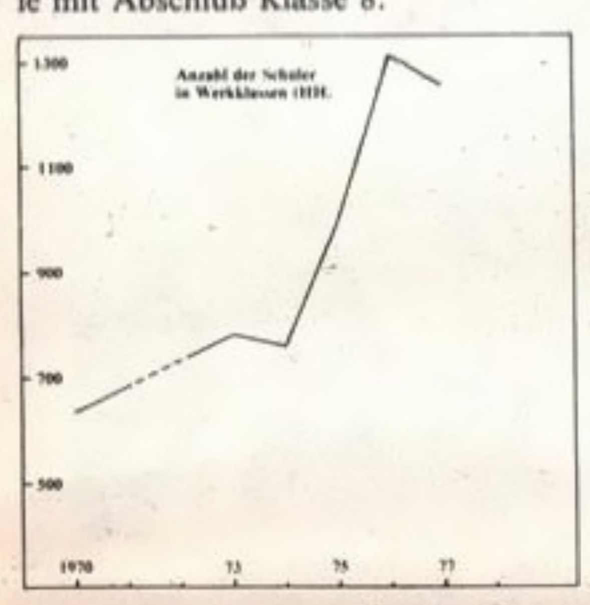
b.güt **Bei den wegen Wahlanfechtung wiederholten Betriebsratswahlen erhielt bei den Arbeitern die Liste der IG-Chemie 234, zwei weitere Listen 91 bzw. 80 Stimmen.** Bei den Angestellten: IGChemie 63, eine der DAG nahestehende Liste: 55. Das Ergebnis drückt den wachsenden Willen der Belegschaft aus, die gewerkschaftliche Kampfkraft zu stärken.

Werkklassen – vom Hamburger Senat eingerichtet zwecks Lohnsenkung



b.mak. Das Amt für Schule erstattet in seinem letzten Informationsdienst den ersten umfassenden Bericht, welche Fortschritte gemacht sind, über die seit 1970 eingerichteten Werkklassen (W) Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß als billigste Lohnarbeiter und Arbeitslose auf den „Arbeitsmarkt" zu schleusen.

Die Schüler der Werkklassen werden gleich in drei Gruppen aufgespalten:
– W 7/8: Voraussetzung ist 8-jähriger Besuch der Sonderschule oder der Hauptschule ohne Abschluß in Klasse 7
– W 8: 9-jähriger Besuch der Sonderschule oder der Hauptschule ohne Abschluß der Klasse 8
– W 9: Abschluß der Werkklasse 8 oder 9-jähriger Besuch der Hauptschule mit Abschluß Klasse 8.



Der Kampf der Schüler gegen die Unterdrückung ihrer Fähigkeiten und ihre Einsortierung als „lernbehindert" in die Sonderschule und „lerngestört" in die Hauptschulklasse 7 und 8 wird in den Werkklassen fortgesetzt: die Schulbehörde klagt, daß es „wiederum zahlreiche Schüler (gibt), die Verhaltensauffälligkeiten zeigen, d.h. z.B. in sozialen Situationen unangemessen reagieren." Die Werkklassen sollen diesen Widerstand brechen, indem die Schüler mit stupider praktischer Tätigkeit direkt auf die Hilfsarbeit vorbereitet werden: „Lernbehinderungen können in der Regel nicht vollständig abgebaut werden. In bestimmten Teilbereichen ist aber häufig ein Ausgleich möglich, z.B. durch die Ausbildung mechanisch-manueller Fertigkeiten im fachpraktischen Unterricht." Durchgeführt wird Nahrungsmittelverarbeitung, Textil-, Holz- und Metallverarbeitung, Bauarbeiten, Malerarbeiten und „Arbeiten am Kraftfahrzeug".

1977/78 haben 1219 Schüler die Werkklassen besucht (1970 waren es erst 639). 17,4% sind während des Schuljahres abgehauen. Die übrigen erhielten keineswegs alle einen Abschluß. Im Gegenteil. Der Staat wütet auf dieser „untersten" Stufe des Schulsystems am schärfsten mit der Auslese – geht es doch direkt um frische 15- bis 17-jährige Arbeitskräfte. In den Werkklassen 7/8 erhielten nur 73% ein Abschlußzeugnis, in Werkklasse 8: 68,1%, in Werkklasse 9: 84,3%. Das Schaubild zeigt, wie nach der Schule etwa ein Drittel aller Werkklassen-Schüler arbeitslos bleiben, und daß sich Lehre und Ausbeutung als Hilfsarbeiter für die Schüler aus den Werkklassen 7/8 und 8 etwa die Waage halten. Erst Schüler mit Abgangszeugnis Werkklasse 9 können halbwegs auf eine Lehrstelle hoffen (40,6%). Hier ist es so, daß von 42 Schülerinnen 18 (= 42,9%) eine Lehrstelle als Verkäuferin fanden, die Schüler am häufigsten als Maler und Lackierer (W 9: 12 Schüler = 11,6%; W 8: 17 Schüler = 28,3%). Also in Berufen, in denen die Kapitalisten besonders niedriges Lohnniveau durchsetzen konnten und die Fähigkeiten zur Beherrschung der Produktion kaum ausgebildet werden.

Der Bericht der Schulbehörde preist die Ergebnisse der Abspaltung eines Teils der Sonder- und Hauptschüler in die Werkklassen als Beitrag zur Chancengleichheit: „... ist zu erkennen, daß die W 7/8 für Sonderschüler eine angemessene Möglichkeit zur schulischen Weiterentwicklung bietet."

Grenzenlos ist die Gier der westdeutschen Bourgeoisie nach unverbrauchter jugendlicher Arbeitskraft, die mit niedrigsten Löhnen als Spaltkeil gegen den Lohnkampf der Arbeiterklasse eingesetzt werden soll. Nichts ist den hohen Beamten in der Schulbehörde für dieses Ziel gemein genug, um die Jugend mit dem Notenknüppel zu spalten und niederzudrücken. Die Arbeiterklasse wird am 1.Mai die Forderung nach einheitlicher Ausbildung aller Jugendlichen bis zum 18.Lebensjahr, nach Einheitsschule unter Volkskontrolle, erheben. Nur mit dieser Forderung können die vielfachen Kämpfe an den Schulen gegen Auslese und Unterdrückung zusammengefaßt werden für den beschleunigten Sturz der Bourgeoisie und ihres Staatsapparates.

Vollständiges Verbot der Verleiharbeit!

b.irb. „Viel reisen und zwischendurch in meinem Beruf arbeiten" (Manpower), „Ich arbeite bei Adia, weil ich dann immer an neue Aufgaben eher rankomme", so die Slogans, mit denen gegenwärtig Verleihfirmen große Werbung machen. Ihr Kalkül: Steigerung der Profite durch Ausnutzung der elenden Lage von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes, die gezwungen sind, zeitlich befristet zu arbeiten.

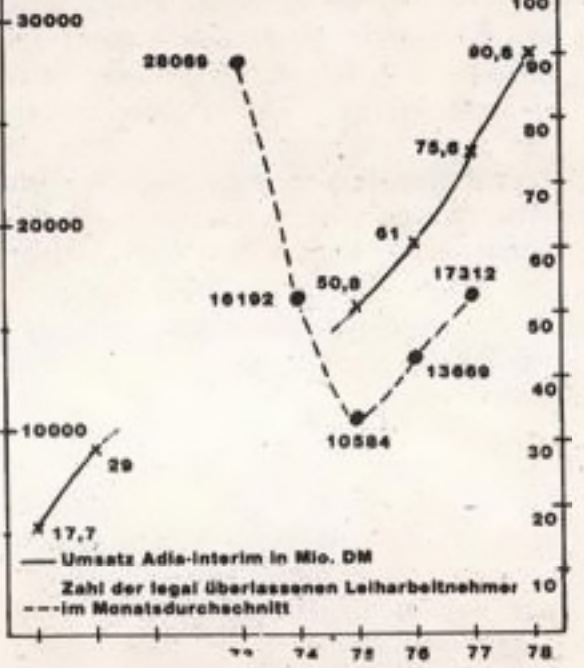
Doch nicht nur die Verleihfirmen machen ihren Schnitt dabei, sondern ebenso die „entleihenden" Kapitalisten:

„*... scheuen mehr und mehr Unternehmen die Einstellung normaler Arbeitskräfte... (Leiharbeiter) kosten ... nicht mehr als ein Mann der Stammbelegschaft, aber man kann sie von einem Tag auf den anderen nach Hause schicken, ohne das lange begründen zu müssen.*" (SZ, 9.5.78)

Und das erst recht bei „illegalen" Leiharbeitern, die zudem noch billiger sind. Der illegale Handel sprengt gar nationale Grenzen:

„*Am Niederrhein schaffen holländische Verleiher täglich ganze Busladungen von Bauarbeitern über die Grenze ... Selbst aus England werden Leiharbeiter per Schiff und Bahn ins Rheinland gebracht.*" (Spiegel, 30.1.78)

Der Staatsapparat verfolgt die „Illegalen" mit hohen Strafen, denn für den Profit einzelner Kapitalisten sind sie zwar günstig, doch den Interessen der ganzen Kapitalistenklasse entspricht dies nicht: Erstens fehlen da-



durch Millionen DM Steuer- und Versicherungsgelder für ihre Kriegskasse, zweitens ist es ihnen überhaupt nicht recht, wenn sich Arbeitslose „schwarz" etwas dazuverdienen, ist es so doch schwer möglich, jene zur Aufnahme schlecht bezahlter Arbeit zu jeder Bedingung zu zwingen und damit das Lohnniveau der gesamten Arbeiterklasse zu drücken.

Daß der Menschenhandel über nationale Grenzen hinausgeht, stört die Bourgeoisie wohl kaum. Es dürfte eher – legal versteht sich – ihrem Wunschtraum vom mobilen europäischen Arbeiter entsprechen. Wie wäre es mit einer Werbekampagne: „Ich fahre der Sonne hinterher: heute Antwerpen, morgen Mailand, übermorgen Barcelona"! Organisatorisch kein Problem, sitzen doch z.B. Adia-Interim und Manpower in den meisten westeuropäischen Ländern.

Die Arbeiterklasse haßt es, völlig rechtlos hin- und hergehandelt zu werden und gegen die eigenen Klassenbrüder letztendlich als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt zu werden.

Und so klagt auch die Adia über die „schlechte Arbeitsmoral" ihrer Arbeiter, die so viel krank seien und ja leider Lohnfortzahlungsanspruch im Krankheitsfall hätten. Da müßte sich doch etwas drehen lassen?

Schon lange erheben die Gewerkschaften die Forderung nach dem Verbot der Sklavenhändler. Ihre Durchsetzung ist überfällig und muß verbunden werden mit der Forderung nach dem Verbot der Teilzeitarbeit, die eine ähnliche Wirkung hat. Einen endgültigen Riegel kann die Arbeiterklasse aber erst vorschieben, wenn sie die Arbeitslosenversicherung unter ihrer Selbstverwaltung hat und die Kapitalisten die Beiträge dafür zu zahlen haben.

Zur Geschichte und Politik der Landvolkverbände

b.ulh In Niedersachsen sind 80 bis 90% der Landwirte im Landvolk organisiert. Dachorganisation des Landvolkes ist der Deutsche Bauernverband (DBV), der untergliedert ist in den Bayrischen Bauernverband, das Niedersächsische Landvolk sowie 13 weitere Landesverbände. Die Landesverbände umfassen zahlreiche Kreisverbände, in Niedersachsen 64 mit 2200 Mitgliedern, die in 190 Ortsverbänden zusammengefaßt sind. Als Wesen und Aufgaben des Verbandes sind in §2 der Satzung festgelegt: „1. Der Kreisverband erstrebt die Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen und leistungsstarken Landvolkes im Rahmen einer gesunden deutschen Volkswirtschaft. 2. Der Kreisverband bekennt sich zu der überkommenen bewährten Eigentums- und Erbrechtsordnung."

In letzter Zeit haben die Bauern ihre Verbände, in denen sowohl die Großgrundbesitzer wie die kleinen Bauern und Landarbeiter organisiert sind, zu Resolutionen gegen die Politik der Bundesregierung und die Ruinierung der kleinen Bauern zwingen können. Gegen den geplanten Bau der Nordlandautobahn, die den Bauern 300 ha Land vernichten würde, wurde ein Flugblatt herausgegeben. Gegen die geplante Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben erhob der Landesverband Einspruch, solange nicht alle Sicherheitsfragen geklärt seien. Der Kreisvorsitzende überbrachte dem Treck der Bauern in Lüchow auf der Kundgebung eine Grußadresse und unterstützt den Treck.

Das Problem ist, daß die Führung des Bauernverbandes und der Landesverbände in den Händen der Großgrundbesitzer und ihrer ideologischen Wasserträger ist. Diese verhindern planmäßig, daß sich die Bauernmassen und die Landarbeiter mit der Arbeiterklasse und den kämpfenden Völkern der Welt zusammenschließen. Es wird ein Gegensatz konstruiert zwischen den kleinen Bauern *und* Großgrundbesitzern auf der einen, und Arbeitern *und* Kapitalisten auf der anderen Seite. Mit diesen Demagogien ist die Zeitung „Das Landvolk" vollgestopft. So heißt es in der Märznummer auf der Seite 1 zur „sich anbahnenden Ölkrise Nummero 2... im wallenden Gewand des Ajatollah Khomeini": „Die Herausforderung ist unvergleichbar größer und langfristiger als bei den Attacken des General Winters. Dieselöl-, Benzin- und Stromverteuerung werden die Landwirtschaft und den ländlichen Raum härter treffen als die Menschen in den Ballungszentren." Und in der gleichen Nummer werden die Bauern in von jeher Parteigänger der herrschenden Klasse umgelogen. Sie hätten in der Revolution von 1848 für den preußischen König demonstriert. „Ruhe und Ordnung entsprechen dem bäuerlichen Denken", heißt es in dem Artikel „Eine recht merkwürdige Bauernfahne", wo irgendjemand eine Anekdote ausgegraben hat, daß Bauern mit einer preußischen Fahne demonstriert hätten.

Das Problem der bürgerlichen Führung bestand auch zur Zeit der Entstehung der Landvolkbewegung 1920. Die herrschende Bourgeoisie verfolgte die Politik des Bauernlegens durch stetige Drückung des Erzeugerpreises und durch Steuerplünderung. Die Bauern in Schleswig-Holstein führten dagegen gewaltige Demonstrationen durch, 140000 demonstrierten an einem Tag.

Sie verweigerten die Steuerzahlung, erkannten die Verwaltungen des bürgerlichen Staatsapparates nicht mehr an und forderten Selbstverwaltung. Die Pfändungen einzelner Bauernhöfe wurden verhindert. Der Bauernverband faßte die Kraft der Bewegung nicht zusammen, sondern stand auf Seiten der Regierung. Die bürgerlichen Führer setzten alles daran, mit völkischen Parolen die Bewegung zu fesseln und an die Bourgeoisie zu binden, so daß es der NSDAP gelang, die selbständige Bewegung der Bauern zu unterdrücken. Alle Organe der Bewegung wurden liquidiert und ein Landesbauernführer der NSDAP eingesetzt. Die Forderungen der Bauernmassen: garantierte Erzeugerpreise, Senkung bzw. Aufhebung der Steuern, Selbstverwaltung, Schuldenstreichung wurden von den Faschisten nicht erfüllt.

Diese Niederlage muß sich nicht wiederholen. Die Masse der Bauern lebt von ihrer Arbeit, nicht von ihrem Eigentum. Zusammen mit der Arbeiterklasse können die Bauern die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, die von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben, stürzen und durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Produktivkraft beseitigen.

Hamburg, 4.4.1979. Der Hamburger Senat hat die Bekleidungsstelle Bieberhaus aufgelöst. Stattdessen sollen jetzt Geldbeträge für Kleidung von der Sozialhilfe ausgegeben werden. Statt Geld können auch Gutscheine ausgegeben werden oder die Anordnung erfolgen, daß der Sozialhilfebezieher mit einer Fürsorgerin einkaufen gehen soll. Damit auch nichts anderes gekauft wird. (NDR, 3.4.79)

Hamburg, 3.4.1979. Der Hamburger Senat hat als erstes Land die Initiative unternommen, Vorschläge für die anstehende Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes zu machen. Der Vorschlag sieht vor, „allen am Erwerbsleben beteiligten, die keine Arbeitslosenversicherung zahlen, einen Solidarbeitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" abzuknöpfen. Betroffen werden von diesem Vorschlag insbesondere Beamte. (NDR, 3.4.79)

b.job. **Auf einer Veranstaltung mit einem Vertreter der ZANU** im Jugendzentrum Buchholz am vergangenen Mittwoch spendeten die ca. 100 anwesenden Jugendlichen 37 DM für die Druckausrüstung.

Hamburg, 4.4.1979. Neues Richtwertsystem für Angestellte im Daimler-Benz Konzern. In einem Rundbrief an die Angestellten heißt es: „Das Richtwertsystem dient der Differenzierung der außertariflichen Zulagen. Orientierungsgröße für Ihre außertariflichen Zulage ist ein Richtwert. Er wird nach der Schwierigkeit Ihrer Tätigkeit und dem Ergebnis Ihrer Leistungsbewertung ermittelt." Bei den Tarifangestellten gibt es die Rangstufen 1 – 24. Für Stufe 1 ist eine Arbeitswertigkeit von 59,96% festgelegt aufsteigend um 2,86 Punkte gilt für Rangstufe 24 eine Wertigkeit von 125,74%. Ausgangspunkt ist Rangstufe 15 die 100% und heute einem Gehalt von 2919 DM entspricht. Bei den AT-Angestellten gibt es die Stufen 26 – 38 (eine Stufe Überspringend) mit der entsprechenden Bewertung. (Rangstufe 38 = 165,78%) Bei der individuellen Leistungsbewertung, die „aus dem Leistungsvergleich mit anderen Mitarbeitern" ermittelt wird, gibt es die Stufenrelation 11 – 11,5...16. Damit ergeben sich 310 verschiedene Gehaltsstufen je Werk. Für die Bestimmung der Gehälter in einem Werk wird noch ein Faktor einbezogen, so daß die Höhe des Gehaltes einer bestimmten Stufe in den verschiedenen Werken unterschiedlich sind. Das neue Richtwertsystem dient der weiteren Spaltung unter den Angestellten.

Verfolgungsfahren

„Arbeiterkampf" rüstet zum 1.Mai

b.ulh. „Wir rufen auf, sofort mit der Mobilisierung zum 1. Mai zu beginnen", schreibt die Bunte Liste erst was spät in ihrem Flugblatt vom 4.4. Es klingt etwas gehetzt, so als befürchte sie, etwas zu verpassen. In dem Aufruf werden *Forderungen* aufgestellt, was bisher eher verpönt war. U.A.: Gegen Rationalisierung, Lohnraub und Entlassung, 35-Stundenwoche, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen, die Auflösung aller Militärbündnisse.

Am letzten 1. Mai war der Arbeiterkampf ein einziges Überschwappen des sich im Stadium des Verfaulungsprozesses befindenden Endes der revolutionären Bewegung der 60er Jahre. An dieser Bewegung war nichts revolutionär. U.A.: „Weg mit dem Zwang eheli- cher Pflichten", „Arbeit, Brot und Strom, aber ohne Atom", „Berufsverbote für Angestellte und Arbeiter – Pfui Deibel", „Atomlobby raus, Kinderlobby rein ins Rathaus".

Den benötigten Spielraum nach links in der Arbeiterbewegung konnte dieser Haufen der Bourgeoisie nicht mehr verschaffen. Man kann die Entwicklung am „Arbeiterkampf" selber verfolgen. Die Sparte „aus Betrieb und Gewerkschaft" verkümmerte. Von Nr. 127 (April 78) bis 137 schrumpfte der seitenmäßige Umfang dieser Sparte von 5 auf 1 Seite. Die Sparte „Aus Kirche und Gemeinde" rutschte vor, die Sparten „Frauen", „Kinder", „Sexualität/Schwule" und „Kultur" folgten. Bis Nr. 142 pendelte sich die Seitenanzahl zu „Betrieb und Gewerkschaft" auf 4 von insgesamt 60 Seiten „Arbeiterkampf" ein. Bei Nr. 143 (Dezember 78) kündigt sich eine Wende an. Der Umfang wächst auf 7 Seiten und „Betrieb und Gewerkschaft" schiebt sich wieder vor „Frauen" etc. Diese Entwicklung fällt zusammen mit dem machtvollen Streik der Stahlarbeiter gegen die ständigen Lohnsenkungen und der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien SPD, FDP und CDU dieser Bewegung die Selbständigkeit nicht abkaufen konnten, bzw. insbesondere die SPD sich mit ihren Spaltungsbemühungen arg verschlissen hat.

Jetzt, wo die Arbeiterbewegung an dem Punkt steht, wo sie den entscheidenden Schritt gegen die Kapitalistenklasse und ihre Politik der ständigen Lohnsenkungen machen kann, indem sie durch Aufstellung von Mindestforderungen die weitere Spaltung der Arbeiterklasse beenden und die Lohnsenkungsabschlüsse ausgleichen kann, hat die Bourgeoisie den „Arbeiterkampf" in die Startlöcher getreten. Er soll den Fortschritt der Arbeiterklasse und die Einigung auf klaren revolutionären Forderungen verhindern. Was ist es denn anderes, wenn diese Brüder jetzt fordern: 35-Stundenwoche, aber gerade nicht bei vollem Lohnausgleich und an 5 Normalarbeitstagen in der Woche. Oder: Auflösung aller Militärbündnisse, aber gerade nicht: Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse, der Nato und des Warschauer Paktes.

Der „Arbeiterkampf" hat mit der Bekämpfung der westdeutschen Bourgeoisie und der beiden Supermächte nichts im Sinn. Im Gegenteil.

Humanisierung des Arbeitslebens – Wer oder was soll da wen und wie humanisieren?

z.maf. In der Kunst, aus einem sachlich schreiend klaren Bedürfnis eine undurchsichtig verschwommene Parole zu blasen, sind die Sozialdemokraten Meister. – Da millionenfache, tagtägliche Erfahrung von Generationen Arbeitern sagt, daß die Bedingungen des kapitalistischen Arbeitslebens den Lebensinteressen der ausgebeuteten Arbeiter zuwiderlaufen, und da diese Erfahrung den Klassenkampf, in dem die Arbeiter ihre Interessen gegen die Interessen der herrschenden Ausbeuter behaupten, hervorbringt, kann eine Parole, hinter der alles verschwimmt, den Interessen der Kapitalisten nutzen und zur Entschärfung des Klassenkampfes beitragen. Am besten eine halblateinische, damit hat die Kirche doch auch gute Erfahrungen.

Humanisieren heißt human machen. ,,Human" stammt aus einer lateinischen Wortfamilie, die auf ,,Humus", das Erdreich, der Boden, zurückgeht und das in der Bedeutung ,,humanus – menschlich" die ,,Irdischen" von der Götterwelt unterscheidet. Eine Spur von dieser Bedeutung ist im deutschen ,,übermenschlich" noch zu merken. – Zur Übersetzung der gewerkschaftlichen Parole ist diese Bedeutung nicht nütze, denn nur ganz eingefleischte Kapitalisten behaupten, daß das Arbeitsleben in diesem Sinne paradiesisch und überirdisch schön wäre, und obgleich Schmidt oft sagt, die Arbeiterbewegung müsse auf den ,,Boden" der Tatsachen zurückkehren, kann das keine gewerkschaftliche Parole sein. ,,Humanus" hat aber noch eine zweite Bedeutung, die mit ,,mild", ,,freundlich", ja ,,leutselig" übersetzt wird, sowie auch noch mit ,,gebildet" und ,,fein". ,,Humanus" grenzt in der Antike nicht nur die beschränkten Möglichkeiten der ,,Irdischen" von den phantasierten Möglichkeiten der Götter ab, sondern auch die ,,Irdischen" voneinander. Die antike Gesellschaft beruht auf der Sklavenarbeit, und der Sklave gilt in dieser Gesellschaft nicht als Mensch, anderen Menschen gleich, sondern als ,,stimmbegabtes Tier" und anderen Tieren, die seinem Sklavenhalter auch gehören, gleich. Mit humanus mögen Sklavenhalter bezeichnet worden sein, die sich gegenüber ihren Sklaven, nun eben ,,mild", ,,freundlich" und viel-
eben ,,mild", ,,freundlich" und viel-
leicht, wenn sie weiblich waren, sogar ,,leutselig" verhalten haben. Also nicht fünfzig Peitschenhiebe, sondern zehn langen auch, und nicht zur Abschreckung am Kreuz tagelang verschmachten lassen, sondern abstechen, oder auch nicht abstechen, sondern auf die Galeere, und schon sind wir ziemlich nahe beim ,,humanen Strafvollzug".

Irren ist menschlich und die Gewißheit gehört den Göttern, und vielleicht hat sich der DGB mit seiner Parole einfach vertan, und wird alles wieder gut, wenn wir die deutsche Seite des halblateinischen Parolenwerks beschauen? Denn offenbar ist es ein Unsinn, einen Begriff, der so eindeutig die Beziehung zwischen Menschen, und zwar zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten Menschen einer Gesellschaft und den Ausbeutern und Unterdrückern in dieser Gesellschaft umschreibt, auf etwas anderes wie eben die Gemüts- und Gangart dieser Ausbeuter und Unterdrücker anzuwenden. – Einen Sinn würde es ergeben, wenn man die Humanisierung der Kapitalisten fordern würde; dies wird über kurz oder lang auch geschehen, und das Hauptmittel wird ihre Enteignung und Erziehung durch Arbeit unter der Diktatur der Arbeiterklasse sein. Aber an dieser Aufgabe werden Bundesminister für Forschung und Technologie Volker Hauff samt seinem ,,Leiter des Projektträgers Humanisierung des Arbeitslebens" Prof. Dr. Willi Pöhler nur passiv teilhaben können, während sie bei der ,,Humanisierung des Arbeitslebens" aktiv und federführend sind.

Die Unmenschlichkeit, die zum Ausdruck kommt, indem die Kapitalisten die offenbaren menschlichen Bedürfnisse des Arbeiters mit Füßen treten, mausert sich im deutschen Teil der Parole von einer Unmenschlichkeit der Kapitalisten zu einer Unmenschlichkeit des ,,Arbeitslebens". Hinter dieser Wahrheit verschwinden die Kapitalisten. Die Eigenarten ihrer *Herrschaft* werden zu Eigenarten des ,,Arbeitslebens", also der menschlichen Arbeit schlechthin. Da sprach der Herr zu Adam ,,Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du Dein Brot verdienen". Neu ist der ideologische Schmutztrick also nicht. Aber man soll nicht sagen, daß den Sozialdemokraten nichts Neues einfallen würde. Hören wir nur zu, was vom ,,Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens" berichtet wird:

,,Stahlerzeugung..., Arbeit mit der Meßlanze..., hohe Wärmestrahlung..., ungünstige Körperhaltung..., spezieller Handhabungsautomat..., zukünftig gefahrlos..., geringere Belastung...; – Entlastung von Umgebungseinflüssen..., Staubbekämpfung..., Bekämpfung gefährlicher Arbeitsstoffe...; Schweißverfahren..., spezifische Schadstoffe..., Maßnahmen zur Beseitigung von schädlichen Einflüssen auf den Schweißer..."

Wohin dies zielt? Ist doch klar, dem Stahlwerker wird man die Arbeitspunkte streichen und ihn *öfter* zum Messen jagen und ihm die Pause nicht mehr gönnen, beim Staub wird nicht der Staub abnehmen, sondern Maschi-
der Staub abnehmen, sondern Maschi-
nen mit neuem, vorher nicht gekanntem Staubanfall werden einsetzbar, beim Schweißen wird sich die Skala der einsetzbaren ,,qualitätsfördernden" und ,,zeitsparenden" Hilfsstoffe ausweiten, und der Schweißer wird vielleicht weniger, aber dafür von einem härteren Gift abkriegen. – Noch stets haben die Kapitalisten die Belastung des menschlichen Arbeiters an jenen Punkt hingetrieben, an dem sich die Arbeiter erheben und durch Klassenkampf nicht etwa den Lärm, sondern die Profitmacherei des Kapitalisten und auf diesem einzig gangbaren Weg *auch* den Lärm einschränken. Um diesen Punkt hinauszuschieben, ist das ganze Wischi-Waschi mit der unerträglichen Parole da und das Forschungsprogramm, um bei den Arbeitern Hoffnung auf Besserung zu wecken, wo es sich bloß um neuartig enervierende Verfahren handelt, die zu neuerlichem Kampfe nötigen.

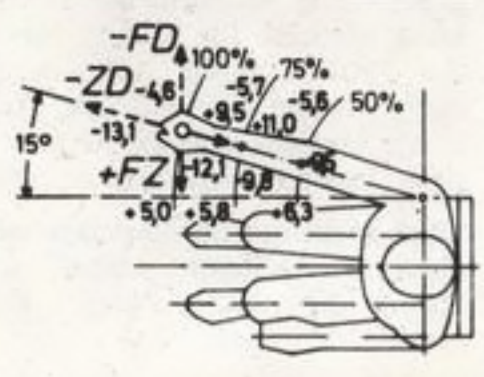
Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 15

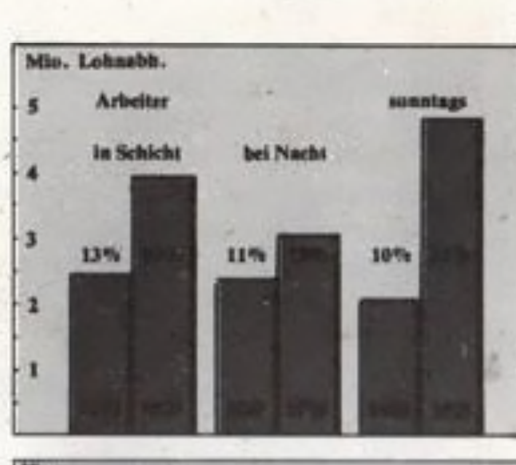
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

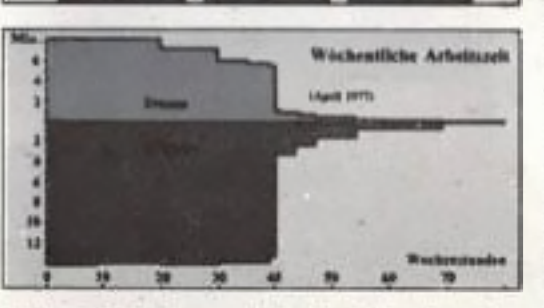
Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter - 1.Mai 1979









Seit 1960 haben sich die Arbeiter die Fünf-Tage-Woche erkämpft. Die Kapitalisten haben vermehrte Schichtarbeit und eine höhere Intensität der Arbeit erzwungen. Die tägliche Arbeitszeit blieb gleich, die verausgabte Arbeit ist gestiegen. Nur allseitige Beschränkung der Arbeitszeit und ausreichender Lohn kann dies verhindern.

1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

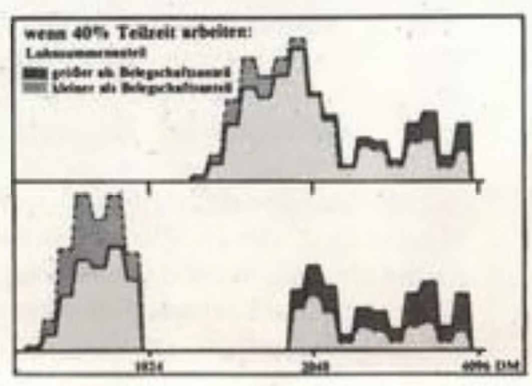
Je mehr Reichtum die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse schafft, umso größer die Mittel der Ausbeutung, die jene in Händen hält. Mit der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit wächst der Anteil des Kapitals, das die Kapitalisten in Produktionsmitteln anlegen und das ihnen Profit nur einbringt, solange und soviel lebendige Arbeit es einsaugt. Der Druck des kapitalistischen Regimes zur Ausdehnung des Arbeitstags und zur beständigen Verdichtung der Arbeit wächst mit der Masse und mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals.

,,Das Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann. Es erreicht dies Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht." (Marx, Das Kapital I)

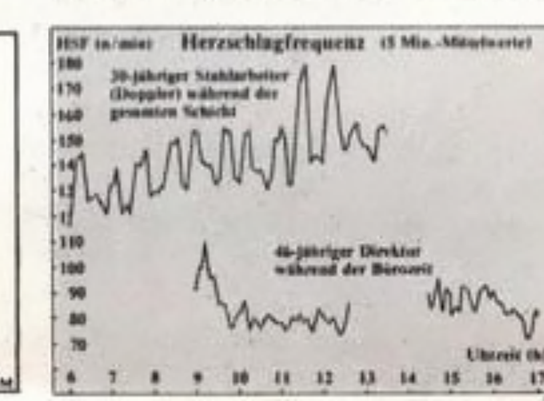
Längst weiß die Arbeiterbewegung: Akkord ist Mord. Erpressung von Überstunden, Schicht, Nachtschicht, Kontischicht, Sonntagsarbeit: Verkürzung der Lebenszeit des Arbeiters.

Die faschistische Diktatur hat der westdeutschen Kapitalistenklasse nicht nur einen äußerst niedrigen Lohn hinterlassen, sondern mit diesem niedrigen Lohn auch das Mittel, die Arbeitskraft des Arbeiters bis zum äußersten auszupressen.

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und die Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft. 15. April 1979: *Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für Arbeiterrechte, Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Überstunden, Verbot der Nacht-und Schichtarbeit, Verbot der Teilzeitarbeit, 7-Stundentag an fünf Werktagen!*



Teilzeitarbeit spaltet die Belegschaft und erzwingt intensivere Arbeit.





Rechtes Bild: Sterbekurve (1) wurde nach Todesanzeigen der Opel-Arbeiter 1977 zusammengestellt, (2) zeigt den statistischen Durchschnitt.

Aber es bedurfte der Sozialdemokratie in der Regierung, um wirkliche weitere Schranken einzureißen. Zum Beispiel durch Teilzeitarbeit, propagiert wegen ,,Schaffung neuer Arbeitsplätze". Mehr Lohnarbeiter können ausgebeutet und Teile der Bevölkerung in Lohnarbeiter verwandelt werden, die die Kapitalisten sonst nicht ausbeuten könnten. Zwei Arbeiter in je vier Stunden arbeiten intensiver und können mehr Arbeit verausgaben wie ein Arbeiter in acht Stunden. So wie eine Staffel aus vier Läufern weniger Zeit benötigt als ein einzelner Läufer für dieselbe Strecke. Kauft der Kapitalist für dieselbe Geldsumme die Arbeitskraft zweier Arbeiter für je vier Stunden, statt eines Arbeiters für acht Stunden, so liefert ihm die höhere Intenisität einen extra Profit. Und er setzt neue Maßstäbe der Intensität für *alle* Arbeiter, während der Standard des pro Stunde gezahlten Lohns sich an ganztätiger Arbeit und Überarbeit mißt.

In hunderten von Kämpfen hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland Forderungen der Arbeiterrechte erhoben. Die Bourgeoisie hat ihren Gewaltapparat ausbauen lassen und eimerweise reformistischen Schmalz ausgekippt. ,,Der Mensch steht im Mittelpunkt", usw. Im Mittelpunkt steht die Ausbeutung der lebendigen Arbeit. Minister und Parlamentarier eifern, die Wünsche der Profitseele zu erfüllen. Die Forderungen der Arbeiter sind erhoben, noch mangelt es an der Einheit für einen entscheidenden Schlag.

wer hart arbeitet, der soll auch gut verdienen

arbeiten ist mehr als Geldverdienen

Verbot von Überstunden Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit!





Im Druckerstreik März 1978



Gegen Angriffe auf das Streikrecht



Stahlarbeiterstreik Dezember 1978



Kommunistischer Bund Westdeutschland